



Statistisches Bundesamt

Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR

– Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin –

FORUM

Band 24 der Schriftenreihe
Forum der Bundesstatistik
herausgegeben vom
Statistischen Bundesamt

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR:

Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin / Statistisches Bundesamt. -

Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1993

(Forum; 24)

ISBN 3-8246-0345-4

NE: Deutschland / Statistisches Bundesamt; GT

Erschienen im August 1993

Preis: DM 18,80

Bestellnummer: 1030424 - 93900

ISBN 3-8246-0345-4

Verlagsauslieferung:

Hermann Leins GmbH & Co. KG

Postfach 11 52

72125 Kusterdingen

Copyright: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1993

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes die Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/ -fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Vorwort

Die Vereinigung Deutschlands hat auch die deutsche Statistik verändert. Nicht nur, daß sich die Aufgaben der amtlichen Statistik seit dem 3. Oktober 1990 in vollem Umfang auch auf die neuen Länder und Berlin-Ost erstrecken, gefordert werden ebenfalls statistische Nachweise für das Gebiet der ehemaligen DDR, die methodisch mit den für das frühere Bundesgebiet ermittelten Daten vergleichbar sind. Das Interesse der Öffentlichkeit an solchen "rückgerechneten" Ergebnissen ist groß, und es wird mit zunehmendem historischen Abstand weiter wachsen. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe "Sammlung, Aufbereitung und Rückrechnung statistischer Daten für die frühere DDR" im Statistischen Bundesamt zeigt, daß diese Aufgabe erkannt ist und mit der Lösung begonnen wurde.

Wie weit aber sollte und kann eine Rückrechnung für die ehemalige DDR gehen? Auf welche Tatbestände und Zeiträume muß sie sich erstrecken? Wie soll was bewertet werden? Um auf diese und weitere mit der Rückrechnung im Zusammenhang stehende Fragen eine Antwort zu finden, führte das Statistische Bundesamt am 25. und 26. Mai 1992 in Berlin eine Expertentagung durch, die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin vorbereitet und von beiden Institutionen geleitet wurde. Ziel dieser "Rückrechnungskonferenz" war es, Anforderungen an die Rückrechnung seitens breiter Nutzerkreise zu definieren und Möglichkeiten der Rückrechnung zu diskutieren sowie ihre Grenzen aufzuzeigen. Dabei ging es auch um den "Sinn oder Unsinn" einer Rückrechnung.

An der Konferenz nahmen Vertreter internationaler Organisationen, von Bundesministerien, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, namhaften Wirtschaftsforschungsinstituten und von Universitäten, von der Bundesbank sowie der Landes- und Bundesstatistik teil.

In 17 Fachvorträgen setzten sich die Referenten mit der Konferenzthematik auseinander. Ihre Beiträge wurden anschließend im Plenum lebhaft diskutiert. Die Ergebnisse der kontroversen oder produktiven Diskussion können in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Anforderungen an die Rückrechnung wurden von den Konferenzteilnehmern aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln heraus formuliert. Unbestritten war, daß das Sammeln, Sichern und Dokumentieren des an verschiedenen Stellen nur noch auf kurze Sicht greifbaren statistischen Sachverstandes, der ebenfalls nur befristet verfügbar ist, Vorrang haben sollte vor statistischen Auswertungen nach bundesdeutschen Methoden und Konzepten. Diese Arbeiten stellen die Voraussetzung jeder späteren Rückrechnung dar. Andererseits wurde betont, daß methodisch zur Bundesstatistik vergleichbare DDR-Daten unter anderem für folgende Zwecke benötigt werden:
 - Wachstums- und Einkommensvergleiche,
 - Analyse der beiden Wirtschaftssysteme,
 - Strukturforschung,

- Lange Reihen (u.a. für ökonometrische Untersuchungen) und
- Bedarf internationaler Organisationen

Die Konferenzteilnehmer stellten fest, daß es auch eine Pflicht zur statistischen Aufarbeitung der Geschichte gebe, die als Herausforderung an die amtliche und nichtamtliche Statistik zu verstehen ist. Hervorgehoben wurde, daß die vorliegende deutsche Situation eine Experimentalsituation darstellt, wie sie kaum noch einmal entstehen wird, und sie daher für theoretische und empirische Wirtschaftsforschung von außerordentlichem Interesse ist. Die historisch einmalige Situation ist gegeben, weil Menschen, die hinsichtlich ihrer kulturellen und geschichtlichen Herkunft als prinzipiell gleich anzusehen sind, 40 Jahre in völlig unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen gelebt haben.

Hinsichtlich der Zeithorizonte der Rückrechnung zeichnete sich ein primäres Interesse an der Periode unmittelbar vor der Wende ab. Für weitere Betrachtungen wurden die Jahre ab 1980 als sinnvoll angesehen.

2. Einen breiten Konsens gab es in bezug auf die Frage, ob eine Neuberechnung der Ergebnisse der DDR-Statistik in Mengeneinheiten und Mark der DDR nach den Konzepten und Systematiken der Bundesstatistik möglich und sinnvoll sei. Das Statistische Bundesamt betonte, daß die vorhandene Basis an Originärdaten für eine Rückrechnung gut geeignet ist. Solange man sich mit einer Rechnung in **M e n g e n e i n h e i t e n** oder in **M a r k d e r D D R** zufrieden gebe, können die Ergebnisse amtlichen Charakter tragen. Eine vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 1989 und das erste Halbjahr 1990 vorgelegte methodisch voll vergleichbare Neuberechnung des Sozialprodukts der ehemaligen DDR in Mark der DDR wurde von den Konferenzteilnehmern begrüßt.

Die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der **U m b e w e r t u n g i n D M** wurden dagegen sehr kontrovers diskutiert. In der Diskussion sprachen sich die meisten Konferenzteilnehmer dafür aus, daß auch Rückrechnungen in DM notwendig seien, um zum Beispiel innerdeutsche und internationale Vergleiche durchführen und die Entwicklungsphasen des "Aufschwungs Ost" quantifizieren zu können. Jedoch seien die methodischen Fragen und die Sinnhaftigkeit einer solchen Rechnung noch näher zu untersuchen. Es wurde vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe "Rückrechnung für die ehemalige DDR" zu bilden. Ziel der Arbeitsgruppe sollte es sein, die konzeptionellen Fragen der Anwendung des westlichen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA) auf eine zentralgeleitete Wirtschaft zu klären, Methoden für eine Umrechnung in DM zu untersuchen und die Aussagefähigkeit derartiger Umbewertungen am praktischen Beispiel zu prüfen.

3. Von den Konferenzteilnehmern wurde unterstrichen, daß rückgerechnete Ergebnisse auch **i n t e r n a t i o n a l** von sehr großem Interesse sind. Zum einen, und darauf legte der Vertreter der Vereinten Nationen besonderen Wert, können deutsche Rückrechnungen beispielgebend für andere osteuropäische Länder sein, die in ihrem statistischen System den Übergang vom System der materiellen Produktion zum SNA voll-

ziehen. Zum anderen, und darin war sich die Mehrheit der Konferenzteilnehmer einig, werden internationale Organisationen ihren Bedarf an rückgerechneten deutschen Daten auf jeden Fall befriedigen, und sei es durch eigene Berechnungen. Für diesen Fall bestand Konsens, daß jeder Versuch von "außen" nur zu qualitativ bedenklicheren Ergebnissen führen kann als wenn die deutsche nichtamtliche und amtliche Statistik ihren Sachverstand zusammennimmt und sich ihrer Verantwortung nicht entzieht.

Der vorliegende Forumband gibt die Konferenzbeiträge und ausgewählte Diskussionsbeiträge derjenigen Referenten wider, die vom Angebot der Veröffentlichung ihrer Ausführungen Gebrauch gemacht haben. Die Beiträge werden in der durch die Autoren eingereichten Form wiedergegeben; sie unterlagen bezüglich der Bezeichnung des Gebietes der ehemaligen DDR keiner redaktionellen Bearbeitung.

Wiesbaden, im August 1993

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Hans Günther Merk

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Siegfried Utzig Welche ökonomische Aussagefähigkeit enthalten Rückrechnungen ehemaliger DDR-Statistiken?	8
Dieter Hockel Rückrechnung: Historisch notwendig - politisch geboten	13
Udo Ludwig Ohne Rückrechnung kein Nachweis des wirtschaftlichen Umbruchs in den neuen Ländern	16
Wilhelm Krelle Die Rückrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Voraussetzung für die Wirtschaftsanalyse	27
Klaus-Dieter Schmidt Kritisches zur Erstellung langer Reihen für die neuen Länder	29
Wolfgang Haeder Zur Bedeutung der Rückrechnung langer Reihen für die internationale statistische Zusammenarbeit	34
Michael Krakowski Rückrechnungen für die Strukturberichterstattung?	41
Klaus Löbbe Wie umfassend sollen Rückrechnungen sein?	45
Reiner Stäglin Input-Output-Tabellen als Hilfsmittel der Rückrechnung	50
Gerhard Heske Preisstatistische Daten rückrechnen?	57
Alfred Lachnit Das Rückrechnungsprojekt des Statistischen Bundesamtes	65
Heinrich Lützel Sinn und Unsinn einer Umbewertung	73

	Seite
Almut Steger	
Rückrechnung einer Zahlungsbilanz für die ehemalige DDR	83
Karin Müller-Krumholz	
Erfahrungen beim Versuch der Rückrechnung einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die ehemalige DDR	94
Hartmut Hüsges	
Probleme der Umberechnung von Sozialproduktsergebnissen für das Gebiet der ehemaligen DDR vor der Währungsunion in DM	103
Ralf Hein, Doris Hoeppner und Silke Stapel	
Das Bruttosozialprodukt für die ehemalige DDR 1989 und im ersten Halbjahr 1990 - Konzeptionelle Lösungen, Neuberechnungen in Mark der DDR und Versuche in DM -	108
Frieder Müller	
Über die Natur wirtschaftlicher Wertrechnungen und das Rückrechnungsproblem für die neuen Länder	128

Welche ökonomische Aussagefähigkeit enthalten Rückrechnungen ehemaliger DDR-Statistiken?

Statistische Informationen über bisher Unbekanntes oder wenig Bekanntes können von großer Bedeutung sein. Sie wecken in jedem Fall die Neugier all jener, die in ihrer täglichen Arbeit mit statistischem Material umgehen. Dies gilt vor allem dann, wenn solche Informationen den Nutzern im vertrauten System dargeboten werden. Daten der ehemaligen DDR-Statistik unterlagen fast in allen Bereichen einer publizistischen Geheimhaltung. Von der ehemaligen DDR-Regierung veröffentlichte Daten boten nicht nur ein unvollständiges, sondern in der Regel auch verzerrtes Bild über die tatsächlichen Abläufe. Eine Aufbereitung der vorhandenen Daten nach den bei uns üblichen Gliederungen und mit den bei uns benutzten Methoden läßt daher zunächst einen Erkenntniszuwachs vermuten. Man sollte sich aber davor hüten, einen Freibrief für jede Form der Rückrechnung auszustellen.

Problemlos dürfte das Vorgehen in all den Fällen sein, in denen der Erkenntniszuwachs durch die lückenlose Publikation bisher nach willkürlichen Kriterien veröffentlichten Materials erreicht werden kann und die Abgrenzung statistischer Einheiten zweifelsfrei ist. Dies dürfte in erster Line für die Bevölkerungsstatistik zutreffen. So wichtig Bevölkerungsstatistiken für Kommunen, Länder und Sozialversicherungen auch sein mögen, man muß sich vor Augen halten, daß in nahezu allen übrigen Bereichen, in denen es nicht nur um das Zählen von Köpfen geht, Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme auftreten. Dies wurde bereits bei den bislang unternommenen Rückrechnungsversuchen deutlich.

Der Bereich der Forschungsstatistik versuchte als erster eine Rückrechnung. Die Aktivitäten zur Forschung und Entwicklung der Wirtschaft der ehemaligen DDR wurden auf der Ebene der Betriebe durch das Statistische Amt der ehemaligen DDR jährlich erfaßt. Berichtspflichtig waren all jene Betriebe, die entweder Beschäftigte für Forschung und Entwicklung (FuE) und/oder finanzielle Mittel für Wissenschaft und Technik einsetzten. Die Daten wurden aufbereitet; sie unterlagen der Geheimhaltung. Analysen, Faktenberichte und Standpunkte zur Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft werden nicht veröffentlicht. Den FuE-Statistiken der ehemaligen DDR lagen Definitionen zugrunde, die Aktivitäten der Forschung und Entwicklung bis zur Einführung in die Produktion von neuen Erzeugnissen, Verfahren und Technologien erfaßten. Für internationale Vergleiche oder Vergleiche mit dem FuE-Personalausgaben und den FuE-Ausgaben des früheren Bundesgebietes waren diese Angaben nicht geeignet. Die vorliegenden Statistiken erlaubten es jedoch weitgehend, die Darstellung des FuE-Personals wie auch der FuE-Ausgaben der ehemaligen DDR den Daten des früheren Bundesgebietes vergleichbar zu berechnen. Dies erfolgte gemäß den allgemeinen Richtlinien für statistische Übersichten in Forschung und experimenteller Entwicklung.

*) Dr. Siegfried Utzig, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Köln.

Solche Versuche blieben bislang aber Einzelfälle. Die Abgrenzungsprobleme waren hier bewältigbar, weil sie nicht zusätzlich mit Bewertungsproblemen behaftet waren. In anderen Bereichen spielen Abgrenzungsprobleme eine weitaus gewichtigere Rolle. So berichtet der deutsche Steinkohlenbergbau, daß Kohlestatistiken und Energiebilanz für die Zeit ab 1970 zurückgerechnet worden sind. Die Lösung des Problems bei Abgrenzung und Bewertung wird jedoch nur als ausreichend bezeichnet, insbesondere die Aufgliederung des Energieverbrauchs nach einzelnen Industrien ergibt nach Meinung des deutschen Steinkohlenbergbaus nur unzureichende Informationen. Es deutet sich also an, daß mit größeren Abgrenzungsproblemen sinnvoll differenzierende Aussagen nicht mehr möglich sein werden. Die Abgrenzungsprobleme potenzieren sich vor allem dann, wenn man den Versuch unternimmt, tiefer in die Industriestatistik einzudringen. So berichten einige Industrieverbände über die Unmöglichkeit, aussagefähige Informationen über die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Industriebereiche zu erhalten. Die Zuordnung zu unserer Wirtschaftszweigsystematik ist vielfach schwierig, in einigen Fällen sogar unmöglich. So ist die Existenz einer EBM-Industrie in der ehemaligen DDR so gut wie nicht nachweisbar, da die nach bundesdeutscher Definition zu dieser Branche gehörenden Betriebe in der Regel Betriebsteile von großen Kombinatn gewesen waren.

Selbst wenn man unterstellt, die Abgrenzungsprobleme ließen sich in allen Bereichen zufriedenstellend lösen, so ist man doch erst in der Lage, Rückrechnungen für Statistiken zu vollziehen, in denen lediglich Mengen erfaßt werden, die Bewertung wirtschaftlicher Vorgänge also keine Rolle spielt. Dies ist jedoch für die Wirtschaftsstatistik der unbedeutendere Teil.

Dringt man tiefer in das Gebiet der Industriestatistik ein, so kumulieren sich diese Probleme. Welche Aussagefähigkeit besitzen Industrieumsätze, wenn die Preise der Industriegüter politisch gesetzt sind und nicht das Marktgeschehen widerspiegeln? Soll man so tun als ob es Marktpreise wären oder soll man die Preise korrigieren? Wenn ja, mit welchem Faktor und viel wichtiger, wo existieren Informationen darüber, wie hoch die Marktpreise gewesen sein könnten? Was ist z.B. der Wert eines Trabi? Der politisch festgesetzte Fabrikpreis, auf den der Bürger 15 Jahre hin lang ansparte? Aus marktwirtschaftlicher Sicht ist der viel höhere Knappheitspreis des Gebrauchtwagenmarktes der richtigere. Aber in welcher Statistik sind über einen längeren Zeitraum Schwarzmarktpreise dokumentiert? Hinzu kommt: nicht nur der Trabi war ein knappes Gut, Warteschlangen existieren in fast allen Bereichen. Ohne eine Lösung wie der Zuteilungsmechanismus ökonomisch zu bewerten ist, läßt sich das Rückrechnungsproblem nicht bewältigen. Erschwerend kommt hinzu, jeder Bewertungsvorschlag wird zudem Widerspruch hervorrufen. Das Bewertungsdilemma ist nicht lösbar.

Dies liegt daran, daß eine Planwirtschaft, anders als eine Marktwirtschaft, kein logisch konsistentes Bewertungssystem besitzt. Das unvollständig vorhandene Preissystem hat nichts mit dem gemein, was marktwirtschaftlich ausgebildete Ökonomen mit diesem Begriff verbinden. Preise in der Planwirtschaft sind politisch willkürlich gesetzte Austauschrelationen ohne Bezug zu tatsächlichen Knappheiten oder Wertschätzungen. Die mathematisch korrekte Berechnung eines Produktionswertes unter Zuhilfenahme politisch gesetzter Produktpreise und die Subtraktion unter politischen Gesichtspunkten bewerteter

Vorleistungen ergibt keine Bruttowertschöpfung in unserem Sinne. Der so ermittelte Betrag sagt auch nichts über das Resultat ökonomischer Prozesse in einer Planwirtschaft, weil die politische Preissetzung keine ökonomische Bewertung ist. Die Tatsache, daß in einer Planwirtschaft der Begriff Preis benutzt wurde, darf uns nicht zu der falschen Schlußfolgerung verleiten, damit könne etwas ähnliches gemeint sein wie in der Marktwirtschaft. Da das Planwirtschaftssystem nie ein logisch konsistentes Meßsystem für seine Leistungen errichtet hat, ist eine nachträgliche quantitative ökonomische Beurteilung nicht mehr möglich. Ein Ausweg wäre allenfalls denkbar, wenn es gelänge das Bewertungssystem zu umgehen.

Eine Möglichkeit bestünde darin, die tatsächlich meßbaren Marktpreise für die Produkte der ehemaligen DDR nach der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zugrunde zu legen. Aber ist die erstmals gemessene ökonomische Wertlosigkeit vieler Produkte der richtige Maßstab für Industrieproduktion und Industrieumsatz der ehemaligen DDR? Eine andere Möglichkeit, das Bewertungsproblem zu umgehen, wäre sich selbst zu bescheiden und nur die mengenmäßige Produktion zu erfassen, aber dann hat man sich selbst im Dilemma der sozialistischen Tonnenideologie gefangen. Und selbst dann ist der Wert der gewonnenen Erkenntnis fragwürdig. Wozu nützt die ausgewiesene Zahl produzierter Drehmaschinen? Ist sie vergleichbar mit der gleichen Anzahl von Drehmaschinen aus dem früheren Bundesgebiet?

Als Gegenargument könnte nun vorgebracht werden, dieser einzelwirtschaftlichen Probleme sei man sich durchaus bewußt, ihnen gelte aber auch gar nicht die Aufmerksamkeit. Hauptsächlich gehe es ja darum, die gesamtwirtschaftliche Leistung zu dokumentieren und man wolle ja nur die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zurückrechnen. Weil sich das zentrale Bewertungsproblem nicht lösen läßt, wagt man die Flucht auf die gesamtwirtschaftliche Ebene.

Viele Ökonomen haben in den vergangenen Jahrzehnten schmerzhaft lernen müssen, daß es keine von der mikroökonomischen Ebene unabhängige makroökonomische Ebene mit eigenen Gesetzmäßigkeiten gibt. Genauso wenig existiert ein auf der Makroebene von der Mikroebene verschiedenes Bewertungsproblem. Ich kann meine Skepsis gegen solche gesamtwirtschaftlichen Rückrechnungsversuche in einem Satz zusammenfassen. Die Rückrechnung gesamtwirtschaftlicher Aggregate einer Planwirtschaft mit Hilfe eines marktwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens leugnet die Allokationsfunktion des Preises in der Marktwirtschaft. Solche Rückrechnungen sind wertlos, sie besitzen für den Ökonomen keine Aussagekraft.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wird bisweilen als die nationale Buchhaltung bezeichnet. Sie dokumentiert als solche die Ergebnisse des Wirtschaftsprozesses über einen bestimmten Zeitraum. Diese Ergebnisse sind aber unmittelbar abhängig von der Art des Wirtschaftssystems, d.h. von den für ein Wirtschaftssystem formulierten Spielregeln. Wir wissen nun alle, daß die Spielregeln in einer Marktwirtschaft grundsätzlich verschieden sind von denen einer Planwirtschaft. Welche Informationen gewinnen wir aber, wenn wir nachträglich die Buchungsmethoden, und weil damit die Bewertungsvorschriften ver-

bunden sind, letztendlich das gesamte Spielregelsystem der einen Wirtschaftsordnung auf die andere anwenden?

Ich will es mit einem kleinen Beispiel verdeutlichen. In diesen Tagen enden in allen Sportarten die Meisterschaftsrunden. Das Ergebnis wird in Tabellen dokumentiert, die in jeder Sportart Besten werden als deutsche Meister geehrt. Jede Sportart besitzt ihr eigenes Regelwerk, ihre eigenen Spielregeln, nach denen die Wettkämpfe ausgetragen werden. Die Meisterschaftstabelle der Fußball-Bundesliga ist ohne dieses Regelwerk ebenso wenig denkbar wie die Meisterschaftstabelle der Handball-Bundesliga. In allen Sportarten werden bisweilen Regeln geändert oder der Zeit angepaßt. Es ist bislang aber noch niemand auf die Idee gekommen, das Ergebnis der Meisterschaftsrunde in der Handball-Bundesliga mit Hilfe der Spielregeln des Deutschen Fußballbundes zurückzurechnen. Was wäre das Ergebnis einer solchen Rückrechnung für die Handball-Bundesliga? Alle Tore sind da mit der Hand geworfen ungültig. Am Ende stehen alle Mannschaften mit Null-Punkten und Null-Toren in der Tabelle, alle wären folglich deutscher Meister. Die Sinnlosigkeit dieser Übung ist offensichtlich.

Daß dieser Vergleich berechtigt und auf den Versuch einer Rückrechnung ehemaliger DDR-Statistiken anwendbar ist, belegen die folgenden Beispiele:

- Welche Aussagekraft besitzt für ein System, in dem Unternehmensgewinne nicht existieren, oder willkürlich festgelegt wurde, eine in der Verteilungspolitik wichtige Größe wie die Lohnquote?
- Was kann uns diese Lohnquote über die Kaufkraft der Arbeitnehmer sagen, wenn die Zuteilung der Waren nicht über den Markt gesteuert wurde?
- Welche Aussagefähigkeit besitzt eine Größe wie der Private Verbrauch, wenn die Konsumenten durch das planwirtschaftliche System zum Zwangssparen verurteilt waren?
- Was sagen Ausfuhr und Einfuhr über die Eingliederung in die internationale Wirtschaft, wenn Wechselkurse politisch beliebige Variablen waren und die Produktion dem Gesetz der komparativen Vorteile nicht folgte?
- Wie werden die überzogenen Autarkiebemühungen bewertet, die in der Regel höhere Kosten als Erträge erbrachten?
- Wie sind schließlich Investitionen zu deuten, die politisch veranlaßt wurden und nicht durch unternehmerische Entscheidungen?

Die Antwort auf all diese Fragen ist recht einfach. In unserem Wertesystem ist der Informationsgehalt gleich Null.

Eine Rückrechnung der gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der ehemaligen DDR mit unserem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liefert nur Hausnummern. Eine

darauf basierende ökonomische Interpretation nach den Regeln der Volkswirtschaft ist unzulässig, erfolgt sie doch, leitet sie zwingend in die Irre.

Ein letzter Punkt liegt mir noch am Herzen. Da man mit wenigen Plausibilitätsüberlegungen zu dem Ergebnis kommen kann, eine Rückrechnung sei ohne Wert, drängt sich die Frage nach dem beabsichtigten Zweck auf. Es entsteht sicherlich die Versuchung, mit zurückgerechneten Daten einen Systemvergleich durchzuführen. Wir sind in der Ökonomie gewohnt, Ungleiches miteinander zu vergleichen bzw. gegeneinander abzuwägen. Dieses ist aber nur solange möglich wie man die Sinnzusammenhänge nicht verläßt. Die Rückrechnung zerstört, wie eben skizziert, diesen Sinnzusammenhang. Hinzu kommt bei einem Systemvergleich als zusätzliches Problem die Setzung eines Wechselkurses. Ist 1 : 1 die richtige Relation zwischen Mark der DDR und DM oder 4 : 1 oder 10 : 1 und welche Veränderungen im Zeitablauf wären zu berücksichtigen? Gleichgültig welche Relation man zugrunde legt, eine Umrechnung in DM führt zu zusätzlichen Verzerrungen und noch willkürlicheren Ergebnissen.

Für die amtliche Statistik bleibt daher nur die Möglichkeit einer Veröffentlichung aller vorgefundenen Statistiken der ehemaligen DDR ohne jegliche Bearbeitung einschließlich eines Methodenbandes. Dann kann jeder, der sich berufen fühlt, seine eigenen Rückrechnungen, seine eigenen Systemvergleiche anstellen. Führt dagegen die amtliche Statistik eine solche Rückrechnung durch, so gerät sie in ein zusätzliches Dilemma. Mit der amtlichen Statistik in Deutschland sind hohe Erwartungen an die Genauigkeit und Aussagefähigkeit der veröffentlichten Daten verbunden. Diese Erwartungen würden zweifellos auf die Rückrechnungsergebnisse übertragen. Es entstünde zweifellos der Eindruck einer quasi offiziellen Bewertung der ehemaligen DDR-Wirtschaft. Selbst wenn auf methodische Probleme ausführlich hingewiesen würde, ist damit zu rechnen, daß die veröffentlichten Zeitreihen so benutzt und interpretiert werden, als seien sie die Resultate einer leider etwas ineffizienten Marktwirtschaft. Mit Rückrechnungen der amtlichen Statistik besteht die Gefahr, daß damit Material für mögliche Geschichtsfälschungen bereitgestellt wird. Die amtliche Statistik sollte sich deshalb auf eine möglichst lückenlose Darstellung des Anpassungsprozesses der neuen Länder an die Marktwirtschaft seit dem 1.7.1990 als das vorranige Ziel konzentrieren. Es wäre zweifellos von weitaus größerem Nutzen, wenn die verfügbaren Arbeitskräfte hierfür eingesetzt würden.

Rückrechnung: Historisch notwendig - politisch geboten

1. Irrtümer ausräumen

Fehleinschätzungen, Illusionen und gelegentlich auch gedankenlose Äußerungen über Volksvermögen und volkswirtschaftliche Leistungskraft der ehemaligen DDR vor der Wende belasten (immer noch) das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Rückrechnung wesentlicher statistischer Daten müßte die Ausgangsposition bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten genauer beschreiben, die Dimension der Aufgabe, zumindest im nachhinein belegen und Lösungsmöglichkeiten, die den politischen Akteuren offenstanden, bezeichnen können. Die Rückrechnung würde damit zur Versachlichung und zur emotionalen Entspannung in Deutschland beitragen.

2. Legendenbildung verhindern

Bei ewig Gestrigen und neuen Nostalgikern wird das sehr deutsche Spiel einer historischen Legendenbildung vorgeführt: Die ehemalige DDR sei von der UdSSR unter Gorbatschow, von konterrevolutionären Verschwörern gegen den wissenschaftlichen Sozialismus zur eigenen Rettung, die fehlschlug, geopfert worden. Die ehemalige DDR sei an und für sich ökonomisch lebensfähig und in sich sozial gerecht gewesen. Eine Rückrechnung muß solcher Legendenbildung den Garaus machen: Zwar hätte die Wirtschaft der ehemaligen DDR noch ein paar Jahre aus der Substanz heraus überleben können, das ökonomische "Aus", z.B. wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit im internationalen Verkehr aufgrund unzureichender Wettbewerbsfähigkeit, hätte aber nicht verhindert werden können. Sozialpolitik in Form einer Verzehr der Substanz ist die ungerechteste Form sozialer Gerechtigkeit, weil sie die Lebenschancen zukünftiger Generationen zerstört.

3. Selbstgerechtigkeit kritisieren

So hart das negative Urteil über das Wirtschafts- und Sozialsystem der ehemaligen DDR durch eine Rückrechnung ausfallen wird, so wenig ist im früheren Bundesgebiet Anlaß, den Zusammenbruch der ehemaligen DDR-Wirtschaft im Zuge der Vereinigung in der Zeit danach ausschließlich der politischen Klasse in der ehemaligen DDR und der Apathie und Erschöpfung der Bevölkerung anzulasten. Wie verheerend die schlagartige Öffnung der Märkte für den internationalen Wettbewerb auf die Wirtschaft der ehemaligen DDR wirken mußte, welche Schneisen eine 300- bis 400-%ige "Aufwertung" der Mark der DDR in die Unternehmenslandschaft schlagen mußte und welche gravierenden Fehler die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik beging, muß auch auf der Basis einer Rückrechnung sichtbar gemacht werden.

^{*)} Dr. Dieter Hockel, Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand, Düsseldorf.

4. Erwartungen dämpfen

Bekannte Politiker und Wissenschaftler spielen zur Zeit "Planwirtschaft verkehrt". Über die Medien wurde und wird verkündet, in wieviel Jahren die Menschen in den neuen Ländern den durchschnittlichen Lebensstandard der bundesdeutschen Bevölkerung erreichen werden, wenn nur im "Osten" genügend investiert und vom "Westen" genügend Finanzmittel transferiert werden. Als ob es um die Aufstellung des besten 5-, 10-, 15- oder X-Jahresplans ginge, was ohnehin der untergegangene Apparat der sozialistischen Planwirtschaft besser bewerkstelligen konnte. Solche Vorausrechnungen werden auch noch ohne die Basis solider "rückgerechneter" Anfangs- und Ausgangswerte für Global- und Strukturphänomene veranstaltet. Diese scheinengenauen Vorausrechnungen schüren Erwartungen, die in marktwirtschaftlichen Systemen in einer weltoffenen Umwelt von der Politik gar nicht eingelöst werden können, es sei denn um den Preis zentralistischer Planung, von der sich gerade ein Teil des Landes endgültig verabschiedet hat. Rückrechnungen müßten den fundamentalen Unterschied zwischen Planzielen und politischen Gestaltungszielen und -möglichkeiten aufzeigen. Projektionen, die leicht mit Denkschemata der Vergangenheit verwechselt werden können, beschädigen die Glaubwürdigkeit der Politik.

5. Lastenausgleich fundieren

Höchst bemerkenswert ist, wie es sich die Politik angelegen sein läßt, alte Eigentumsrechte an Unternehmen und Immobilien wieder aufleben zu lassen. Nach fast 45 Jahren wird daraus häufig ein Haupttreffer im Lotto der Geschichte. Für die arbeitenden Menschen der ehemaligen DDR, die gar keine Chance hatten, Eigentum, zumal unternehmerisch zu nutzendes, zu erwerben, verbleiben gnädig aufgeteilte Sozialplanleistungen, Arbeitslosengeld und -hilfe und mindere Renten. Eine Rückrechnung muß dazu beitragen, daß diesen Menschen einerseits die notwendige Reverenz erwiesen wird für ihre jahrzehntelange Arbeitsleistung unter effizienzmindernden Systembedingungen, andererseits sollten sie einen Lastenausgleich fundieren. Dieser Lastenausgleich muß stattfinden sowohl zwischen denen, die oft "leistungslos", d.h. allein durch den Erbgang, Vermögenswerte rückerwerben und jenen, die "nur" ihre Arbeitskraft verschlissen haben, auch zwischen denen, die im "Westen" zusätzliche Lasten tragen sollen und jenen, denen vergangene Lasten nachträglich erleichtert werden.

6. Nachdenklichkeit provozieren

Der Zusammenbruch des "sozialistischen Weltsystems" (ausgenommen Kuba) wird gelegentlich mißverstanden als Sieg des kapitalistischen Systems, insbesondere der gemäßigten deutschen Variante der sozialen Marktwirtschaft. Die historische Überlegenheit der westlichen Wirtschaftsweise sei endgültig bewiesen. Dabei besteht doch wenig Anlaß sich in Sicherheit zu wiegen. Auch das "westliche System" kann durchaus endlich sein. Marktwirtschaften mit Privateigentum sind verletzliche Gebilde; die Systemstabilität beruht zur Zeit noch darauf, daß die sich verschlechternden Umweltbedingungen, zumindest teilweise, ignoriert werden. Das sozialistische System holte einen guten Teil seiner Legitimation aus dem Versagen des kapitalistischen Systems, das nie ausgeschlossen werden kann. Methodisch kann anhand einer Rückrechnung gelernt werden, wie Engpässe, Spannungen

und Krisen in einem Wirtschafts- und Sozialsystem erkannt werden können. Dies sollte Ansporn sein, auch eine nachträgliche Durchmusterung der deutschen Statistik vorzunehmen, aus der ggf. Gefahrenindikatoren abzuleiten wären.

Ohne Rückrechnung kein Nachweis des wirtschaftlichen Umbruchs in den neuen Ländern

Versuche zur international vergleichbaren Einschätzung der Wirtschaftskraft der ehemaligen DDR gab es, solange Deutschland geteilt war. Sie erlangten allgemeines Interesse in Vorbereitung auf die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR. Selbst nach dem Vollzug der deutschen Einheit ist die Diskussion um diese Problematik nicht abgeschlossen.

Die Ergebnisse solcher Vergleiche fielen in der Regel recht unterschiedlich aus. Bezogen auf die Pro-Kopf-Leistung schätzte z.B. die CIA Mitte der achtziger Jahre die Wirtschaftskraft der ehemaligen DDR vorübergehend höher ein als die des früheren Bundesgebietes.¹⁾ Sie lag damit noch über den amtlichen Selbstdarstellungen der ehemaligen DDR, die stets Rückstände konstatierten (vgl. die Tabelle S. 25).

Ein anderes Extrem wird von einer im Frühjahr 1991 erschienenen Studie aus dem Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn markiert.²⁾ Die Autoren kommen für 1989 auf ein Bruttoinlandsprodukt der ehemaligen DDR, das nominal sogar noch unter dem Wert liegt, der später von der amtlichen Statistik für die neuen Länder und Berlin-Ost 1991 ermittelt worden ist. Der Zusammenbruch der zentralen Planwirtschaft mit seinen allgegenwärtigen verheerenden Folgen für Produktion und Beschäftigung hätte demnach überhaupt keine Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Leistung gezeigt.

Die Unsicherheit der Einschätzungen wird deutlich auch bei den Vergleichen, deren Ergebnisse zwischen diesen Extremen liegen. So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das wohl über die größten Erfahrungen beim Vergleich ehemalige DDR/früheres Bundesgebiet verfügt, besonders im Umfeld der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion seine Aussagen deutlich korrigiert.³⁾

Die Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen Stärke der ehemaligen DDR durch den Westen aus Zeiten vor deren Untergang können zu ihrer Entschuldigung den für Außenstehende versperrten Blick in die Arbeitsweise der amtlichen Statistik, deren auf Erfolgsmeldungen ausgerichtete Veröffentlichungen und den eingeschränkten Zugang zu umfassenderen statistischen Basisdaten in Anspruch nehmen. Grobe Schätzungen und Mutmaßungen mußten deshalb oft die vorhandenen Wissens- und Datenlücken ausfüllen.

*) Dr. Udo Ludwig, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, z.Z. in Berlin.

1) Directorate of Intelligence, Handbook of Economic Statistics, Washington, D.C., 1986. Die Angabe wurde im darauffolgenden Jahr auf 76 vH korrigiert (zitiert nach Quelle in Fußnote 2).

2) Merkel, W./Wahl, S. (1991): Das geplünderte Deutschland - Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, S. 59, Bonn.

3) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91, DIW-Wochenbericht 26/1990, S. 342.

Heute jedoch sind alle diese Schranken gefallen und die Chancen stehen wesentlich besser, ein realistisches Bild über die Wirtschaftsleistung der ehemaligen DDR zu zeichnen. Diese Möglichkeit nicht zu ergreifen, solange der direkte Zugriff auf das aus dem Schrifttum nicht zu erschließende professionelle Wissen der ehemaligen DDR-Statistiker noch gegeben ist, würde nicht nur Spekulationen und Mißdeutungen weiter Tür und Tor offenhalten, sondern künftigen Generationen zusätzliche Lasten bei der geschichtlichen Aufarbeitung aufbürden.

Ziele

Die amtliche Statistik ist aufgerufen, die Unsicherheiten bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungen der ehemaligen DDR abzubauen zu helfen. Sie kommt damit nicht allein einer moralischen Verpflichtung zur Aufarbeitung eines Stücks deutscher Vergangenheit mit den vielfältigen Möglichkeiten für Wirtschaftsanalysen, zeitliche und räumliche Vergleiche nach. Im Ergebnis wird der Wirtschaftsforschung eine Informationsbasis zur Verfügung stehen, die unumgänglich ist für die zuverlässige Analyse und Beurteilung der Dimensionen des wirtschaftlichen Umbruchs auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft auch in der Gegenwart.

Die wissenschaftliche Beurteilung des marktwirtschaftlichen Übergangs in der ehemaligen DDR bedarf neben ständiger Verlaufsanalysen bestimmter Vergleichsmaßstäbe. Diese Maßstäbe können nicht allein von außen gesetzt werden, etwa in Form der Annäherung an bundesdeutsche Verhältnisse. Dies gilt umso mehr, je weiter die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in "Ost und West" aus einer Gegenwartsaufgabe in die Zukunft ent-rückt.

Ein anderer weitaus gegenwartsbezogener Maßstab resultiert aus den Startbedingungen in die Marktwirtschaft. Die Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Gebiet der ehemaligen DDR hat nicht zu dem angenommenen "Urknall" geführt. Die Herstellung eines gesamtdeutschen Währungs- und Wirtschaftsraumes löste vielmehr einen Wettbewerbsschock aus, dem die bis dahin planwirtschaftlich geführten und staatlich geschützten Unternehmen in der ehemaligen DDR nicht gewachsen waren. Der Zusammenbruch der traditionellen Außenmärkte in Osteuropa und die Umorientierung der Verbraucher auf bundesdeutsche und ausländische Anbieter im Inland sorgten für ein übriges. Im Ergebnis ging die Produktion 1990/91 drastisch zurück, in der Industrie bis auf 30 vH des Niveaus von 1989. Mit der Produktion sank auch die Beschäftigung. Allein die registrierte Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 14 vH der Erwerbspersonen.

Der wirtschaftliche Niedergang scheint inzwischen seinen Tiefpunkt erreicht zu haben. Auf einem sehr niedrigen wirtschaftlichen Niveau gewinnen die schöpferischen Kräfte der Marktwirtschaft allmählich Überhand über deren Zerstörungsgewalt. Niveau und Struktur der Produktion und Beschäftigung konstituieren sich auf einer neuen, marktwirtschaftlichen Grundlage. Jetzt ist es an der Zeit abzuschätzen, wie weit sich Leistung und Struktur der Wirtschaft vor dem Endstand aus ehemaligen DDR-Zeiten entfernt, welche Strukturen sich als überlebensfähig erwiesen haben und wann das wirtschaftliche Leistungsniveau der untergegangenen ehemaligen DDR von den neuen Ländern wieder erreicht

wird. Ohne eine solide und vergleichbare Datenbasis zu Struktur, Niveau und Entwicklung der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR in der Vergangenheit sind solche Aufgaben jedoch nicht zu bewältigen.

Probleme

Allgemein formuliert geht es bei der vergleichbaren Darstellung der Wirtschaftsleistung der ehemaligen DDR um die Ermittlung von Niveau, Struktur und Entwicklung des Sozialprodukts nach denselben methodischen Grundsätzen und in der gleichen Währung wie in der Bundesrepublik Deutschland. Die Notwendigkeit und Aktualität der Lösung dieser Aufgabe steht jedoch im Konflikt mit der prinzipiellen Möglichkeit einer solchen Berechnung.

Die ehemaligen DDR hat sich über 40 Jahre lang bis zum Ende ihrer Existenz auf einer ordnungspolitischen Grundlage entwickelt, die als Alternative zur Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland konzipiert war. Die Systembestimmtheit des Wirtschaftsgeschehens hat ihren Niederschlag nicht bloß in verschiedenen formalen Konzepten des gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens gefunden, sondern erscheint vor allem in der Aussagekraft der Daten selbst.

Diese Tatsache kann man negieren, sofern Statistik als reine Methodenlehre begriffen wird, die neutral gegenüber dem Anwendungsgebiet ist. Der Wirtschaftsvergleich reduziert sich dann auf die Auswahl des adäquaten Untersuchungsverfahrens. Systemabhängige Voraussetzungen der Methodenanwendung und damit die Aussagefähigkeit der Ausgangsdaten sowie die Deutbarkeit der Ergebnisse blieben dabei außen vor.

Man kann die Tatsache der Systemabhängigkeit des Wirtschaftsgeschehens aber auch zum Anlaß nehmen, um intersystemaren Vergleichen überhaupt eine Absage zu erteilen. Deutlich wird dieser Standpunkt z.B. in einer Stellungnahme des Sachverständigenrates. Es heißt dort:

"(Die) bisher für die beiden Teile Deutschlands existierenden amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind wegen großer methodischer Unterschiede nicht nur nicht vergleichbar, sie sind auch nicht im nachhinein vergleichbar zu machen."⁴⁾

Einer der profunden Wirtschaftsstatistiker Deutschlands, der Wert auf die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftssystem und Wirtschaftsstatistik gelegt hat, bleibt demgegenüber in seinem Urteil weniger apodiktisch. Er verweist in einer viel früheren Veröffentlichung einerseits auf den historisch begrenzten Charakter bestimmter Erscheinungen der Wirtschaft, wenn er schreibt:

"Die Darstellung, die wir hier geben, bezieht sich auf die gegenwärtigen Verhältnisse in der BRD. Sie kann bestenfalls auf andere hochentwickelte Industrieländer überwiegend marktwirtschaftlichen Typs übertragen werden, ist

4) Sachverständigenrat (1990): Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Jahresgutachten 1990/91, S. 153 f., Metzler-Poeschel, Stuttgart.

aber sowohl auf Entwicklungsländer als auch für entwickelte Länder mit sozialistischer Wirtschaftsverfassung nicht ohne weiteres anwendbar."⁵⁾

Aber damit schloß er andererseits keineswegs die gegenseitige Übertragbarkeit statistischer Rechenwerke von Ländern mit verschiedenen Wirtschaftsordnungen prinzipiell aus. Er legte sogar eine eigene experimentelle Berechnung der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland nach dem in den sozialistischen Ländern angewandten Konzept vor.⁶⁾

Die Problematik des Vergleichs ist in der Tat nicht gering. Sie liegt auf verschiedenen Ebenen. Ihre Wurzeln lassen sich bis in die Wirtschaftstheorie zurückverfolgen. Auch wenn die meisten Probleme nicht neu sind, sollen sie zur Verdeutlichung der Schwere und Tragweite der Aufgabenstellung in vier Problemkreise zusammengefaßt kurz skizziert werden.

Wirtschaftstheoretische Ausgangspunkte

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der ehemaligen DDR fußte auf der Reproduktionstheorie von Karl Marx. Streift man dieser Theorie die historischen Bezüge ab, so sind im Zusammenhang mit dem hier zu behandelnden Thema folgende Aussagen der Wirtschaftstheorie von Bedeutung:

- Eine Gesellschaft muß stets von neuem produzieren um ihre Existenz und Weiterentwicklung sicherzustellen. Im Zuge der ständigen Wiederkehr der Produktion, d.h. der Reproduktion, durchlaufen die erzeugten Güter die Stadien Produktion, Verteilung und Verbrauch. Bei gesellschaftlicher Arbeitsteilung und entwickelten Tauschbeziehungen wird der Güterstrom von einem Geldstrom begleitet und über ihn vermittelt.
- Grundlegende Kategorie des Reproduktionsprozesses ist das Nationaleinkommen. Es ist primär eine Kategorie der Güterproduktion (Nettoinlandsprodukt). Das Nationaleinkommen ist die dem Neuwert entsprechende Gesamtheit aller in einem bestimmten Zeitabschnitt hergestellten Konsumtionsmittel und des Teils der Produktionsmittel, der zur Erweiterung der Produktion dient.
- Im Verteilungsstadium zerfällt das Nationaleinkommen in das individuell angeeignete Produkt (Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit) sowie das Mehrprodukt (Reineinkommen) und erscheint in Geldform.
- Verbraucht wird das Nationaleinkommen in Form der individuellen Konsumtion durch die privaten Haushalte (privater Verbrauch), der gesellschaftlichen Konsumtion durch die, stark vereinfachend gesprochen, Einrichtungen des Staates (Staatsverbrauch) sowie

5) Wagenführ, R. (1970): Wirtschafts- und Sozialstatistik, Bd. 1, S. 152, Rolf Haufe Verlag, Freiburg im Breisgau.

6) Wagenführ, R. (1973): Wirtschafts- und Sozialstatistik, Bd. 2, S. 318 ff., Rolf Haufe Verlag, Freiburg im Breisgau.

in Form der Akkumulation dauerhafter Güter durch die Wirtschaft und den Staat (Netto- bzw. Bruttoinvestitionen).

Die zweifellos vorhandenen äußeren Ähnlichkeiten mit der Kreislauftheorie, die den wirtschaftstheoretischen Ausgangspunkt für das Gesamtrechnungssystem der Bundesrepublik Deutschland bildet, können nicht über einen gravierenden, bereits in der Wirtschaftstheorie angelegten Unterschied hinwegtäuschen. Wertschöpferische Fähigkeiten kommen in der Reproduktionstheorie ausschließlich der Arbeit zu, die sich in einem reproduzierbaren materiellen Gut vergegenständlicht (produktive Arbeit). Sie umfaßt alle gesellschaftlich organisierten Tätigkeiten körperlicher und geistiger Art, die zur Entwicklung, Produktion, Verpackung und Lagerung, dem Transport und Versand, sowie der Pflege und Wiederherstellung des Gebrauchswertes materieller Güter dienen.

Das eng gefaßte Produktionskonzept sieht den überwiegenden Teil des Dienstleistungsbereichs als Verbraucher von Waren und Wert an. Dieser Bereich trägt nicht zur Produktion von Nationaleinkommen bei.

S y s t e m i n h ä r e n t e B e s o n d e r h e i t e n

Das Wirtschaftsleben spielt sich auch in der Planwirtschaft innerhalb und zwischen verschiedenen Wirtschaftssubjekten ab. Die für Marktwirtschaften typischen Verhaltensunterschiede zwischen ihnen und die darauf beruhende Gruppierung nach institutionellen Sektoren im produzierenden Bereich, der Unternehmen, dem Staat und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, sind aber dort anders bzw. weniger ausgeprägt.

Der Staat nimmt in diesem System eine Sonderstellung ein. Er übt in einem umfassenderen Sinne und in viel größerem Maße unternehmerische Funktionen als in der Marktwirtschaft aus. In seiner Hand liegt die Koordination der Einzelpläne der zumeist in seinem Eigentum befindlichen und unter seiner Leitung stehenden Unternehmen. Dazu hat er ein ganzes, weitverzweigtes System wirtschaftsleitender Organe mit einer Planungszentrale an der Spitze eingerichtet. Dank eines hierarchisch gegliederten Weisungssystems setzt die Zentrale ihre Entscheidungen bis in die Wirtschaftseinheiten durch.

Im Mittelpunkt der Plankoordination steht die Bestimmung der Arten und der Mengen der Produktion sowie des Einsatzes der Produktionsfaktoren. Preise, Kosten, Löhne und Gewinne, Zins und Kredit dienen mehr oder weniger als Rechengrößen für die Planung und Kontrolle wirtschaftlicher Aktivitäten.

Die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft gestattet dem Staat, Unternehmensbereiche, wie z.B. Kreditinstitute und Versicherungen, aus dem Wirkungsbereich des Prinzips der Gewinnmaximierung auszuschließen, ohne die Marktwirtschaften nicht funktionieren können. Ähnlich handelt er dort, wo Schwerpunkte der Sozialpolitik realisiert werden, z.B. bei der Wohnungsvermietung, bei Gesundheitsleistungen, bei Bildungs- und Sozialleistungen, bei Kultur und Sport.

Bewertung

Der Markt übt in der Planwirtschaft keine regulierende Funktion aus. Er bleibt aber selbst im staatlich gelenkten Bereich in dem eingeschränkten Sinn erhalten, daß Waren und Dienstleistungen Objekte von Kauf und Verkauf sind. Die Preise, zu denen die Güter veräußert werden, sind jedoch in der Planwirtschaft in der Regel genauso Gegenstand zentraler Festlegungen wie die Mengen.

Im Grundsatz sollten die Planpreise den Erzeugern der Güter die Rückerstattung der Kosten und die Erwirtschaftung eines durchschnittlichen Gewinns garantieren. Die Erzeugnisse bilden sich zwar nicht frei am Markt, sie werden jedoch in bestimmten Abständen den veränderten Produktionsbedingungen angepaßt (Preisreformen, planmäßige Preisänderungen).

Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage kann in der Planwirtschaft nur dann Preise und Mengen in Einklang miteinander bringen, wenn es von den Planungsbehörden erkannt wird und sie entsprechende Weisungen an die Wirtschaftssubjekte auslösen. Auf welchen Märkten in der ehemaligen DDR solche Gleichgewichte wenigstens annähernd bestanden haben, bleibt zu untersuchen. Es dürfte aber eher die Ausnahme als die Regel gewesen sein.

Auch in der Marktwirtschaft haben sich die Gleichgewichtspreise mit fortschreitender Entwicklung immer weiter vom Idealzustand bei vollständiger Konkurrenz entfernt. Marktunvollkommenheiten bewirken ebenso wie das Vorhandensein von Monopolen, von Regulierungen seitens des Staates, supranationaler Vereinigungen und Verbände ergeben, Preisabweichungen vom Gleichgewichtspunkt.

Gravierender als vom unterschiedlichen Zustandekommen der Güterpreise in Plan- und Marktwirtschaften hängt die Bewertung der Güter von Subventions- und Abgabesystemen in der Planwirtschaft ab. Angesichts des eingeschränkten Wirkungsbereiches des marktbestimmten Unternehmenssektors lastet auf den Planpreisen eine verhältnismäßig höhere Abgabenbürde und äußert sich in einem größeren Mehrproduktüberschuß (saldiert mit den Subventionen) gegenüber vergleichbaren Marktwirtschaften. Hier besteht die Gefahr von Mehrfacherfassungen, wenn die Leistungen der nichtmarktbestimmten Produktionsbereiche zu Kosten bewertet mit in die Bestimmung der wirtschaftlichen Gesamtleistung eingehen.

Darstellungskonzepte

Die Unterschiede in der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftsordnung wirken in den Systemen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung fort. Das Gesamtrechnungswesen der Planwirtschaft beruht auf dem Konzept der materiellen Produktion (MPS) und weist das Nationaleinkommen als zentralen Leistungsindikator der Volkswirtschaft aus. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit mit dem Inlands- und Sozialprodukt und dem seiner Ermittlung zugrundeliegenden Rechnungswesen (SNA) besteht nicht. Die Hauptgründe sind: die enger gezogene Produktionsgrenze, die zentrale Steuerung der Verhaltensweise der

Wirtschaftssubjekte und die an Binnenmaßstäben orientierten Bewertungssysteme der wirtschaftlichen Transaktionen.

Die Gesamtrechnungssysteme sind in methodischer Hinsicht zugleich bestimmte Erfassungs- und Darstellungskonzepte, die wechselseitig auf die jeweils andere Wirtschaftsordnung übertragbar sind. Dabei müssen jedoch Anpassungsarbeiten geleistet werden, bei denen kaum ein Problemkreis ausgeklammert werden kann.⁷⁾ Auf dieser Stufe bleibt die Darstellungseinheit, im betrachteten Fall Mark der DDR, erhalten

Konsequenzen

Inwieweit beeinflussen diese Unterschiede in Theorie und Verlauf des Wirtschaftsgeschehens, in den Bewertungs- und Erfassungskonzepten der wirtschaftlichen Leistung die Vergleichbarkeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen? In Auswertung der Ergebnisse multi- und bilateraler Ost-West-Vergleiche unter Einschluß Ungarns aus den siebziger Jahren kamen Drechsler und Köszegi-Kalas zu dem Schluß:

"Die Unterschiedlichkeit des Wirtschaftssystems beeinflußt zwar den Grad der Vergleichbarkeit, diese Wirkung ist jedoch nur schwach und spielt eine wesentlich geringere Rolle als die Unterschiede in der Stufe der wirtschaftlichen Entwicklungen."⁸⁾

Im Lichte der neueren Entwicklungen kann diese Aussage so nicht bestätigt werden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch in den ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas im Zuge des Systemwechsels hat gerade die Systemabhängigkeit der unter planwirtschaftlichen Bedingungen erzielten Wirtschaftsleistung offenbart. Die Unverträglichkeit des plan- mit dem marktwirtschaftlichen System hat in der Nichtübertragbarkeit der Wirtschaftsleistung seine Fortsetzung gefunden.

Die Aussagekraft von Wirtschaftsvergleichen zwischen Ländern mit plan- und marktwirtschaftlichen Systemen ist deshalb wegen der Systemabhängigkeit der Wirtschaftsleistung zu präzisieren und zu relativieren. Es ist zu unterscheiden zwischen Vergleichen, bei denen die Rahmenbedingungen des jeweiligen Systems aufrecht erhalten bleiben und solchen, bei denen ihr Wegfall angenommen wird.

Im letzteren Fall wird z.B. die Frage nach dem Wert der wirtschaftlichen Leistung einer Planwirtschaft unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen gestellt. Diese Fragestellung war von höchster Aktualität bei der Vorbereitung der Währungsunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR. Mangelndes Verständnis der Situation führte hier zu heftigen,

7) Zu den Anpassungsproblemen der ersten Runde der Sozialproduktermittlung für die ehemalige DDR vgl. Lützel, H., Bemerkungen zur vorliegenden Sozialproduktsberechnung der DDR, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1990): Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 12 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik.

8) Drechsler, L./Köszegi-Kalas, M.: Einige spezifische methodologische Probleme der Ost-West-Vergleiche in: Menges, G./Zwer, R., Probleme internationaler wirtschafts- und sozialstatistischer Vergleiche. Rolf Wagenführ zum Gedächtnis, S. 82, Bund Verlag, Köln.

aber nebenbei bemerkt, letztlich am Kern der Sache vorbeigehenden Auseinandersetzungen um die richtige Methodenwahl.⁹⁾

Bei der Fragestellung ist die Abschaffung der Planungsordnung und Einführung der Wettbewerbsordnung, der Ersatz der Preis- und Mengensetzung von einer Planungszentrale aus durch Preise und Mengen, die Ausdruck eines Marktgleichgewichts sind, die Aufhebung des staatlichen Schutzes des Binnenmarktes durch die Markttöffnung für die internationale Konkurrenz u.a.m. und ihren Wirkungen auf die Wirtschaftsleistung zu untersuchen. Eine solche Aufgabe ist nur über Simulationsrechnungen der Art "was wäre wenn ..." lösbar. Sie kann nicht Gegenstand der amtlichen Statistik sein.

Wirtschaftsvergleiche, bei denen die Systemzugehörigkeit der Staaten nicht in Frage gestellt werden soll, müssen von den jeweiligen institutionellen und anderen Rahmenbedingungen ausgehen. Was dann übrig bleibt für den Vergleich, das sind die tatsächlich produzierten, zu den gegebenen Preisen im In- und an das Ausland verkauften und von der Wirtschaft, dem Staat und den privaten Haushalten verbrauchten Gütermengen.

Unter planwirtschaftlichen Bedingungen ist der Güterkreislauf in der ehemaligen DDR in der staatseigenen Währung abgelaufen und statistisch erfaßt worden. Für vergleichbare Darstellungen der Wirtschaftsleistung in DM müssen die Gütermengen mit bundesrepublikanischen Preisen bewertet werden.¹⁰⁾ Gesucht wird dabei kein neues Mengengerüst, das den bundesrepublikanischen Preisen im Marktgleichgewicht entspricht, sondern der Wertausdruck des gegebenen Mengengerüsts der ehemaligen DDR bei Gewichtung mit dem anderen Preissystem des früheren Bundesgebietes.¹¹⁾

Bei diesem Herangehen werden Gütermengen einer Planwirtschaft mit Preisen einer Marktwirtschaft zusammengeführt. Das hat eine Hybridgröße zur Folge. Rein statistisch betrachtet besagt sie: Unter der Annahme, daß die planwirtschaftlich erzeugten und verbrauchten Gütermengen der ehemaligen DDR zu den Preisen der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft bewertet werden, würde sich ihre Gesamtgröße auf soundsoviel DM belaufen. Diese Mischgröße wird umso aussagefähiger je besser es gelingt, die den Gütern entsprechenden Preisrepräsentanten zu finden.

Eine Untersuchung der Wirtschaftsleistung der ehemaligen DDR nach diesem Muster liefert zunächst erst einmal einen Orientierungsmaßstab für Input- und Outputvergleiche, dessen ökonomischer Aussagegehalt von den Wirtschaftsforschern noch tiefer zu untersuchen ist. Die amtliche Statistik sollte das Sozialprodukt der ehemaligen DDR nach denselben Konzepten wie im früheren Bundesgebiet in Mark der DDR ermitteln, und im Anschluß daran probeweise Umrechnungen in bundesrepublikanische Preise vornehmen. Ein

9) Cornelsen, D./Kirner, W. (1990): Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik - DDR, in: DIW-Wochenbericht 14/1990, S. 172 ff. - Specht, G. (1990): Zum Produktivitätsgefälle zwischen Bundesrepublik und DDR, in: Ökonomische und soziale Probleme einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der BRD und der DDR, S. 3. ff., Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin.

10) Der Frage der zeitlichen und räumlichen Abgrenzung des Preismaßstabes wird hier nicht näher nachgegangen. Sie hat ohnehin vorrangige Bedeutung für die Unterschiede zwischen nominaler und realer Rechnung.

11) Vgl. dazu auch "Probleme der Umrechnung von Angaben der VGR der DDR für die Zeit vor der Währungsunion von Werten der Mark der DDR in D-Mark", Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin, 1992.

abschließendes Wort zum Aussagegehalt solcher Umrechnungen sollte im Konsens mit kompetenten Wirtschaftsforschern gefunden werden.

Die Berechnung des Sozialprodukts der ehemaligen DDR in DM zu unterlassen, käme einer Kapitulation gleich. Die Arbeit zu leisten, bleibt auch heute noch angesichts der Systemunterschiede ein Wagnis. Die Aussicht, den Grad der Unwissenheit zu verringern und den Spielraum von Spekulationen einzuengen, sollte aber aller Mühen wert sein. Zweifellos kann die amtliche Statistik dazu einen soliden und unverwechselbaren Beitrag leisten.

Anhang

Ausgewählter Vergleich der wirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistung der ehemaligen DDR mit dem früheren Bundesgebiet

Früheres Bundesgebiet = 100

Quelle	Bezugsjahr	Bruttoinlands- produkt je Erwerbs- tätigen	Bruttosozial- produkt je Einwohner
Alton	1980	-	76
Weltbank	1980	-	53
Wharton	1980	-	45
DIW	1980	47	68
Marer	1980	-	43
Collier	1980	54	70
Summers/Heston	1980	-	80
Block	1980	-	57
DIW	1983	49	76
BNL	1983	-	65
Klinkmüller	1984	-	43
Saatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) der DDR ¹⁾	1984	70	93
Alton	1985	48 ²⁾	-
CIA	1985	-	102
CIA	1986	-	76
Filip-Köhn/Ludwig	1988	33	-
Specht	1988	45	-
Statistisches Amt der DDR ¹⁾	1988	60	-
DIW	1989	40	-
Merkel/Wahl	1989	-	33

1) Nationaleinkommen je Erwerbstätigen bzw. Einwohner.

2) Umrechnung des Pro-Kopf-Niveaus im Vergleich zu den USA durch das DIW.

Literaturhinweise*)

- Alton (1986): Research on National Income in East Central Europa. Occasional Papers No. 90-94. L.W. International Financial Research, Inc., New York.
- Banca Nazionale del Lavoro - BNL (1985): An Estimate of the 1983 National and Per-Capita Income of the 200 Countries of the World. Research Papers No. 1, Rome.
- Berliner Zeitung (1990): Wie steht's wirklich um die Produktivität? 4. April 1990.
- Collier, I.L. (1985): The Estimation of Gross Domestic Product and its Growth Rate for the German Democratic Republic. World Bank Staff Working Papers No. 773. A Background Study for Dollar GNPs of the USSR and Eastern Europe. The World Bank, Washington, D.C., USA.
- Cornelsen, D./Kirner, W. (1990): Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik - DDR, in: DIW-Wochenbericht 14/1990, S. 173.
- Deutscher Bundestag (1987): Drucksache 11/11, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - DIW (Hrsg., 1990): Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91, DIW-Wochenbericht 26/1990, S. 342.
- Klinkmüller, W. (1988): Die Sowjetunion ist keine Supermacht, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 140, S. 62.
- Filip-Köhn, R./Ludwig, U. (1990): Dimension eines Ausgleichs des Wirtschaftsgefälles zur DDR, Diskussionspapier Nr. 3, Berlin.
- Merkel, W./Wahl, S. (1991): Das geplünderte Deutschland - Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn.
- Summers, R./Heston, A. (1987): A new Set of International Comparisons of Real Product and Price Levels Estimates for 130 Countries 1950 - 1985, in: The Review of Income and Wealth, P. 16 and 22, New Haven, CT, USA.
- Specht, G. (1990): Zum Produktivitätsgefälle zwischen Bundesrepublik und DDR, in: Ökonomische und soziale Probleme einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der BRD und der DDR, S. 9, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik - SZS (1985): Zur Entwicklung des produzierten und verwendeten National-einkommens und zu einigen Aspekten der volkswirtschaftlichen Effektivität in den Jahren 1981 bis 1985, Berlin.
- Wharton (1986): Econometric Forecasting Associates: Centrally Planned Economics Outlook. Vol. 7 No. 2.

*) Die Angaben beziehen sich auf die Tabelle S. 25.

Die Rückrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Voraussetzung für die Wirtschaftsanalyse

1. Die Statistik dient nicht nur zum unmittelbaren Nutzen von Politikern und Verwaltung insofern, als sie Grundlagen für Entscheidungen bereitstellt. Die Statistik gehört im mindestens ebenso großem Maße zur Grundlagenforschung. Ähnlich wie man die Atomphysik nicht daran messen darf, inwieweit sie Ingenieuren bei ihrer praktischen Arbeit nützlich ist, so kann man auch die Statistik nicht nach den sofortigen, unmittelbar greifbaren Nutzen für ökonomische Entscheidungen bewerten.
2. Die Statistik dient in großem Umfang zur Überprüfung der ökonomischen Theorie. Ökonomische Theorie kann nicht im luftleeren Raum entstehen, sie muß anhand statistischer Daten überprüft werden. So ist im Zuge der Evolution wirtschaftswissenschaftlicher Theorien die Neoklassik entstanden. Vorbildlich ist hier von Thünen, der die Grenzproduktivitätssätze, die er theoretisch ableitet, an statistischen Daten seines Gutes Tellow überprüft. Die gesamte Wirtschaftspolitik beruht aber auf der Wirtschaftstheorie, mögen sich nun die Wirtschaftspolitiker dieses Faktums bewußt sein oder nicht.
3. Angesichts des stochastischen Charakters ökonomischer Zeitreihen braucht man möglichst verlässliche, längere Zeitreihen, um ökonomische Theorien überprüfen und Folgerungen ableiten zu können. Kurze Zeitreihen sind für diesen Zweck nahezu wertlos.
4. Die Planwirtschaft war ein Großversuch gigantischen Ausmaßes - einmalig in der Geschichte. Will man daraus Lehren ziehen - auch für unsere Wirtschaftsordnung, bei der nicht alles vollkommen ist -, so benötigt man eine ungeschminkte Darstellung der tatsächlichen Entwicklung in diesem System.
5. Um ökonomische Lehren aus dem Großversuch der Planwirtschaft zu ziehen, benötigt man Wirtschaften, die sich im Ausgangszustand möglichst wenig von anderen unterscheiden. Somit eignet sich die ehemalige DDR am besten hierfür, weil Kultur, Entwicklungsstand, ökonomische Ausgangslage usw. denen des früheren Bundesgebietes praktisch entsprachen. Änderungen in den ökonomischen Ergebnissen kann man also dem System zurechnen. Bei anderen Volkswirtschaften (wie der ehemaligen UdSSR, Polen usw.) waren der allgemeine Entwicklungsstand, Religion, Volkscharakter u.a. sehr verschieden, so daß eine Zuordnung der Ergebnisse zu dem betreffenden Wirtschaftssystem viel schwerer fällt. Die Analyse der ehemaligen DDR hat also theoretisch eine weit größere Bedeutung, als die Analyse der entsprechenden Vorgänge bei anderen Volkswirtschaften (z.B. der ehemaligen UdSSR) haben würde.

^{*)} Prof. Dr. Wilhelm Krelle, Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bonn.

6. Bei der nachträglichen Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die ehemalige DDR ist es notwendig, die Bewertung zu westlichen Preisen, nicht zu den künstlich festgesetzten Preisen der Planwirtschaft vorzunehmen. Bei den Stromgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sollte das keine zu große Schwierigkeiten machen. Problematischer ist es bei den Bestandsgrößen, da z.B. die Bewertung des Kapitals von der Altersstruktur des Kapitals abhängt. Es wäre gut, wenn man auch dies mitbehandeln könnte, so daß die Altersstrukturen des Kapitals in den beiden Wirtschaftsordnungen verglichen werden könnten. Damit könnten dann auch vergleichbare Abschreibungen festgelegt werden.
7. Es lassen sich (jedenfalls nach den bisherigen Schätzungen) gewisse parallele Entwicklungen in Planwirtschaften und Marktwirtschaften feststellen, die man als Konjunkturschwankungen oder Teile einer langfristigen Kondratieff-Welle interpretieren kann. Sollte dieses Ergebnis auch bei Umrechnung der volkswirtschaftlichen Grunddaten der ehemaligen DDR bestehen bleiben, so hätte man einen Anhaltspunkt dafür, daß es in Wirtschaft und Gesellschaft systemunabhängige dynamische Vorgänge gibt. Das wäre von beträchtlichem theoretischen Interesse und würde auch zu wirtschaftspolitischen Folgerungen führen.

Kritisches zur Erstellung langer Reihen für das Gebiet der ehemaligen DDR

1. Die empirische Wirtschaftsforschung benötigt lange statistische Reihen. Ihr wichtigstes methodisches Rüstzeug ist die Zeitreihenanalyse: Der Trend ist das, was ihrer Arbeit die Führung gibt; daran klammert sie sich wie die sieben Schwaben an den Spieß.

Lange Reihen sind freilich für die Zeitreihenanalyse nur brauchbar, wenn sie Kontinuität in der Entwicklung widerspiegeln - die statistischen Informationen müssen über die Zeit vergleichbar sein. Informationen für das Gebiet der ehemaligen DDR vor und nach der "Wende" sind aber nicht vergleichbar und auch nicht - auf trickreiche Weise - vergleichbar zu machen. Das Ende der ehemaligen DDR markiert den Abschied von vier Jahrzehnten sozialistischer Planwirtschaft. Damit endete eine Kontinuität. Die empirische Wirtschaftsforschung muß das nolens volens zur Kenntnis nehmen.

2. Wirtschaftsstatistiken spiegeln das Geschehen unter ganz konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen wider. Ihr Aussagewert ist deshalb auf den Zeitraum begrenzt, in dem diese Bedingungen erfüllt waren oder sind. Zu den großen Leistungen der neueren ökonomischen Theorie gehört, daß sie die Bedeutung von Institutionen für das Wirtschaftsgeschehen wiederentdeckt hat:

"Economics is about a game within rules. Choices are made by actors ... constrained within specifically determined laws and institutions."¹⁾

Die sozialistische Planwirtschaft in der ehemaligen DDR funktionierte - mehr schlecht als recht - nur unter den Bedingungen der Autarkie. Unter anderen Bedingungen - bei offenen Grenzen - ist sie nicht einmal vorstellbar. Viele Tatbestände, die die Statistik der ehemaligen DDR dokumentiert (wenn auch häufig nicht veröffentlicht) hat, würde es gar nicht gegeben haben - etwa daß die Betriebe ständig bis zur Vollauslastung ihrer Kapazitäten produzierten, daß Materialien und Arbeitskräfte knapp waren, oder daß ein permanenter Kaufkraftüberhang vorhanden war. Schätzungen westlicher Experten über die Leistungskraft der ehem. DDR-Wirtschaft - zeitweilig zählte man die ehemalige DDR zu den zehn stärksten Industrienationen der Welt - waren deshalb eine Fata Morgana, die mit dem Fall der Mauer und der Einführung der Marktwirtschaft im Nichts verschwand. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezifferte Mitte der achtziger Jahre den Produktivitätsrückstand der ehemaligen DDR-Wirtschaft auf rund 50 vH²⁾ - und rückte von dieser Schätzung nach der "Wende" zunächst nur zögernd ab.³⁾ Aber auch andere westliche Forscher sind dem Trugschluß erlegen, daß

*) Klaus-Dieter Schmidt, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

1) Buchanan, J. (1979): "What Should Economists Do?", S. 281/282, Indianapolis.

2) Vgl. "Materialien zur Lage der Nation", Deutscher Bundestag, Drucksache 11/11 von 1987.

3) Vgl. "Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik - DDR", DIW-Wochenbericht 14/90.

die statistischen Kennziffern der sozialistischen Planwirtschaft in ähnlicher Weise interpretierbar sind wie entsprechende Kennziffern aus der Welt der westlichen Marktwirtschaften.⁴⁾ Wohlgemerkt: Es war damals schon nicht dasselbe, ob man die physische Produktionsleistung eines Arbeiters im Trabant-Werk Zwickau mit der eines Arbeiters im VW-Werk Wolfsburg oder ob man die Arbeitsproduktivität bei VW mit der bei General Motors oder Fiat verglich. An dem Tag, an dem sich die Mauer öffnete und die Menschen in der ehemaligen DDR die Möglichkeit erhielten, ein Auto aus westlicher Produktion zu kaufen, wurden solche Produktivitätsvergleiche zwischen sozialistischen Planwirtschaften und westlichen Planwirtschaften Makulatur.

3. Der Wunsch nach langen Reihen, die einen nahtlosen Übergang von dem einen in ein anderes Wirtschaftssystem dokumentieren⁵⁾, verkennt somit die veränderte Realität. Um Kontinuität herzustellen, müßte man die Entwicklung der ehemaligen DDR-Wirtschaft von ihren Anfängen bis zu ihrem Ende unter marktwirtschaftlichen Bedingungen simulieren. So etwas ist nicht einmal als Denkmodell vorstellbar - und es wird auch nicht verlangt.
4. Wirtschaftsforscher, die nach langen Reihen rufen, haben meistens etwas anderes im Sinn - nämlich eine Bearbeitung der ehemaligen DDR-Statistiken nach westlichen Konzepten. So hat Doris Cornelsen die amtliche Statistik aufgefordert, "Umsteigeschlüssel" zu liefern, die den Übergang von einem zum anderen Konzept ermöglichen, etwa in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vom Material Product System (MPS) zum System of National Accounts (SNA).⁶⁾ Für eine Übergangszeit sollte die VGR für die neuen Länder auch nach dem MPS erstellt werden. Inzwischen ist aber das MPS aus dem Blickfeld geraten. Die Überlegungen gehen jetzt dahin, die VGR-Daten der ehemaligen DDR entsprechend dem SNA umzuschlüsseln. Eine erste rudimentäre Umrechnung für die Jahre 1980 bis 1989 hatte das Statistische Amt der ehemaligen DDR schon im Frühjahr 1990 vorgelegt.⁷⁾

Eine formale Umrechnung schafft jedoch keine Kontinuität. Denn es gibt Abweichungen zwischen östlicher und westlicher Statistik nicht nur bei der Definition und Zuordnung der Transaktionen, sondern auch und gerade bei der Bewertung. Die ehemalige DDR-Wirtschaft besaß eine völlig andere Preisstruktur als die westlichen Marktwirtschaften. Preise waren nicht Ausdruck ökonomischer Knappheitsverhältnisse, sondern politischer Vorgaben. So waren die Preise für Grundnahrungsmittel, die Mieten und die Verkehrstarife vergleichsweise niedrig, die für die meisten industriellen Gebrauchsgüter hoch. Dies führt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - nach

4) Vgl. "Research Project on National Income in East Central Europe", Occasional Papers Nos. 90-94, L.W. International Financial Research, Inc., New York, 1986 und Collier, Irwin L.: "The Estimation of Gross Domestic Product and its Growth Rate for the German Democratic Republic", World Bank Staff Working Papers Number 773. A Background Study for Dollar GNPs of the U.S.S.R. and Eastern Europe, the World Bank Washington, D.C., USA, 1985.

5) Er wurde erstmals von Doris Cornelsen in einem Vortrag vor dem Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes im Juli 1990 vorgetragen (vgl. Statistisches Bundesamt, Sonderdruck "Auf dem Weg zur deutschen Einheit").

6) Vgl. Statistisches Bundesamt, Sonderdruck "Auf dem Weg zur deutschen Einheit".

7) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990.

westlichen Maßstäben - zu erheblichen Über- und Unterbewertungen: Die Exporte und Importe sowie die Ausrüstungsinvestitionen wurden überbewertet, der Staatsverbrauch und die Bauinvestitionen unterbewertet. Wegen der hohen Wertansätze für Außenhandelstransaktionen (die Bewertung der in konvertibler Währung getätigten Umsätze erfolgte nach dem durchschnittlichen Aufwand der Betriebe, dem Valutagegenwert)⁸⁾ hatte die ehemalige DDR-Wirtschaft rein rechnerisch eine extrem hohe Export- und Importquote von jeweils mehr als 50 vH des Bruttosozialprodukts, was bei der geringen Integration in die internationale Arbeitsteilung ganz und gar unplausibel ist. Die Abweichungen in der Preisstruktur - die daraus folgenden gravierenden Verzerrungen auf der Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsseite der VGR - können durch den bloßen Übergang auf ein anderes Konzept nicht ausgemerzt werden.⁹⁾

5. Die Verzerrungen können auch nicht durch eine Neu- oder Umbewertung in DM-Preisen beseitigt werden, wie das von mancher Seite vorgeschlagen und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in einer Modellrechnung für das Jahr 1989 versucht worden ist.¹⁰⁾ Eine Neu- oder Umbewertung macht nur Sinn, wenn man der Rechnung auch ein anderes "Mengengerüst" zugrundelegt, das zu der neuen Preisstruktur paßt - in der Marktwirtschaft gehört zu einer bestimmten Preisstruktur immer eine bestimmte Allokationsstruktur. Um es an einem Beispiel zu demonstrieren: Eine Anhebung des Brotpreises um das Vierfache auf westliches Niveau als Folge einer solchen Neubewertung muß sich in entsprechenden Mengenreaktionen Niederschlagen. Es geht nicht an, wenn implizit davon ausgegangen wird, die Verbraucher hätten auch bei dem höheren Preis die gleiche Menge an Brot verzehrt (oder wie zuvor an das Vieh verfüttert). Deshalb ist auch der verbreiteten Meinung zu widersprechen, daß bei "realen Reihen" wie bei Kennziffern über Produktionsmengen die Erstellung langer Reihen, die Vergangenheit und Gegenwart verknüpfen, unproblematisch sei. Der Zusammenbruch der ostdeutschen Produktion manifestiert eindrucksvoll die Konsequenz einer Neubewertung.
6. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik kann nicht als "Strukturbruch" angesehen werden - wie weiland der Beitritt des Saarlandes. Das Saarland besaß auch vor dem Beitritt ein ganz ähnliches Wirtschaftssystem, die Kontinuität der Entwicklung blieb also gewahrt. Ein Strukturbruch, der die Kontinuität nicht unterbricht, kann leicht ausgeglichen werden; in der Zeitreihenanalyse reicht dazu meistens eine "Dummy-Variable". Die wirtschaftliche Vereinigung verändert nicht nur das Wirtschaftssystem in der ehemaligen DDR, sie machte auch aus der Bundesrepublik Deutschland einen anderen Staat. Vielerorts ist das noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Das zeigt sich etwa daran, daß die Wirtschaftsforschungsinstitute bei ihren Analysen nach wie vor die Bundesrepublik Deutschland in den früheren Grenzen im Visier haben, so als ob sie die ehemalige DDR noch zur "übrigen Welt" zählte.

8) Im Jahre 1989 galten folgende Kursrelationen: 1 US-\$ = 8,14 Mark Valutagegenwert, 1 DM = 4,40 Mark Valutagegenwert und 1 transferabler Rubel = 4,67 Mark Valutagegenwert.

9) Vgl. Wilkens, H. (1976): "Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland", DIW-Sonderhefte Nr. 115, Berlin.

10) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, "Sozialprodukt und Einkommenskreislauf I 1989 - IV 1991. Vierteljährliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland", Berlin, Mai 1991.

Aus theoretischer Sicht kann der Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft als ein "Schock" modelliert werden, der das System der relativen Preise verändert und große Teile des Produktionspotentials in ökonomischer Hinsicht zerstört.¹¹⁾ Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, und das bedeutet vor allem zu Weltmarktpreisen, kann mit den vorhandenen Anlagen häufig nicht mehr rentabel produziert werden. Es muß noch zu denken geben, daß die Treuhandanstalt bei der Privatisierung der ostdeutschen Betriebe per saldo bislang negative Verkaufserlöse erwirtschaftet hat - bei einem für das Jahr 1989 statistisch ausgewiesenen Kapitalstock (Grundmittelbestand) der ehemaligen DDR-Wirtschaft von 1,7 Bill. Mark.¹²⁾ Es ist beim besten Willen nicht zu sehen, auf welche Weise dieser "Bruch" überbrückt und "Kontinuität" hergestellt werden kann. Man darf gespannt sein, welchen Kapitalstock die amtliche Statistik künftig zugrunde legen wird, um für die neuen Länder die Abschreibungen zu berechnen.

7. Die Sorge ist groß, daß der mit den Tücken der Statistik wenig vertraute Leser geradezu eingeladen wird, unvertretbare Vergleiche zwischen "vorher" und "nachher" anzustellen. Zu welchen grotesken Fehlschlüssen der unbesonnene Rückgriff auf die ehemalige DDR-Statistik führen kann, haben Akerlof et. al. in der sogenannten "Berkeley-Studie" demonstriert.¹³⁾ Die Studie unterstellt, daß die Kombinate und Volkseigenen Betriebe der ehemaligen DDR im Jahre 1989 bei einem "Richtungskoeffizienten"¹⁴⁾ von DM 3,73 international voll wettbewerbsfähig gewesen waren. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft hat sich die Erlössituation schlagartig verschlechtert. Zur Kompensation schlagen Akerlof et. al. eine Lohnkostensubventionierung in Höhe von 70 vH der Wertschöpfung vor, die die ehemaligen DDR-Betriebe kostenmäßig ähnlich stellen würde wie vorher. Akerlof et. al. übersehen, daß das Gros der Betriebe überhaupt nicht mit westlichen Anbietern konkurrieren konnte und brauchte. Es vermochte gleichwohl zu existieren, weil es auf dem heimischen Markt vor Konkurrenz hermetisch abgeschirmt war.
8. Der Wunsch nach langen Reihen mag noch so beredt vorgetragen werden, doch die amtliche Statistik sollte sich ihm versagen. Unwissen richtet weniger Schaden an als Scheinwissen.

Die ehemalige DDR sollte so in Erinnerung bleiben, wie sie war und wie sie deren Statistik im großen und ganzen richtig zeichnete. Alle Versuche, Abstriche und Zufügungen zu machen, können nur fragwürdige Ergebnisse zeitigen. Die Erstellung langer Reihen läuft darauf hinaus, die ehemalige DDR-Wirtschaft neu auszustaffieren - sie in

11) Vgl. van Long, N./Siebert, H., "A Model of the Socialists Firm in Transition to a Market Economy", Institut für Weltwirtschaft, Working Paper No. 479, Kiel, 1991.

12) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990.

13) Vgl. Akerlof, G.A./Rose, A./Yellen, J./Hessenius, H., "East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Unification". For presentation at the Conference of the Brookings Panel on Economic Activity Washington, April 4 and 5, 1991, Preliminary Draft, University of California at Berkeley, March 23, 1991.

14) Der "Richtungskoeffizient" bezieht den finanziellen Aufwand, den die ehem. DDR-Betriebe im Durchschnitt benötigten, um eine DM im Exportgeschäft zu verdienen.

ein neues Gewand zu kleiden. Das erinnert an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, das uns der dänische Dichter Hans-Christian Andersen überliefert hat:

"Der Kaiser legte alle seine Kleider ab, und die Betrüger stellten sich, als ob sie ihm ein jedes Stück der neuen Kleider anzögen, welche fertig genäht sein sollten, und der Kaiser wendete und drehte sich vor dem Spiegel. Ei, wie gut sie kleiden, wie herrlich sie sitzen, sagten alle. Welches Muster, welche Farben! ... Aber er hat ja gar nichts an, sagte endlich ein kleines Kind ... Aber er hat ja gar nichts an, rief zuletzt das Volk. Das ergriff den Kaiser, dem es schien, als hätte das Volk recht, aber er dachte sich: Nun muß ich aushalten. Und die Kammerherren gingen und trugen die Schleppe, die gar nicht da war."

Zur Bedeutung der Rückrechnung langer Reihen für die internationale statistische Zusammenarbeit

Meine Damen und Herren,

wir sind alle vertraut mit den Problemen der Vergangenheit in der internationalen Statistik, die sich aus unterschiedlichen statistischen Konzepten in Ost und West ergaben und zu einem schier endlosen Methodenstreit führten. Umfangreiche Arbeiten wurden über Jahrzehnte hinweg durchgeführt, unzählige "Working groups", "Expert meetings", "Study groups" und "Special papers" beschäftigten sich mit einem Gegenstand, der in letzter Instanz nur die Quadratur des Kreises war. Die methodologischen "Brücken" und Experimente zur Überwindung von Systemunterschieden wurden in den letzten Dekaden zur Perfektion geführt. Sie konnten jedoch eines nicht verdecken: In Wirklichkeit war - trotz aller guten Vorsätze und trotz ausgeklügelter statistischer Methoden - diesen Bemühungen immer eine enge Grenze gesetzt. Die internationale Statistik in der jüngeren Vergangenheit, die mit den Unterschieden der Systeme fertig zu werden hatte, konnte - geboren aus der Not der politischen Verhältnisse - nur immer die zweitbeste Lösung entwickeln, denn die beste Lösung, die international harmonisierte Statistik, war ihr verwehrt.

An die Stelle international vergleichbarer, von der Forschung und Analyse und der Wirtschaftspolitik dringend benötigter Kennziffernreihen traten immer mehr weiße Flecken, Punkte und leere Blätter.

Wesentliche Gebiete der internationalen Statistik wurden nur mit nationalen Daten in nationalen Währungen gefüttert. Mit ihnen konnte zwar gearbeitet werden, jedoch nur pro Land oder im begrenzten Wirtschaftsraum, aber nicht im Vergleich mit nationalen Volkswirtschaften aus dem anderen politischen Teil der Welt.

Erst jetzt, mit den Versuchen der Anpassung in den Übergangsländern an die wirtschaftlichen Bedingungen des Westens, sind wir in der Lage, dieses die internationale ökonomische Forschung und statistische Analyse behindernde Defizit zu überwinden.

Aus dem Vorhergesagten mag bereits hervorgegangen sein, wie groß der internationale statistische Hunger ist, den zu stillen wir uns jetzt anschicken können. Die internationale statistische Gemeinschaft wartet auf den Startschuß zu diesen Arbeiten, auf die Bewältigung der statistisch-methodologischen Probleme, auf Möglichkeiten der Mitwirkung und letztlich natürlich auf Ergebnisse.

^{*)} Dr. Wolfgang Haeder, Zentrum für Wirtschaftsforschung e.V.i.G., Berlin.

Es ist dem Statistischen Bundesamt zu danken, daß es nach reiflicher Überlegung den Schritt zur Rückrechnung langer statistischer Reihen gehen will und ernsthafte Vorbereitungen für diese Arbeit begonnen hat.

Diese Aufgabe ist Pionierarbeit, sie schafft Bedingungen für eine systematische Aufarbeitung der ökonomischen Vergangenheit der gespaltenen deutschen Nation. Darüber hinaus und vor allem aber wird mit diesen Arbeiten das enorme Bedürfnis nach einer Harmonisierung der internationalen Statistik in wesentlichen Abschnitten befriedigt. Mit diesen Arbeiten können sowohl der Weltstatistik sowie den Übergangsländern substantielle und methodologische Möglichkeiten für ihre Mitwirkung an einer vereinheitlichten internationalen Statistik geboten werden.

Die Berechnung langfristiger statistischer Reihen ist - daran besteht kein Zweifel - eine aufwendige, zeit- und arbeitskräftezehrende Aufgabe. Es ist daher nicht ohne Grund, daß manche Stimmen des Bedenkens laut werden. Die Arbeiten hierzu werden als ein gegenwärtig nicht leicht zu bezahlender Aufwand bezeichnet, der nur historisierenden Wert habe und der bei der Lösung der vor uns stehenden aktuellen Probleme der Verschmelzung der beiden deutschen Wirtschaftsräume nicht unbedingt erforderlich sei.

Ein weiteres Gegenargument besteht auch darin, daß ihr inhaltlicher Wert begrenzt ist, denn marktwirtschaftliche Komponenten wie die Allokationsfunktion des Preises sind im System zentralgeplanter Volkswirtschaften nicht gegeben.

Das ist alles wahr, zumindest bis zu einem gewissen Grad, und aus diesem Grund sollten Überlegungen zum Verhältnis von Nutzen und Aufwand bei der Konzipierung der Arbeitsanlage auch eine wichtige Rolle spielen. Das Idealziel, die Herstellung eines deutschen statistischen Jahrbuches mit ununterbrochenen Zeitreihen von 1939 bis zur Vereinigung, ist heute ohnehin nur schwer vorstellbar.

Es gibt keine Aufzeichnungen über den Aufwand, den die internationale statistische Gemeinschaft in den letzten Jahrzehnten betrieben hat, um die Brüche und Spaltungen in der Weltstatistik methodologisch zu überwinden. Ich habe anfangs erwähnt, mit welchen Anstrengungen in zwischenstaatlichen und internationalen Organisationen Heerscharen von Statistikern bemüht waren, die Quadratur des Kreises zu lösen. Ich wage daher die Behauptung, daß der Aufwand für die Berechnung langfristiger Reihen in Deutschland, der einen Modellfall für andere Länder und für die Harmonisierung von wesentlichen Gebieten der Weltstatistik darstellt, ein lohnendes Unternehmen ist. Seine Kosten werden nur einen Bruchteil der Ausgaben betragen, die die bisher für eine fast ausweglose Zielsetzung aufgewendeten Ausgaben ausmachten.

Die deutsche Statistik ist m.E. aufgrund der historischen Situation, die aus der Überwindung der Teilung erwachsen ist, und aufgrund des Niveaus ihres zusammenwachsenden statistischen Dienstes, sowie aus den aller Voraussicht nach ausreichenden Bedingungen der Datensicherung für vergangene Perioden prädestiniert, diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Und wenn sie nicht in der Totalität der vollständigen statistischen Reihen über lange Perioden und in aller Tiefe verwirklicht werden kann, so doch in Teilschritten und

mit zunächst nicht vollständigem Umfang. In einem der Thesenpapiere gibt es dazu einen gedankenvollen Vorschlag für ein abgestuftes Vorgehen.

Niemand in den osteuropäischen Ländern hat im Vergleich zum zusammenwachsenden statistischen deutschen Dienst so gute Voraussetzungen für diese Arbeit. Es ist für die Statistik das, was heute in allen gesellschaftlichen Bereichen auf der Tagsordnung steht: die Überwindung der Altlasten.

Die Statistik muß - so weit es in ihren gegenwärtigen Kräften steht - das ihrige dazu leisten, um die ökonomischen und sozialen Bedingungen der deutschen Teilung und der Ursachen des Niedergangs der zentralgeleiteten Volkswirtschaft im Osten Deutschlands sichtbar zu machen.

Damit wird die Rückrechnung zu einer Bringschuld der Statistik gegenüber den potentiellen Nutzern einer solchen Dokumentation im Inland, aber vor allem auch im Ausland.

Die Weltstatistik hat jahrzehntelang unter dem Systembruch, der sich quer durch nahezu alle Bereiche gezogen hat, gelitten. Sie können jede beliebige statistische Dokumentation in die Hand nehmen, und sie werden, sofern nicht Naturalkennziffern ihr Gegenstand sind, Seite für Seite die Unmöglichkeit von plausiblen Vergleichen zwischen den Gesellschaftssystemen konstatieren müssen.

Volkswirtschaftliche und zweigliche Klassifikationen sind auseinandergedriftet, die Preisstatistik nennt unter gleichen Namen unterschiedliche Dinge, Finanzstatistiken und Statistiken des Staatsverbrauchs sind in meßbaren Umfängen überhaupt nur in der westlichen Statistik enthalten, usw. und so fort.

Über allem stand die Problematik der Unvereinbarkeit von unterschiedlichen Währungssystemen, die in letzter Instanz die analytische Arbeit zu östlichen Leistungskennziffern unmöglich gemacht haben.

Das alles hat dazu geführt, daß - so wie die Politiker von den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in den Ländern des Ostens überrascht wurden - auch die Statistiker ihrerseits nicht die notwendigen Instrumentarien hatten, die sie befähigt hätten, Warnsignale und Voraussagen aus analytischen Erkenntnissen zu geben, die zu tiefer und fundierterer Einsicht über wirkliche Entwicklungen der Volkswirtschaften des Ostens geführt hätten.

Wir kennen alle die zahlreichen Untersuchungen und Analysen, die für Politik und Wirtschaftspolitik irreführend von scheinbar unendlicher Stabilität und nicht systembedrohendem Wachstumsverfall des östlichen Wirtschaftsraumes ausgingen. Zuweilen sind sie sogar ohne Gegenwehr den Klängen planwirtschaftlicher Erfolgsstatistik erlegen.

Es gilt, diese Vergangenheit aufzuarbeiten. Zum Ziel dieser Aufarbeitung sollten auch Erklärungen gehören, weshalb die Statistik der westlichen Länder die Zeichen der Zeit nicht richtig erkannte und was zu tun ist, um sie in Zukunft davor zu bewahren, der Wirt-

schafts- und Sozialpolitik Informationen und Signale zu liefern, die nicht ausreichen, um in komplexer Weise Entwicklungen zu bewerten.

Die langfristigen Reihen können ein bedeutendes Instrument hierzu sein.

Es ist mit Hilfe langfristiger Reihen der Vergangenheit denkbar, Ursachen der Entwicklung aufzudecken, die die Bedingungen des langsamen Sterbens der zentralgeleiteten Volkswirtschaften des Ostens besser erklären, als wir es heute noch können.

Dazu kann die deutsche Statistik mit der Rückrechnung einen wichtigen Beitrag leisten.

In den heute und morgen stattfindenden Diskussionen spielt die Bedeutung langfristiger Reihen für Wirtschaftsanalyse und -forschung eine herausragende Rolle, ich kann mir daher die Bemerkungen, die ich von meiner Seite zu Input-Output-Rechnungen und der unverzichtbaren Rolle langfristiger Reihen für Forschungsarbeiten zu langfristigen Wachstumsprognosen und -modellen machen wollte, sparen.

Der internationale Aspekt der Rückrechnung langfristiger Reihen besteht jedoch nicht nur in einer Angebotsleistung für die internationale statistische Fachwelt, sondern auch darin, gleichzeitig aus dem Nutzen aus internationalen Erfahrungen und Methoden zu ziehen.

Es gibt eine Vielzahl bekannter internationaler statistischer Instrumente und Methoden, die für Vergleichsrechnungen relevant sind und bei der in Angriff zu nehmenden Arbeit unbedingt Berücksichtigung finden sollten.

Nennen wir als Beispiel die international erarbeiteten und seit Jahren gebräuchlichen Konversionsschlüssel für statistische Systematiken.

Konversionsschlüssel werden seit Jahren für Hilfsrechnungen der Anpassung von Systematiken des einen Systems an das andere genutzt. Für die Arbeit an langfristigen Reihen werden sie eine wichtige Rolle spielen müssen: in einem Thesenbeitrag gibt es bereits praktische Anmerkungen hierzu.

Erst jüngst, im Frühjahr dieses Jahres, hat das Statistische Amt der Vereinten Nationen eine aktualisierte Version des Konversionsschlüssels zwischen der "Klassifikation der Bereiche der Volkswirtschaft" (CBNE - Classification of Branches of the National Economy) und der 3. Revision der "Internationalen Standard Industrie Klassifikation für alle ökonomischen Aktivitäten" - allgemein als ISIC bekannt - (International Standard Classification of all economic activities, Rev. 3). fertigstellt.

Es sei erwähnt, daß Konversionsschlüssel für wesentliche volkswirtschaftliche und zweigliche Systematiken existieren. Von Fall zu Fall sollte untersucht werden, inwieweit die Paßfähigkeit der Konversionsschlüssel zwischen den im UN-System und dem im ehemaligen RGW benutzten Klassifikationen auch eine reibungslose Übernahme für EG-Klassifikationen erlaubt.

Gestatten Sie mir abschließend das Beispiel der Berechnung von Währungsparitäten zu nennen, das gleichzeitig ein Vorschlag ist, um eine internationale Methode für die Rückrechnung langfristiger Reihen zu nutzen.

Zweifellos ist die Berechnung von Währungsrelationen zwischen der DM und der Mark der DDR das herausragende Problem.

Es stellt eine Besonderheit in Deutschland dar, da es in den osteuropäischen Übergangsländern nicht in dieser Weise auftritt.

Meines Erachtens ist es dabei gleichgültig, ob man die Auffassung vertritt, in der amtlichen Statistik rückgerechnete Wertkennziffern mit künstlich errechneten Währungsrelationen nicht zu publizieren und statt dessen lieber nichtamtlich vorgeht.

Letzteres könnte z.B. bedeuten, Berechnungsergebnisse von Währungsrelationen durch wissenschaftliche Institutionen vornehmen zu lassen und den amtlichen Ergebnissen hinzuzufügen.

In jedem Fall bleibt das Problem bestehen und harrt einer Antwort, denn Lösungsvorschläge und ihre Ergebnisse in bezug auf Währungsrelationen haben hohe Priorität in der internationalen Fachwelt, der Forschung und Wirtschaftsanalyse.

Für durchzuführende Arbeiten an dieser Problematik bietet sich das "International Comparison Project", kurz ICP, an.

Es sei in Erinnerung gerufen, welche Zielsetzung das ICP hat: Das von Kravis und Summers von der Pennsylvania Universität entwickelte Konzept wurde in den sechziger Jahren von den Vereinten Nationen übernommen und bisher in fünf Phasen mit etwa fünfjährigen Abständen durchgeführt. Die Phase VI befindet sich in Arbeit. Die wachsende Zahl der mitarbeitenden Länder, in der Phase V des Jahres 1985 waren ca. 70 Länder der Welt beteiligt, weist auf die Bedeutung und den statistischen Wert der Ergebnisse hin. Darüber hinaus werden von EUROSTAT zu den Hauptphasen jährliche Berechnungen für die EG-Länder ergänzt.

Die Arbeitsmethode besteht bekanntlich darin, Erzeugnisse in homogene Erzeugnisgruppen zusammenzufassen und auf der Grundlage einer vereinheitlichten Nomenklatur Preise zu Stichzeiten zu erheben. Das hierfür erforderliche aufwendige mathematisch-statistische Verfahren wird sowohl in den Rechenzentren in Luxemburg für die EG und die sonstigen teilnehmenden europäischen Länder als auch im Statistischen Amt der Vereinten Nationen für die Teilnehmerstaaten der Welt durchgeführt.

In einer ersten Rechenphase wird eine Matrix transitiver Paritäten, d.h. unveränderlicher Werte im Verhältnis zum Bezugsland, dessen Währung der Bewertungsmaßstab ist, für jede Einzelposition berechnet. Mit Hilfe dieses Basismaterials werden in einer zweiten Phase Kaufkraftparitäten und Realwerte auf dem Niveau sämtlicher Gesamtgrößen bis zur Aggregation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechnet.

Im Vergleich stehen damit folglich nationale Erfassungen von Erzeugniswerten und ihrer Aggregation zum BIP einschließlich seiner Komponenten zu Kaufkraftstandards, die über Kunstwährungen bzw. eine einheitliche Weltwährung errechnet wurden.

Es gibt einen wesentlichen Vorteil bei der Anwendung der ICP-Methode als Hilfsrechnung für die Ermittlung von Währungsrelationen langfristiger statistischer Reihen in Deutschland. Dieser Vorteil besteht darin, daß es kein Problem nicht erfaßbarer Unterschiede in Erzeugnispositionen gibt. Diese aus regionalen, klimatischen und durch Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten bedingten Faktoren, die durch stets kompliziertere und daher auch angriffswürdige Methoden der Quantifizierung solcher Unterschiede überbrückt werden, spielen in Deutschland keine Rolle.

Ich erlaube mir ein Plädoyer für das ICP und seine Anwendung in der vor uns liegenden Arbeit aus langjähriger Erfahrung mit der Durchführung von Berechnungen zu Kaufkraftparitäten nationaler Volkswirtschaften gleicher und unterschiedlicher Systeme. Sie ist aus meiner Sicht eine greifbare und vor allem bewährte Methode, um Haltepunkte für Währungsrelationen zu schaffen. Sie erscheint sicherer und komplexer als andere bisher angewandte zahlreiche Experimente, da sie sich nicht auf Warenkorbvergleiche und Haushalte beschränkt.

Ein Nachteil des ICP ist der mit ihm verbundene Mehraufwand an Arbeit, der m.E. jedoch - gemessen an den zu erwartenden Ergebnissen - vertretbar ist. Dieser Aufwand wird international seit Jahrzehnten betrieben. Für den Zweck der Herstellung langfristiger statistischer Reihen in Deutschland würde bei der Anwendung des ICP mit einem Einmalaufwand für Rückrechnungen ein für allemal eine dauerhafte Grundlage geschaffen.

Die Methode empfiehlt sich umso mehr, als international ein Fundus jahrzehntelanger Erfahrungen vorliegt. Hier ist an erster Stelle EUROSTAT zu nennen, jedoch auch UN-Einrichtungen, wie z.B. das Statistische Amt New York, die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) und Nachbarländern, wie z.B. Österreich haben diese Erfahrung.

Im Statistischen Bundesamt sind für diese Arbeiten seit langem wertvolle Erfahrungen gesammelt worden.

Anwendungsbeispiele aus der Europäischen Gemeinschaft oder aber Illustrationen zu systemübergreifenden praktischen Rechnungen, die in Europa mehrfach durchgeführt wurden, könnten ein überzeugender Beleg hierfür sein.

Gestatten Sie mir jedoch auf das in Arbeit befindliche Handbuch der Vereinten Nationen zum "International Comparison Project" zu verweisen, in dem es wohl heißen wird:

"Das ICP ist ein Weltprogramm zur Berechnung von Schätzwerten, die vergleichbare Realwerte¹⁾ für Länder für das Bruttoinlandsprodukt und seine Hauptaggregate erbringen. Im Berechnungsprozeß erhält man Kaufkraftparitäten, die anstelle von Wechselkursen zur Umrechnung von Daten in eine gemeinsame Währung benutzt werden."

Mit einer Entscheidung zugunsten der Anwendung des ICP bei der Rückrechnung langfristiger statistischer Reihen wäre für die gegenwärtig am besten hierfür geeigneten Methode vorgesehen. Mit der Berechnung und Bestimmung von Währungsrelationen für die beiden deutschen Wirtschaftsgebiete, wird der Erfolg der Arbeit an langfristigen statistischen Reihen maßgeblich mitbestimmt.

Es erübrigt sich, insbesondere im Falle der Anwendung des ICP zu betonen, wie sehr die internationale statistische Gemeinschaft an diesem Experiment interessiert ist, wie sie auf Ergebnisse methodologischer Art und tatsächlicher Werte wartet, und welchen bedeutenden Beitrag die deutsche Statistik zur Bereicherung der internationalen Vergleichsmethoden leisten kann. Ich bin sicher, daß Arbeiten, die hierzu aufgenommen werden, größtmögliche Hilfe der internationalen Statistik erfahren werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

1) Der Terminus "reale Werte" in internationalen Vergleichen ist in Gegenüberstellung zu Umrechnungen auf Wechselkursbasis zu verstehen. Eines der Merkmale des ICP besteht darin, vermittels Kaufkraftparitäten Leistungsvergleiche "real" zu ermöglichen, während Leistungsvergleiche auf der Grundlage von Währungskursen oftmals nicht plausibel sind. Das würde bei dem Versuch, Währungsrelationen zwischen der DM und der Mark der DDR ganz besonders zutreffen, wie wir aus der jüngeren Geschichte von Vergleichen zwischen den beiden Volkswirtschaften leider nur zu oft erfahren haben.

Rückrechnungen für die Strukturberichterstattung?

Wenn ein Anwender statistischer Daten gefragt wird, ob er mehr Daten haben möchte, wird er wohl fast immer mit ja antworten, solange diese Daten hinreichend zuverlässig sind, also die interessierenden Sachverhalte einigermaßen zutreffend erfassen. Die Crux dabei ist schon, daß kaum zu definieren ist, wann dies der Fall ist. Zudem sollten die Meßzahlen anschaulich und möglichst leicht zu interpretieren sein. Es sollte kein Zweifel darüber bestehen, was sie in bezug auf die jeweiligen sachlichen Fragestellungen bedeuten.

Freilich steht auch der Statistiker vor dem Problem, daß die verfügbaren Ressourcen knapp sind und wünscht daher vom Anwender möglichst eine Rangskala der Anforderungen, damit die Mittel effizient verteilt werden können. Dies soll hier aus der Sicht der Strukturberichterstattung versucht werden, indem auf die wichtigsten Fragestellungen an dieses Projekt eingegangen wird (siehe folgende Übersicht). Die "Anforderungen an die Strukturberichterstattung" sind dabei in eine Rangfolge gebracht worden, die Prioritäten ausdrücken. Die Punkte 1 bis 4 in der Übersicht bilden dabei eine gewisse Einheit, denn die aktuellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ihre Auswirkungen müssen natürlich immer beurteilt werden. Und dies ist nur im Zusammenhang mit der Analyse der Entwicklungslinien, Ursachen, Wechselwirkungen und Hemmnissen möglich. Normalerweise ist es dafür auch notwendig, lange Reihen für die Vergangenheit zu besitzen. Schließlich ist der Strukturwandel ein eher mittel- bis langfristiges Phänomen. Hinzu kommt, daß der Einfluß der Wirtschaftspolitik nur beurteilt werden kann, wenn über einen ausreichend langen Stützzeitraum Verhaltensgleichungen geschätzt worden sind. Auch die Kenntnis der Reaktion der Wirtschaftsteilnehmer auf wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Vergangenheit läßt oft Schlüsse auf die Folgen solcher Maßnahmen in der Gegenwart zu.

Übersicht Anforderungen an die Strukturberichterstattung

1. Entwicklungslinien und Ursachen des derzeitigen und absehbaren Strukturwandels aufzeigen.
2. Wechselwirkungen zwischen struktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung analysieren.
3. Hemmnisse für den Strukturwandel identifizieren.
4. Die aktuellen staatlichen Eingriffe beurteilen.
5. Vergangene staatliche Eingriffe bewerten.
6. Den historischen Strukturwandel unter aktuellen Fragestellungen betrachten.
7. Den historischen Strukturwandel allgemein aus historisch-wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse untersuchen.

^{*)} Dr. Michael Krakowski, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.

In Ostdeutschland hat mit der außenwirtschaftlichen Öffnung, der Freigabe der Preise und dem Übergang zur Marktwirtschaft im ökonometrischen Sinn ein "Strukturbruch" stattgefunden. In solch einem Fall kann (definitionsgemäß) aus vergangenen Verhaltensweisen und Reaktionen nicht auf gegenwärtige oder zukünftige geschlossen werden. Daher verlieren lange Reihen für Ostdeutschland viel von der Bedeutung, die sie üblicherweise für die Strukturberichterstattung besitzen. Viel wichtiger scheint zur Zeit die Bereitstellung möglichst aktueller Daten in einer tiefen Systematik, um die derzeitigen Phänomene zeitnah beobachten und analysieren zu können. Hier sollte auch die Priorität liegen.

Die hier vertretene Sichtweise, daß im Falle Ostdeutschlands die Entwicklung in der Vergangenheit für die derzeitige und zukünftige Zeit von geringer Bedeutung ist, beruht auf der Überzeugung, daß der Übergang zur Marktwirtschaft ein so gravierender Einschnitt ist, daß weitgehend neue Strukturen aufgebaut werden müssen. Dies kann mit einem sicherlich etwas drastischen Bild illustriert werden: Wenn ein Haus auf einem alten Grundstück neu gebaut und dafür ein altes abgerissen wird, ist der Bauplan des Alten nicht von Interesse, sondern nur die Größe des Grundstücks und ähnliches. Bei dem was hier mit dem Ausdruck "Größe des Grundstückes" umschrieben wurde, bestehen allerdings noch erhebliche Defizite. Insbesondere eine detaillierte Analyse der Erwerbstätigen in Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen, Berufen, Qualifikationen und Alter für die Jahre ab 1988 wäre wichtig. Aber auch zusätzliche Kenntnisse über den Boden selbst, insbesondere das Ausmaß der Umweltbelastung, sind wünschenswert.

Teilt man diese Sichtweise nicht, und ist der Meinung, daß der tiefe Einschnitt in Ostdeutschland dramatischer ausgefallen ist, als es bei einer anderen Wirtschaftspolitik notwendig gewesen wäre, stellt sich zugespitzt die Frage nach der Bewertung der vergangenen staatlichen Eingriffe, also Anforderung 5 an die Strukturberichterstattung. Wäre etwa der Produktionsrückgang deutlich geringer gewesen, wenn Lohnsubventionen geleistet worden wären oder weiterhin zwei Währungsräume nebeneinander bestanden hätten? Wäre es dann vielleicht möglich gewesen, ein Haus nicht weitgehend neu zu bauen, sondern ein altes umzubauen, um dieses Bild noch einmal zu benutzen? Solche "Was wäre gewesen, wenn"-Fragen können mit den zur Zeit verfügbaren Daten nicht mit ausreichender Sicherheit beantwortet werden. Hierfür sind, zumindest ab oder für das Jahr 1988 Angaben über Wertschöpfung, Subventionen bzw.- Abgaben, Kostenstruktur, Beschäftigte, Export- bzw. Importquoten, Stückpreise und die Vorleistungsverflechtung in einer tiefen Gliederung notwendig, wobei freilich Skepsis besteht, ob sich diese Daten sinnvoll berechnen lassen. Dieses wären also Daten der "zweiten Prioritätsstufe".

Erst bei den, nach der Priorität geordneten, Anforderungen 6 und 7 an die Strukturberichterstattung werden lange Reihen auch für Ostdeutschland notwendig. Es sollen exemplarisch einige Fragestellungen angeführt werden, für die gemäß Anforderung 6 "Den historischen Strukturwandel unter aktuellen Fragestellungen betrachten" aus heutiger Sicht eine Analyse der Vergangenheit in Ostdeutschland hilfreich wäre. Die Auswahl ist notgedrungen subjektiv. Zudem wecken unvorhergesehene Ereignisse auch das Interesse an bestimmten Phasen der Vergangenheit neu, wie sich etwa zur Jahreswende 1989/90 zeigte, als die Beschäftigung mit den Voraussetzungen und Folgen der Währungsreform von

1948 in der Bundesrepublik Deutschland drastisch zunahm. Zur Zeit scheinen insbesondere folgende Bereiche von Interesse zu sein:

1. Eine Analyse der Folgen des Auseinanderreißen eines gewachsenen Wirtschaftsraumes wie der der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und der damit verbundenen Anpassungskosten. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß Prozesse, die zur Desintegration gewachsener Wirtschaftsräume führen, auch in Zukunft wieder drohen, wenn auch kaum in dieser Schärfe.
2. Die Bewertung der relativen Erfolge einer fast vollständig staatlich gelenkten Innovationspolitik. Hier gibt es auch heute immer wieder Forderungen und Versuche, den staatlichen Einfluß in diesem Bereich zumindest deutlich zu erhöhen.
3. Die Bewertung der relativen Erfolge einer wiederum fast vollständigen staatlich gelenkten Regionalpolitik. Ähnlich wie bei der Innovationspolitik werden auch hier immer wieder Forderungen nach einem stärkeren staatlichen Engagement erhoben.

Es ließen sich sicherlich noch viele weitere Fragestellungen anführen. Zwei Gesichtspunkte für die Bereitstellung von Daten scheinen aus den hier beschriebenen Fragestellungen zu folgen. Es besteht nicht nur ein Interesse an Daten der jüngeren Vergangenheit in der ehemaligen DDR, sondern auch gerade an der frühen Entwicklung in Ostdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, auch an regionalisierten Daten und an Außenhandelsdaten. In allen drei Bereichen ist freilich auch die Datenbasis für Westdeutschland für die erste Zeit der Bundesrepublik Deutschland nicht immer befriedigend.

An letzter Stelle der Prioritätenliste steht das historisch-wissenschaftliche Interesse an der Aufarbeitung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Da hier in den meisten Fällen ein Vergleich mit der westdeutschen Entwicklung angestrebt werden dürfte, folgt hieraus, daß die rückgerechneten Daten für Ostdeutschland mit denen für Westdeutschland vergleichbar sein müssen. Es sollte also die gleiche, möglichst tiefe Systematik angestrebt werden. Da gerade die Abgrenzung der Entscheidungseinheiten in "Ost und West" höchst unterschiedlich war, sollte die Priorität hier bei der funktionalen Gliederung liegen. Da eine Berechnung von Preisen, die mit solchen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vergleichbar sind, wohl kaum möglich oder zumindest sehr schwierig sein dürfte, würde die Priorität bei der Berechnung physischer Größen, also insbesondere den Beschäftigtenzahlen und den Tätigkeitsmerkmalen der Beschäftigten liegen. Gerade von den Tätigkeitsmerkmalen kann häufig auch auf andere interessierende Größen, zumindestens grob, zurückgeschlossen werden.

Zusammenfassend scheint die Berechnung langer Reihen für die Vergangenheit in Ostdeutschland von deutlich geringerer Priorität zu sein als die Verbesserung des Informationsstandes am aktuellen Rand. An zweiter Stelle dürfte die Erhöhung des Informationsstandes für das Ende der ehemaligen DDR, die Jahre ab 1988, stehen. Von der zeitlichen Verteilung her dürfte anschließend - neben der Betrachtung des Endes - auch die Betrachtung des Anfangs der unabhängigen Entwicklung in Ostdeutschland von vergleichsweise hohem Interesse sein. Auf Forschungsschwerpunkte bezogen dürften Daten der regiona-

len, außenwirtschaftlichen und Innovationsentwicklung von besonderer Bedeutung sein. Und schließlich sollte die Erstellung von Daten im Vordergrund stehen, die trotz des unterschiedlichen Wirtschaftssystems am ehesten mit denen Westdeutschlands vergleichbar sind, insbesondere Angaben über Beschäftigte und Tätigkeitsmerkmale einerseits, und solche in funktionaler Gliederung andererseits.

Mit dem hier aufgestellten Anforderungskatalog aus der Sicht des Anwenders statistischer Daten soll freilich nicht der Eindruck erweckt werden, als würde eine Realisierung in allen Punkten als sinnvoll möglich eingeschätzt. Eher ist das Gegenteil der Fall. Vermutlich lassen sich lange Reihen nur für sehr wenige Merkmale so berechnen, daß sie eindeutig interpretierbar und mit den Berechnungen etwa für das frühere Bundesgebiet vergleichbar sind. Aber solchen Berechnungen kommt - zumindest aus der Sicht der Strukturberichterstattung - auch keine hohe Priorität zu.

Wie umfassend sollen Rückrechnungen sein?

1. Es kann als sicher gelten, daß auch in den kommenden Jahren die Öffentlichkeit, die Politik und nicht zuletzt die Wissenschaft ein lebhaftes Interesse an den gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der ehemaligen DDR haben werden. Wie sich dieses Wirtschaftssystem so lange halten konnte, warum es zum allmählichen Niedergang und schließlich zum Zusammenbruch gekommen ist, wird noch viele Wirtschaftshistoriker, Soziologen und Politologen beschäftigen. Die Bevölkerung - vor allem in Ostdeutschland - und die Politiker wird interessieren, wie groß der Einkommensrückstand, verglichen mit Westdeutschland, war und wie rasch und nachhaltig er sich vermindern wird.

All dies setzt verlässliche Daten über die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung in der ehemaligen DDR voraus, und zwar in einer mit der westdeutschen Statistik weitgehend kompatiblen Form, will sagen mit vergleichbarer Definition der verwendeten Begriffe, ähnlicher Strukturierung usw. Die amtliche Statistik wird nicht umhin können, diesem Bedarf an Daten in angemessener Weise nachzukommen. Tut sie dies nicht, werden die potentiellen Benutzer - die Forschungsinstitute, die Politiker und die Medien - diese Daten in jeweils eigener Verantwortung und mit den ihnen eigenen Methoden selbst zu erarbeiten versuchen. In diesem Fall wäre zu befürchten, daß die Öffentlichkeit mit einer Vielzahl widersprüchlicher Aussagen konfrontiert wird.

2. Kritiker werden nun allerdings geltend machen, daß es zu dem wohl allseits anerkannten Ziel keinen gangbaren Weg gäbe. Die Nacherhebung von Fakten scheide aus naheliegenden Gründen aus, die Rückrechnung der vorliegenden Daten, d.h. die Umsetzung der von den damaligen Instanzen erhobenen und aufbereiteten Daten in die Begriffswelt der westdeutschen Statistik sei zum Scheitern verurteilt. Zu gravierend seien die Unterschiede in den Zielen, Methoden und Berichtswegen, zu kontradiktorisch die Vorstellungen über den Aufbau und Ablauf der Wirtschaft und Gesellschaft, als daß aus solchen Quellen ein einheitliches Rechenwerk konstruiert werden könne. Wer so prinzipiell argumentiert, hat im Prinzip recht. Preiserhebungen unterlagen in der Zentralverwaltungswirtschaft einer ganz anderen Intention als in der Marktwirtschaft, das System der Material- und Produktbilanzen läßt sich nicht ohne weiteres in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überleiten.¹⁾ Das Nebeneinander von umfangreichen Datenbeständen in der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, in anderen staatlichen Institutionen und in den Kombinatens widerspricht eklatant dem föderalen Prinzip der westlichen Statistik. All dies kann und soll aber nicht davon ab-

*) Klaus Löbbe, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

1) Belege für entsprechende Unvereinbarkeiten fanden sich regelmäßig in den sog. Berichten zur Lage der Nation. Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg., 1987), Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Bonn.

halten, nach pragmatischen Lösungen drängender Gegenwartsfragen zu suchen: Nur die amtliche Statistik ist in der Lage, einigermaßen verlässliche Daten zu (re-)produzieren. Vor diesem Hintergrund kann die Frage nicht lauten: Müssen Rückrechnungen sein?, sondern: Wie umfassend sollen und können sie sein?

3. Im übrigen ist an dieser Stelle eine kurze Anmerkung zur Bedeutung der institutionellen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsablauf erforderlich. In ihrem Kern resultieren die unterschiedlichen statistischen Berichtssysteme in beiden deutschen Staaten aus den fundamentalen Unterschieden in den Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen, im institutionellen Aufbau der Volkswirtschaften und den Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die sektorale Strukturbildung.²⁾ Sicherlich sind auch innerhalb der beiden bislang getrennten Wirtschaftsgebiete im Laufe der Zeit gravierende Veränderungen der Rahmenbedingungen eingetreten. Hier wäre, was die Entwicklung in der ehemaligen DDR angeht, etwa auf die Verstaatlichungswellen zu Beginn der fünfziger und gegen Ende der sechziger Jahre, aber auch auf die mehrfachen Preisreformen zu verweisen; als Beispiel für nachhaltig veränderte Rahmendaten im früheren Bundesgebiet sind u.a. die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Freigabe der Wechselkurse zu erwähnen. Die Tatsache, daß diese Veränderungen der Rahmendaten in den Wirtschaftsstatistiken ihre Spuren hinterlassen haben, hindert langfristig angelegte Wirtschaftsanalysen nicht im mindesten, sie macht sie vielleicht erst notwendig und interessant: Die sektorale Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute ist z.B. über weite Strecken hinweg der Versuch, die gesamtwirtschaftlichen und strukturellen Auswirkungen veränderter Rahmendaten (etwa des Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Umweltrechts oder der Währungsparitäten) zu bestimmen.³⁾

Im vorliegenden Fall geht es jedoch um weit mehr als nur um (marginale) Veränderungen einzelner Rahmendaten, es handelt sich - wie allgemein bekannt - um die Umgestaltung des Wirtschaftssystems an sich. Die Entscheidungen über Produktion und Faktoreinsatz, über Konsum und Investitionen werden nun von anderen Wirtschaftssubjekten und nach anderen Kriterien als bisher getroffen, hierarchische Strukturen werden durch funktionale Abhängigkeiten (Marktbeziehungen) ersetzt - mit dem Ergebnis, daß die Preise und Preisstrukturen sich nachhaltig ändern. Damit werden auch die bisherigen Angebots- und Nachfragestrukturen obsolet, stehen noch Preise und Mengen in allen - nicht nur den marktwirtschaftlich geprägten - Ordnungen in engen Wechselbeziehungen zueinander. Diese Interdependenz von Preisen und Mengen macht das eigentliche Grundproblem bei der Berechnung vergleichbarer wirtschaftsstatistischer Daten - und nur von ihnen soll nachfolgend die Rede sein - aus unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen aus.

-
- 2) Vgl. dazu Bernhardt, V. (1990): Zur Beurteilung volkswirtschaftlicher Kennziffern im Vergleich BRD-DDR, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 74, S. 372 - 385, Göttingen.
 - 3) Den hier skizzierten Ansatz zur sektoralen Strukturberichterstattung hat Helmstädter als rahmenorientiert bezeichnet. Vgl. Helmstädter, E.: Ordnungspolitische Probleme der Strukturberichterstattung, in: Gahlen, B. (Hrsg., 1982), Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute - Analyse und Diskussion, S. 52 ff., Tübingen. Vgl. dazu aber auch - als jüngstes Beispiel - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg., 1992): Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1992, Berlin.

4. Sinn oder Unsinn der Rückrechnung entscheiden sich aber auch danach, ob die damit verfolgten Ziele hinreichend präzisiert werden können. Nur auf klar und eindeutig formulierte Fragen vermag die Statistik als Hilfswissenschaft eine Antwort zu geben. Aus ökonomischer Sicht sind es vor allem drei Fragen, die es zu beantworten gilt:
- Wie hat sich die Wirtschaft der ehemaligen DDR im Laufe ihrer 40jährigen Geschichte entwickelt? Hierzu werden z.B. lange Zeitreihen über das Pro-Kopf-Einkommen, die Produktion wichtiger Erzeugnisse, die Sachkapitalbildung, die Infrastrukturausstattung und die Inanspruchnahme der Umwelt (Flächenverbrauch, Emission von Schadstoffen, Abfallaufkommen) benötigt. Bedeutsam ist, daß diese Zeitreihen in sich konsistent sind, die Vergleichbarkeit mit entsprechenden Werten für das frühere Bundesgebiet ist in diesem Falle zweitrangig.
 - Welches Niveau hatte z.B. das Pro-Kopf-Einkommen in der ehemaligen DDR vor der deutschen Einheit erreicht? Hier könnte es ausreichen, für einige wenige "Schlüsselindikatoren", etwa das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, das verfügbare Einkommen je Haushalt oder die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, exakt vergleichbare Werte für Ost- und Westdeutschland zu ermitteln, und zwar für ein relativ aktuelles Jahr (z.B. 1988).
 - Welche strukturellen Unterschiede im Wirtschaftsgefüge bestanden zwischen den beiden Staaten? Ein solcher Strukturvergleich - etwa in bezug auf die Anteile der Wirtschaftszweige oder der Regionen an der Produktion und Wertschöpfung, der Berufe und Qualifikationen der Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, der Organisationsstruktur der Betriebe - ist sicherlich außerordentlich problematisch, da hier alle konzeptionellen Unterschiede der jeweiligen Wirtschaftsordnung virulent werden. Da eine volle Vergleichbarkeit der Begriffe nicht erreichbar sein wird, sollte erwogen werden, dies in den Publikationen hinreichend deutlich zu machen (etwa indem die Ergebnisse jeweils nach beiden Konzepten veröffentlicht, neben den umgerechneten Daten auch jeweils die "Originärdaten" ausgewiesen werden).
5. Ein differenziertes Vorgehen erscheint aber nicht nur im Hinblick auf die Auswahl der Daten, sondern auch in bezug auf die Art der Datenbehandlung angeraten: Viele Informationen über die ehemalige DDR sind ohne weitere Umformung mit denen für das frühere Bundesgebiet durchaus vergleichbar - wenn sie nur vorhanden bzw. verfügbar sind -, andere werden auch nach umfänglicher Transformation noch unterschiedliche Sachverhalte abbilden. Um die notwendigen Aktivitäten zu strukturieren, soll zwischen Sicherung, Angleichung und Zusammenführung unterschieden werden.
6. Der Zusammenbruch der alten Ordnung birgt die Gefahr, daß die Erhebungsunterlagen und die detaillierten Ergebnisse zu den Statistiken des ehemaligen Zentralamtes früher oder später verloren gehen bzw. nicht mehr genutzt werden können, weil sachkundige Mitarbeiter nicht mehr auffindbar sind. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß auch in Ostdeutschland die Aufbewahrungsfristen für die Originalbelege begrenzt sind. Dies macht eine baldige **S i c h e r u n g** der Datenbestände notwendig: Alle derzeit noch verfügbaren Unterlagen sind daraufhin zu prüfen, ob sie für

heutige oder spätere (Rück-)Rechnungen noch benötigt werden und - soweit dies der Fall ist - in geeigneter Form zu speichern (vgl. die folgende Übersicht).

Übersicht Möglichkeiten der Rückrechnung wirtschaftsstatistischer Reihen

Ziele \ Bereiche	Mengen in physischen oder physikalischen Einheiten	Werte	
		zu konstanten Preisen	zu laufenden Preisen
Sicherung	X	X	X
Angleichung	(X)	(X)	O
Zusammenführung	(X)	(X)	O

X = grundsätzlich möglich und sinnvoll

a = in Form von Alternativen denkbar

O = weder möglich noch sinnvoll

() = mit Einschränkungen

Im Zuge dieser Datensicherung sollten auch die von anderen Behörden oder Institutionen der ehemaligen DDR gesammelten Daten, soweit sie im vorliegenden Kontext relevant sind, in das Rückrechnungsprojekt einbezogen werden. Nur auf diese Weise kann der Zersplitterung der statistischen Kompetenzen in der ehemaligen DDR begegnet werden, können sonst entstehende Datenlücken geschlossen werden.

7. Aus der Gesamtmenge der gesicherten Daten sind in einem zweiten Arbeitsschritt jene auszuwählen, die zur Berechnung der ausgewählten Indikatoren unmittelbar benötigt werden. Sie sind im Hinblick auf die sachliche, räumliche und zeitliche Abgrenzung soweit wie möglich an die Konventionen der westdeutschen Statistik anzugleichen: Grundsätzlich sollten hinter gleichen Bezeichnungen auch (weitgehend) vergleichbare Sachverhalte stehen und (möglichst) vereinheitlichte Systematiken verwendet werden.⁴⁾ Es liegt auf der Hand, daß diese **A n g l e i c h u n g**

- relativ unproblematisch ist, soweit es sich um reine **M e n g e n a n g a b e n** handelt, die in physischen oder physikalischen Einheiten gemessen werden. Beispielhaft ist hier auf die Altersstruktur der Einwohner in einer Region oder die Produktion an bzw. die Versorgung mit bestimmten Gütern (Rohstahl in t, Kartoffeln in kg) zu verweisen. Ernste Probleme können sich gleichwohl auch bei dieser Datenkategorie ergeben, sobald institutionelle Gegebenheiten und/oder juristische Kategorien mit ins Spiel kommen, so etwa bei der Zuordnung der Erwerbstätigen der Kombinate zu einzelnen Wirtschaftsbereichen (Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Dienstleistung) oder bei der Erfassung von Teilzeitarbeit oder geringfügiger Beschäftigung);

4) So sollte etwa die "Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur" auf möglichst tief disaggregierter Basis zum "Güterverzeichnis für die Produktionsstatistik" umgesetzt werden.

- umso fragwürdiger wird, je stärker der Einfluß der ehemals politisch gesetzten Preise wird. Bei allen Kennziffern und Strukturen, die auf monetären Größen beruhen, können sich wegen der Interdependenz von Preisen und Mengen falsche oder verzerrte Ergebnisse ergeben. Dies gilt grundsätzlich auch für sog. *reale Wertgrößen*, in denen der Preisvektor eines (im Prinzip frei wählbaren) Basisjahres konstant gehalten wird⁵⁾, so daß lediglich die mit den Preisen gewonnene, aggregierte Entwicklung der jeweiligen Produktionsmengen bzw. das um Preisänderungen "bereinigte" Einkommen nachgewiesen wird. Gleichwohl ist der Preiseinfluß in den realen Reihen (den tatsächlich realisierten Mengen bzw. dem Realeinkommen) noch spürbar: Die ausgewiesene Struktur ist von dem jeweils verwendeten Preisvektor abhängig, die Ergebnisse sind mehr oder weniger hypothetische Werte, Fehlinterpretationen ohne weiteres möglich⁶⁾,
 - ex definitione ausgeschlossen oder sinnlos, wenn es sich um *nominale Wertgrößen* handelt, also um Transaktionen oder Bestände, die zu laufenden Preisen bewertet werden: Selbst wenn die verwendeten Begriffe exakt vergleichbar gemacht werden könnten, wäre ein unmittelbarer Vergleich von Einkommens- oder Umsatzzahlen inhaltsleer, da die in die west- bzw. ostdeutschen Werte eingehenden Preise das Niveau und den Verlauf der Reihen dominieren.
8. Wenn und soweit mit dem Rückrechnungsprojekt schließlich die Erwartung verbunden wird, Daten für Ost- und Westdeutschland bereitzustellen, aus denen sich gesamtdeutsche Summen, Durchschnitte oder Strukturen bilden ließen, dann müssen diese Erwartungen angesichts der vorgetragenen Schwierigkeiten wohl beträchtlich zurückgeführt werden. Eine derartige *Zusammenführung* oder Zusammenfassung ist nur sinnvoll, wenn zuvor eine weitgehende Angleichung erreicht werden konnte. Dies wird wiederum am ehesten zu erreichen sein bei Daten, die in physischen oder physikalischen Einheiten gemessen werden. In einigen Fällen erscheint zumindestens vorstellbar, daß reale Werte im Wege von Alternativrechnungen "zusammengeführt" werden, etwa indem die Produktion in jedem der beiden Wirtschaftsgebiete nacheinander sowohl mit der "östlichen" als auch mit der "westlichen" Preisstruktur gewichtet bzw. das jeweils erzielte Einkommen mit dem ost- wie mit dem westdeutschen Preisindex für die Lebenshaltung deflationiert wird. Es erübrigt sich sicherlich, auf den hochgradig hypothetischen Charakter derartiger Rechnungen hinzuweisen.

5) Die Vergleichbarkeit von ost- und westdeutschen Zahlen dürfte durch unterschiedliche Basisjahre im allgemeinen nur unwesentlich eingeschränkt werden. Auch in international vergleichenden Statistiken - etwa den Berichten des Internationalen Währungsfonds - werden unterschiedliche Basisjahre verwendet. Das in der ehemaligen DDR gebräuchliche Konzept der "vergleichbaren Preise" ist (nicht nur) im vorliegenden Zusammenhang als außerordentlich problematisch zu bezeichnen. Vgl. dazu Halstrick, M./Löbke, K./Wenke, M. (1990): Die sektoralen Wirtschaftsstrukturen in der Bundesrepublik und in der DDR, in: RWI-Mitteilungen, 41. Jg., S. 11, Berlin.

6) Als Anschauungsbeispiel für die hier diskutierten Probleme kann man sich eine Zeitreihe vorstellen, die den Energieverbrauch des Jahres 1990 (insgesamt und nach Energieträgern) in Preisen des Jahres 1970 ausweist.

Input-Output-Tabellen als Hilfsmittel der Rückrechnung

1. Input-Output-Tabellen und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vor gut 30 Jahren hat Wilhelm Krelle die erste Auflage seiner "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit input-output-Teil für die Bundesrepublik Deutschland 1953" vorgelegt¹⁾. Die damalige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) mit den drei inländischen Sektoren - Unternehmungen, Staat, private Haushalte - war ihm für die Analyse struktureller Zusammenhänge in der Wirtschaft nicht ausreichend, so daß er sie um eine Sozialproduktstabelle mit 46 Sektoren erweiterte, in der die Liefer- und Empfangsbeziehungen der Wirtschaftszweige untereinander - die sogenannte Input-Output-Struktur - gezeigt wurden. Schon damals wies Krelle auf die Unterschiede zwischen seiner Input-Output-Tabelle (IOT) und der VGR des Statistischen Bundesamtes hin, die einmal in der unterschiedlichen Abgrenzung der Sektoren (Güterenteilung versus institutionelle Gliederung) und zum anderen in der unterschiedlichen Verbuchung des Handels (Netto- versus Bruttokonzept) bestanden.

Diese Aussagen haben noch heute ihre Gültigkeit. Die Skala der Verbindungsmöglichkeiten zwischen IOT und VGR reicht von der gemeinsamen Definition einiger wichtiger Größen bis hin zur vollständigen Integration der Input-Output-Tabelle in das Gesamtrechnungssystem. Das spiegelt sich auch in den Internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen²⁾ wider. Während es im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)³⁾ nur eine lose Verbindung zwischen der IOT und der kontenmäßigen VGR-Darstellung gibt, die im übrigen über ein zusammengefaßtes Güterkonto erfolgt, werden im System of National Accounts (SNA)⁴⁾ die IOT als integraler Bestandteil der VGR zur Beschreibung der Güterproduktion und -verteilung sowie der Einkommensentstehung betrachtet. Dabei wird die Verknüpfung der funktional abgegrenzten Input-Output-Bereiche mit den institutionell gegliederten VGR-Sektoren über sogenannte Basistabellen vollzogen. Im MPS⁵⁾, dem "Material Product System" der früheren Länder mit zentralgeleiteter Wirtschaft, ist die IOT von der Nationaleinkommensrechnung getrennt.

Die Bundesrepublik Deutschland kann, soweit es die amtliche Statistik des früheren Bundesgebietes betrifft, als ein Beispiel für die Verknüpfung von im Prinzip getrennter Sozialproduktsberechnung (SPB) und IOT gelten; dabei erfolgt der Übergang von einem zum anderen Rechensystem für die Produktion z.B. mit Hilfe von Produktionswerttabellen. Sie zeigen einerseits, in welchen Wirtschaftsbereichen die Gütergruppen erzeugt worden sind,

*) Prof. Dr. Reiner Stäglin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

1) Siehe Krelle, W. (1959), S. 190 ff.

2) Vgl. Reich, U.-P., Stahmer, C. u.a. (1986).

3) Eurostat (1985).

4) United Nations (1968).

5) United Nations (1971).

andererseits liefern sie eine Aufgliederung der Produktionsprogramme der Wirtschaftsbereiche nach Gütergruppen. Den funktional abgegrenzten IOT des Statistischen Bundesamtes (StBA) gegenüber stehen die institutionell gegliederten IOT des DIW, die als Teil der VGR konzipiert sind und - mit Ausnahme der anderen Verbuchung des Handels - eine weitere Unterteilung der SPB darstellen. In ihnen bedeutet der Vorleistungsteil (I. Quadrant) eine weitere Zerlegung des Produktionskontos, der Endnachfrageteil (II. Quadrant) eine Disaggregation der Verwendungsseite und der primäre Input- bzw. Einkommensteil (III. Quadrant) eine Aufgliederung der Entstehungsseite des Sozialprodukts (zum Schema der Input-Output-Tabelle vgl. Übersicht 1, S. 52).

2. Input-Output-Tabellen als Bindeglied zwischen SNA und MPS

Der erwähnte Sachverhalt hat dazu geführt, daß die IOT als wichtigste statistische Basis für die Erstellung von sogenannten Standard-Überleitungstabellen (standard conversion tables)⁶⁾ angesehen wurden, mit deren Hilfe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für MPS-Länder und das Nettoprodukt für SNA-Länder abgeleitet werden kann. Hinzu kommt, daß IOT im Detail erkennen lassen, welche Umsetzungen vom Endnachfrage- zum Vorleistungsteil (z.B. für die gesellschaftliche Konsumtion) und von den primären Inputs zu den Vorleistungen (z.B. für nichtmaterielle Leistungen, die marktbestimmt sind) erforderlich sind, um vom jeweils praktizierten MPS-System zum SNA zu gelangen⁷⁾. Wegen des anderen Produktionsbegriffs im SNA bzw. ESVG - er ist gegenüber dem MPS im wesentlichen um die nichtmateriellen Dienstleistungen erweitert - müssen auch die Ströme des tertiären Sektors einbezogen werden. Bei ihrer Erfassung und ihrem konsistenten Nachweis innerhalb der VGR zeigt sich wiederum der Vorteil der IOT. Da die Tabellen eine Vielzahl der vorhandenen Wirtschaftsstatistiken in sich vereinigen, lassen sie gleichzeitig erkennen, in welchen Dienstleistungsbereichen z.B. die Datenbasis noch unzureichend ist.

3. Input-Output-Tabellen als Abstimmungsinstrument

Unabhängig von der Art der konzeptionellen und rechnerischen Verbindungen zwischen IOT und VGR, die Input-Output-Tabelle stellt ein ideales Instrument zur Abstimmung von Rechenergebnissen innerhalb der SPB dar, weil ihr Schema die Konsistenz auf einem tief disaggregierten Niveau zur Voraussetzung hat. Das betrifft sowohl die Entstehungsrechnung mit ihrem Produktionsansatz als auch die Verwendungsrechnung mit ihrem Ausgabenansatz (in der IOT ausgedrückt als Gleichheit von III. und II. Quadranten) und teilweise auch die Verteilungsrechnung mit ihrem Einkommensansatz. Dabei darf die Abstimmung nicht nur kreislaufmäßig am Ende der Berechnungen erfolgen, sondern bereits im Verlaufe des Rechenprozesses müssen Entscheidungen über Einzelabstimmungen innerhalb der VGR wie auch zwischen SPB und IOT getroffen werden. Darauf weist auch Schäfer in seiner im Februar 1992 in der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik" erschienenen Methodenstudie über "Input-Output-Tabellen als Grundlage der Sozialproduktsberechnung" hin, in der er für die Bundesrepublik Deutsch

6) Vgl. United Nations (1977), S. 79 ff.

7) Siehe z.B. Stäglich, R. (1986).

Übersicht 1

Schema der Input-Output-Tabelle

Output an ...		Produktionsbereiche						Zwischen-nachfrage	Endnachfragebereiche					End-nachfrage	Brutto-produktion	
		1	2	3	...	j	...		n	C	G	I	V			E
Input von ...																
Produktions-bereiche	1	x_{11}	x_{12}	x_{13}	...	x_{1j}	...	x_{1n}	$x_{1.}$	y_{1C}	y_{1G}	y_{1I}	y_{1V}	y_{1E}	y_1	x_1
	2	x_{21}	x_{22}	x_{23}	...	x_{2j}	...	x_{2n}	$x_{2.}$	y_{2C}	y_{2G}	y_{2I}	y_{2V}	y_{2E}	y_2	x_2
	3	x_{31}	x_{32}	x_{33}	...	x_{3j}	...	x_{3n}	$x_{3.}$	y_{3C}	y_{3G}	y_{3I}	y_{3V}	y_{3E}	y_3	x_3

	I	II

	n	x_{n1}	x_{n2}	x_{n3}	...	x_{nj}	...	x_{nn}	$x_{n.}$	y_{nC}	y_{nG}	y_{nI}	y_{nV}	y_{nE}	y_n	x_n
Inländische Vorleistungen																
		$x_{.1}$	$x_{.2}$	$x_{.3}$...	$x_{.j}$...	$x_{.n}$	$x_{.}$	$y_{.C}$	$y_{.G}$	$y_{.I}$	$y_{.V}$	$y_{.E}$	$y_{.}$	$x_{.}$
Bereiche der primären Inputs	M	p_{M1}	p_{M2}	p_{M3}	...	p_{Mj}	...	p_{Mn}	$p_{M.}$	q_{MC}	q_{MG}	q_{MI}	q_{MV}	q_{ME}	q_M	p_M
	A	p_{A1}	p_{A2}	p_{A3}	...	p_{Aj}	...	p_{An}	$p_{A.}$	q_A	p_A
	T	p_{T1}	p_{T2}	p_{T3}	...	p_{Tj}	...	p_{Tn}	$p_{T.}$.	.	IV	.	.	q_T	p_T
	B	p_{B1}	p_{B2}	p_{B3}	...	p_{Bj}	...	p_{Bn}	$p_{B.}$	q_{BE}	q_B	p_B
	Q	p_{Q1}	p_{Q2}	p_{Q3}	...	p_{Qj}	...	p_{Qn}	$p_{Q.}$	q_{QE}	q_Q	p_Q
Primäre Inputs		p_1	p_2	p_3	...	p_j	...	p_n	$p_{.}$	q_C	q_G	q_I	q_V	q_E	$q_{.}$	$p_{.}$
Bruttoproduktion		x_1	x_2	x_3	...	x_j	...	x_n	$x_{.}$	y_C	y_G	y_I	y_V	y_E	$y_{.}$	z

Endnachfragebereiche:

C = Privater Verbrauch
G = Öffentlicher Verbrauch
I = Anlageinvestitionen
V = Vorratveränderungen
E = Exporte

Bereiche der primären Inputs:

M = Importe
A = Abschreibungen
T = Produktionsteuern % Subventionen
B = Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
Q = Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

land die Einsatzmöglichkeiten von vorläufigen IOT für die Abstimmung des Bruttosozialprodukts untersucht⁸⁾.

4. Input-Output-Tabellen als Rückrechnungshilfe

Die bisherigen Ausführungen zu den IOT und zu ihrer Verbindung mit den VGR bzw. SPB sollten schon deutlich gemacht haben, daß sich die IOT auch als Hilfsmittel der Rückrechnung anbieten. Das gilt sowohl für die Rückrechnung von Sozialproduktsdaten der ehemaligen DDR in Mark als auch - wegen der unbestrittenen Bedeutung der IOT bei der Deflationierung der VGR-Größen - für deren Umbewertung in DM. Dabei kann der wechselseitige Informationsfluß zwischen IOT und SPB als den beiden Teilbereichen der VGR genutzt werden. Einerseits kann die SPB Eckdaten für die IOT liefern, so z.B. für Produktionswerte und Vorleistungen oder auch für die Endnachfragekategorien wie privaten Verbrauch und Investitionen. Diese Eckdaten werden dann sektoral bzw. gütermäßig unterteilt und können im Rahmen des Input-Output-Schemas auf Kompatibilität und Genauigkeit überprüft werden. Andererseits kann die IOT die aufgrund der commodity-flow-Methode gewonnenen Ergebnisse, bei denen es sich in der Regel um gütergruppenbezogene Output-Daten für die intermediäre Verwendung und die Endnachfragekategorien handelt, in die SPB einspeisen. Das gilt vor allem für die Deflationierung der VGR-Aggregate, bei der die funktional gebildeten IOT als Wägungsschemata zur Berechnung von Paasche-Preisindizes Verwendung finden. Letztlich geht es in beiden Fällen um eine komponentenweise und kreislaufmäßige Abstimmung der SPB-Ergebnisse in tiefer Gliederung.

Der Einsatz der IOT zum Zwecke der Rückrechnung setzt eine entsprechende Tabelle für die ehemalige DDR voraus. Sie liegt bisher nicht in SNA- bzw. ESGV-Abgrenzung vor und ist nach dem MPS-Konzept zum letzten Mal für das Jahr 1987 vom damaligen Statistischen Amt für Zentralverwaltung und Statistik erstellt worden. Trotzdem kann diese Verflechtungsbilanz mit ursprünglich 131 Erzeugnisgruppen als Unterstützung der SPB-Rückrechnung herangezogen werden. Zum einen, weil bei ihrer schrittweisen Umrechnung vom MPS-Konzept auf das ESGV-Konzept die im Rahmen der aggregierten SPB-Rückrechnung bereits vorgenommenen konzeptionellen und rechnerischen Änderungen⁹⁾ in tiefer Input-Output-Gliederung überprüft bzw. gegebenenfalls korrigiert werden können. Das geschieht z.Zt. in einer Arbeitsgruppe, in der IO- und VGR-Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes sowie Experten vom DIW und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) vertreten sind. Zum anderen, weil bei einer Unterteilung nach den 58 Produktionsbereichen des StBA die quantitativen Auswirkungen alternativer Entscheidungen gezeigt werden können, was bei einer Berechnung von aggregierten SPB-Größen nicht der Fall ist. Die IOT weist nämlich in übersichtlicher Form alle Umsetzungen und Ergänzungen nach, die beim Übergang vom MPS zum ESGV vorgenommen werden müssen. Dabei garantiert die konsistente Darstellung, die bei der ersten Stufe der Rückrechnung immer in Mark der DDR erfolgt, daß nichts vergessen wird. Als Beispiele sollen die Zuordnung der Bestandteile der gesellschaftlichen

8) Vgl. Schäfer, D. (1992).

9) Vgl. Statistisches Bundesamt (1990).

Konsumtion zu den Input-Output-Bereichen, die Verbuchung der betrieblichen Betreuungseinrichtungen, die Umsetzung der Generalreparaturen und das Herauslösen der Subventionen aus der 1987er DDR-Tabelle angeführt werden.

5. Beispiele für den Einsatz von Input-Output-Tabellen als Rückrechnungshilfen

Die **gesellschaftliche Konsumtion**, die in der VGR der ehemaligen DDR als Teil der Verwendung des Nationaleinkommens ausgewiesen ist, stellt im MPS den Verbrauch materieller Güter in Einrichtungen des nichtproduzierenden Bereichs dar. Sie erscheint im II. Quadranten der IOT, ist aber nicht mit dem Staatsverbrauch bzw. dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck nach ESVG identisch, sondern muß in den I. Quadranten zu den Vorleistungen umgesetzt werden. Hierzu ist die gesellschaftliche Konsumtion zunächst um die Stützungen zu bereinigen, bevor ihre 51 Bestandteile, zu denen u.a. Hotels und Beherbergungen, Reisebüro, Fernsehen, Rundfunk, Sozial- und Gesundheitswesen, Staatsbank, Wettspielbetriebe gehören, den in Betracht kommenden Produktionsbereichen im tertiären Teil der IOT nach SNA zugeordnet werden können.

Die **Generalreparaturen**, die nach MPS zu den Investitionen zählen, wurden abweichend davon in der VGR der ehemaligen DDR im I. Quadranten der IOT innerhalb des Vorleistungsverbrauchs erfaßt. Das gilt sowohl für die fremden als auch für die eigenen Leistungen bei Generalreparaturen. Die zugehörigen Materialwerte müssen demzufolge zeilenweise aus den entsprechenden Spalten der Produktionsbereiche herausgelöst und zur Investitionsspalte im II. Quadranten der IOT umgesetzt werden. Das ist im einzelnen nur mit dem Schema der IOT machbar.

Als Bestandteil der gesellschaftlichen Konsumtion wurden auch die Vorleistungen, also die Verbräuche von Material und produktiven Leistungen, nachgewiesen, die den Betrieben im Rahmen der betrieblichen Betreuung für Bildung, Kultur, Sport, Erholung, Wohnung, Gesundheits- und Sozialwesen entstanden. Sie wurden aus den Gesamtkosten ausgesondert und gingen damit nicht in den Produktionswert der Betriebe ein. Für die Rückrechnung ist die Entscheidung wichtig, ob diese als Nebenproduktion erzeugten und den Produktionsbereichen der IOT zuzuordnenden **betrieblichen Betreuungsleistungen** marktbestimmte oder nichtmarktbestimmte Dienstleistungen darstellen. Auch die Behandlung der nicht von den ehemaligen DDR-Betrieben, sondern aus dem Staatshaushalt gezahlten Löhne und Gehälter einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber für das in der Kinderbetreuung sowie in der gesundheitlichen und sozialen Betreuung beschäftigte Personal berührt die sektorale Einkommensentstehung. Hier veranschaulicht die IOT die Konsequenzen dieser oder jener Verbuchungspraxis.

Gleiches gilt für das Herauslösen der **Subventionen** aus den Gütertransaktionen im I. und II. Quadranten der IOT der ehemaligen DDR. Zwar lassen sich die sogenannten Preisausgleichszuführungen an die Produzenten, den Produktionsmittel- und den Konsumgüterhandel, die als Verrechnungen für den Produktionsverbrauch sowie als Stützungen für die individuelle und gesellschaftliche Konsumtion in der Nationaleinkommensrechnung erscheinen, pauschal im Rahmen der SPB-Rückrechnung berücksichtigen;

aber eine Aufteilung auf die in Betracht kommenden Produktions- und Endnachfragebereiche und eine Quantifizierung der davon ausgehenden Wirkungen - insbesondere wenn es darum geht, eine IOT zu Ab-Werk-Preisen auszuweisen - ist nur mit Hilfe des in sich geschlossenen Input-Output-Schemas möglich. Da es sich bei den Ab-Werk-Preisen um ein Preissystem in DM handelt, kann die IOT auch bei der Umbewertung der SPB-Größen von Mark der DDR in DM wertvolle Hilfestellung leisten.¹⁰⁾ Einerseits können ihre Größen - wie bei der Deflationierung der VGR-Aggregate im StBA bereits praktiziert - als Wägungsschemata zur Berechnung von Paasche-Preisindizes herangezogen werden, zum anderen bietet ihr Schema die Möglichkeit, die Anwendung spezieller Umbewertungsfaktoren für Waren und Dienstleistungen in ihrer Wirkung auf VGR-Aggregate zu testen. Das gilt vornehmlich für die Umbewertung nach der Methode "in konstanten Preisen".¹¹⁾

Führt man sich die wenigen Beispiele vor Augen, die nur einen Ausschnitt aus den umfangreichen konzeptionellen und empirisch-statistischen Problemen der Rückrechnung zeigen, kann man sicher das Plädoyer für eine möglichst weitgehende Nutzung der Input-Output-Tabellen als Hilfsmittel der Rückrechnung verstehen.

Literaturhinweise

Eurostat/Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (1985): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), Zweite Auflage 1984, Brüssel - Luxemburg.

Filip-Köhn, R. / Ludwig, U. (1990): Dimensionen eines Ausgleichs des Wirtschaftsgefälles zur DDR, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapier Nr. 3, März, Berlin.

Krelle, W. (1959): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich input-output-Analyse mit Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Reich, U.-P. / Stahmer, C. u.a. (1986): Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Revision und Erweiterungen, Band 4 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, April, Stuttgart und Mainz.

Schäfer, D. (1992): Input-Output-Tabellen als Grundlage der Sozialproduktsberechnung, Heft 21 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, Statistisches Bundesamt, Februar, Wiesbaden.

Stäglin, R. (1986): Die Bedeutung von Input-Output-Tabellen bei der Verbindung des System of National Accounts und des Material Product System, in: Reich, U.-P. / Stahmer, C. u.a.: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, a.a.O., S. 143 ff., April, Stuttgart und Mainz.

Statistisches Bundesamt (1990): Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 12 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, Statistisches Bundesamt, Juli, Wiesbaden.

10) Siehe hierzu auch Filip-Köhn, R. und Ludwig, U. (1990).

11) Vgl. hierzu den Beitrag von Lützel, H. in diesem Band, S.73 ff.

United Nations (1968): *A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F, No. 2, Rev. 3*, New York.

United Nations (1971): *Basic Principles of the System of Balances of the National Economy, Studies in Methods, Series F, No. 17*, New York.

United Nations (1977): *Comparison of the System of National Accounts and the System of Balances of the National Economy, Studies in Methods, Series F, No. 20*, New York.

Preisstatistische Daten rückrechnen?

Das Anliegen meines Vortrages besteht in der Erkundung von Möglichkeiten zur Bereitstellung von preisstatistischen Daten sowie der Darstellung von objektiven Einschränkungen bei der Nutzung dieser Daten für Rückrechnungsprojekte.

Das in der ehemaligen DDR bis Anfang 1990 existierende staatliche System der zentralistischen Leitung und Planung der Volkswirtschaft hatte zu einem diesem System entsprechenden Preisbildungsmechanismus geführt. Die in den verschiedenen Perioden der Wirtschaftsentwicklung praktizierten Methoden der Preisbildung waren nicht starr, sondern unterlagen einem bestimmten Entwicklungsprozeß. Im Ergebnis der Preisbildung entstanden für die verschiedenen Wirtschaftsstufen Preise, die beim Kauf und Verkauf von Gütern zwischen den Wirtschaftssubjekten real wirksam waren, auch wenn diese Preise eine ganz andere Qualität hatten als Preise in marktwirtschaftlichen Systemen. Ein wichtiges Merkmal dieses Preissystems in enger Verbindung mit Verteilungs- und Umverteilungsvorgängen des Bruttosozialproduktes über den Staatshaushalt bestand darin, daß es wesentliche Unterschiede bei der Festlegung der Preise auf der Erzeugerstufe einerseits und auf der Stufe des privaten Endverbrauchs andererseits gab. Während die Erzeugerpreise gewerblicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Produkte periodisch an die Veränderung der Herstellungskosten, beim Auslandsabsatz auch an die Veränderung der Marktbedingungen, angepaßt wurden - galten bei der Festlegung der Verbraucherpreise überwiegend politische und soziale Prämissen. Dies führte zu einem Bruch in der Durchgängigkeit der Preisanpassungen, wodurch ein umfangreiches Preissystem von finanziellen Abschöpfungen und Subventionen durch den Staat entstand, um das System halbwegs funktionsfähig zu halten. Verbunden war damit ein großer bürokratischer Apparat, der diese Prozesse steuerte. An der Spitze stand dabei ein Amt für Preise beim Ministerrat und eine Vielzahl nachgeordneter Preisbehörden.

Diesem bestehenden System der Preisbildung entsprachen auch die damals angewendeten Methoden der statistischen Erfassung von Preisänderungen. Während die Erzeugerpreisänderungen als wichtiges Element der Planung der Produktionswert weitgehend vollständig erfaßt wurden (auf Einschränkungen wird später einzugehen sein), war die statistische Beobachtung der Verbraucherpreise völlig unterentwickelt. Im Ergebnis politischer Tabus ("Sicherung eines stabilen Preisniveaus") gab es keine besondere statistische Beobachtung der Verbraucherpreise und die tatsächlich eingetretene Veränderung dieser Preise wurde nicht richtig widerspiegelt. Die damalige "Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR" hatte nicht den Auftrag, eine Verbraucherpreisstatistik regelmäßig durchzuführen und in den sechziger Jahren bestehende Anfänge auf diesem Gebiet wurden rasch wieder abgebaut. Die Partei- und Staatsführung der ehemaligen DDR war der Meinung, daß sie auf diesem Gebiet keine aussagefähige Statistik braucht, da durch die staatlichen Preisbe-

^{*)} Prof. Dr. Gerhard Heske, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

hörden eine ausreichende Kontrolle der Einhaltung der politischen Prämissen gewährleistet sei.

Welches sind die vorhandenen Quellen für mögliche preisstatistische Informationen?

Obwohl es in der ehemaligen DDR kein ausgebautes Gesamtsystem der Preisstatistik gegeben hat, liegen eine Reihe von Quellen vor, aus denen die eingetretene Preisentwicklung, vor allem der Erzeugerpreise, in ihrer Tendenz und Größenordnung bestimmt werden kann. Diese Quellen wurden in der Vergangenheit auch durch die amtliche Statistik der ehemaligen DDR bei der Berechnung gesamtwirtschaftlicher Leistungsgrößen zu vergleichbaren Preisen ständig genutzt (z.B. für die Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes und Nationaleinkommens). Die Spezifik dieser Datenquellen soll kurz charakterisiert werden, weil sie nicht mit den Methoden und Maßstäben der bundesdeutschen Statistik vergleichbar sind.

Aus der heute schon historischen Sicht gab bzw. gibt es auf dem Gebiet der Preisstatistik hinsichtlich der Preisbeobachtung bekanntlich zwei Modelle:

- Das marktwirtschaftliche Modell, das in der Regel von einer repräsentativen Preisbeobachtung und einer gesamtwirtschaftlichen Hochrechnung der Preisindizes mit sogenannten Wägungsstrukturen bzw. -schemata für die verschiedenen Aggregate ausgeht und
- das zentralistisch-planwirtschaftliche Modell, das in der Regel eine totale Erfassung aller Preisänderungen entsprechend der Wirksamkeit des Preisbildungsmechanismus in den Wirtschaftsplänen praktizierte.

Natürlich existieren bei der Preisbeobachtung in verschiedenen Wirtschaftssystemen auch Mischformen.

Da für die ehemalige DDR das zentralistisch-planwirtschaftliche Modell der Preisbeobachtung typisch war, beruhen vorliegende preisstatistische Datenquellen zumeist auf einer totalen Erfassung der Preisveränderungen für alle Güter und Leistungen, die in den jeweiligen Aggregaten zusammengefaßt waren. Dies galt durchgängig für den Bereich des Produzierenden Gewerbes, für Produktions- und Vorleistungsdaten, für die Land- und Forstwirtschaft, den Verkehr sowie einen Teil der Dienstleistungsunternehmen. Nur mit großen Einschränkungen galt dies für den Bereich des Staates und der privaten Haushalte.

Es ist deshalb zweckmäßig, bei der Untersuchung der statistischen Quellen eine Teilung vorzunehmen.

Zuerst zum Produzierenden Gewerbe und gleichartigen Produktionsbereichen. In diesem Bereich existieren die umfassendsten preisstatistischen Informationen, wobei die realen Datenquellen, die auf Papier oder auf maschinenlesbaren Datenträgern vorliegen, im Moment noch nicht verfügbar aufbereitet sind.

Im Rahmen des von der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR durchgeführten zentralisierten Berichtswesens wurden zumindest jährlich, aber zum Teil auch vierteljährlich und monatlich für jedes einzelne Unternehmen bzw. Betrieb wirtschaftliche Kerndaten erfaßt, wie z.B.:

- Industrielle Warenproduktion zu Industrieabgabe- und Betriebspreisen,
- Nichtindustrielle Warenproduktion zu Betriebspreisen,
- Bestandsveränderungen an unfertigen Erzeugnissen und Anlagen,
- Bruttoproduktion,
- Verbrauch von Material,
- Verbrauch von produzierten Leistungen,
- Abschreibungen,
- Nettoproduktion zu Betriebspreisen.

Diese wirtschaftlichen Größen (hier genannt in der Terminologie der ehemaligen DDR-Statistik), wurden natürlich für den gesamten Bereich der Industrie zusammengefaßt und nach Zweigen untergliedert. Hinsichtlich des preisstatistischen Informationsgehaltes sind einige Varianten dieser im Berichtswesen erhobenen Kennziffern von Interesse. So war es in der Planung, aber auch in der Statistik üblich, die eben genannten Kennziffern zu mehreren zeitlich unterschiedlichen Preisbasen zu bewerten. Die häufigste Variante dieser mehrfachen Preisbewertung war folgende (am Beispiel der Warenproduktion):

- Warenproduktion des Basisjahres zu Preisen des Berichtsjahres,
- Warenproduktion des Basisjahres zu Preisen des Basisjahres.

Die Differenz aus beiden Größen ergab ein bestimmtes Volumen der Preisveränderungen. Als Preise des Basisjahres fungierten unterschiedliche Zeiträume. In der Regel war das Basisjahr das jeweilige Vorjahr, aber es konnte auch ein weiter zurückliegendes Jahr sein. Indexmethodisch sind diese Konstruktionen nicht anders als Aggregate in folgender Form (vereinfacht):

$$\sum q_0 \cdot p_1 \cdot \sum q_0 \cdot p_0 = \text{Volumen der Preisveränderung zwischen der Berichts- und der Basisperiode, gemessen an den Mengen der Basisperiode}$$

Aus beiden Aggregaten kann bekanntlich auch ein Preisindex berechnet werden:

$$\frac{\sum q_0 \cdot p_1}{\sum q_0 \cdot p_0} \cdot 100 = \text{Preisindex (Basisgewichte) Laspeyres-Typ}$$

In einigen Perioden der Entwicklung der ehemaligen DDR-Statistik (sechziger und siebziger Jahre) wurden auch andere Varianten der Aggregatsbildung benutzt. Dies soll wiederum am Beispiel der Warenproduktion demonstriert werden:

- Warenproduktion des Berichtsjahres zu Preisen des Berichtsjahres,
- Warenproduktion des Berichtsjahres zu Preisen des Basisjahres.

Im Ergebnis der Differenzbildung entsteht wiederum eine Preisveränderungssumme, die jedoch mit den Mengen des Berichtsjahres gewogen ist. Ausgedrückt als Preisindex könnte hieraus ein Index nach dem Paasche-Typ berechnet werden:

$$\frac{\sum q_1 \cdot p_1}{\sum q_1 \cdot p_0} \cdot 100 = \text{Preisindex (Berichtsgewichte) Paasche-Typ}$$

Die Besonderheit dieser Informationen bestehen darin, daß sie sich immer nur auf zwei Zeitperioden mit unterschiedlichen Mengen bzw. Preisfaktoren beziehen. Das erfordert vom Standpunkt der Preisstatistik her gesehen die methodische Abklärung des Verfahrens zur Konstruktion von mehrjährigen Indexreihen im Vergleich zu einer festgelegten Basisperiode. Hierfür kommen zwei Varianten in Frage:

1. Die Verkettung von aggregierten Preisindizes auf den einzelnen Ergebnisebenen, wobei die wechselnden Faktoren p und q in Kauf genommen werden oder
2. eine neue Hochrechnung der auf unterster Ebene vorhandenen Preisindizes mit einer neu festzulegenden konstanten Wägungsstruktur.

Es sind noch weitere Untersuchungen notwendig, um diese Frage fundiert zu entscheiden. Vor- und Nachteile beider Varianten sind den Experten weitgehend bekannt. Sicher wird bei der endgültigen Entscheidung auch die Frage eine wesentliche Rolle spielen, wie detailliert es möglich ist, Preisindizes für die Vergangenheit zu ermitteln und durch eine Neuaufbereitung neu zu gewichten. Scheidet diese Möglichkeit aus, muß ohnehin eine Verkettung vorhandener aggregierter Preisindizes erfolgen.

Bei den bisher dargestellten Basisquellen für preisstatistische Informationen handelt es sich von der Klassifizierung her gesehen um unternehmens- bzw. betriebesbezogene Informationen. Für einen großen Teil des produzierenden Gewerbes (insbesondere des Verarbeitenden Gewerbes) gibt es darüber hinaus noch erzeugnisbezogene Datenquellen. So wurden jährlich für etwa 1 800 aggregierte Erzeugnispositionen die Erzeugerpreisveränderungen im Vergleich zwischen dem Berichtsjahr und dem Vorjahr erfaßt. Für die erzeugnisbezogenen preisstatistischen Daten gelten hinsichtlich der Konstruktion von mehrjährigen Preisindizes im Vergleich zu einem Basisjahr die gleichen Probleme wie bei den unternehmensbezogenen Daten. Hinzu kommen bei diesen Daten noch besondere Aspekte der Umschlüsselung von den in der ehemaligen DDR geltenden Erzeugnis- und Leistungsnomenklaturen auf die Gütersystematik des Produzierenden Gewerbes.

Einige Bemerkungen zu den möglichen Datenquellen über die Preisveränderungen für Güter des privaten Verbrauchs.

Wie bereits einleitend betont, verfügte die ehemalige DDR-Statistik auf dem Gebiet der Verbraucherpreise über kein eigenes Datenmaterial aus umfassenden preisstatistischen Untersuchungen. Da das Prinzip der stabilen Verbraucherpreise galt, wurde bei den bis 1988 publizierten Preisindizes davon ausgegangen, daß die Verbraucherpreise unverändert

seien, wenn nicht durch einzelne Beschlüsse der Regierung der ehemaligen DDR nachweisbar Preiskorrekturen beschlossen wurden. Nur diese Preiskorrekturen führten zu einer Veränderung des offiziellen Preisindex. Obwohl es derartige Preiskorrekturen des öfteren gegeben hat, hatten sie jedoch nur minimale Auswirkungen auf den Verbraucherpreisindex. So betrug z.B. der "Index der Einzelhandelspreise, der Leistungspreise und Tarife" 1988 im Vergleich zu 1970 = 100 99,5 Prozent. Nur bei einzelnen Warengruppen gab es aufgrund zentraler Preisregulierungen bemerkenswerte Veränderungen, so z.B. bei Textilien und Bekleidung sowie bei Haushalts- und Wirtschaftswaren. Das methodische Kernproblem dieses Verbraucherpreisindex bestand in der Nichtberücksichtigung sog. "schleichender" Preisveränderungen im Zusammenhang mit Erzeugniserneuerung und Sortimentswechsel. Übrigens befand sich auf diesem Gebiet die ehemalige DDR-Statistik in der gleichen Situation wie die Statistik in den meisten anderen damaligen RGW-Ländern.

Es ist klar, daß diese vorliegenden Preisindizes nicht als Basismaterial für eine Rückrechnung auf dem Gebiet der Verbraucherpreise verwendet werden können. In diesem Zusammenhang ist noch erwähnenswert, daß es übrigens bei der Darstellung der Verbraucherpreisentwicklung der ehemaligen DDR in den fünfziger Jahren noch ein spezielles Problem gibt. Bis 1958 gab es ein doppeltes Preisniveau und die Rationierung für bestimmte Lebensmittel. Daraus ergaben sich einige methodische Fragen für die Darstellung der Preisentwicklung unter diesen Bedingungen. Das damals von der ehemaligen DDR-Statistik angewendete Konzept muß zumindest als einseitig bezeichnet werden und die daraus gewonnenen Ergebnisse sind nicht für die Deflationierung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geeignet.

Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß es erforderlich ist, auf dem Gebiet der Verbraucherpreisentwicklung neue Berechnungen bzw. Einschätzungen im größeren Umfang vorzunehmen, wobei die hierfür noch existierenden Datenquellen äußerst lückenhaft sind und erst noch bearbeitet werden müssen. Da sich eine Neuerhebung von Preisen von vorn herein verbietet und objektiv nicht möglich ist, muß vorhandenes Surrogatmaterial hierfür verwendet werden. Ob es gelingen wird, auf dieser Basis zu aussagefähigen Daten zu gelangen, kann zur Zeit noch nicht abschließend eingeschätzt werden.

Bewertung der Quellen und Begrenzungen

Um zu tragfähigen Ergebnissen zu gelangen, ist es erforderlich, die vorhandenen preisstatistischen Datenquellen zu sichern, zu erschließen und zu bearbeiten. Aus der Vielzahl der Probleme, die dabei bestimmte Begrenzungen schaffen, sollen nachfolgend einige wesentliche herausgegriffen werden.

Fast alle aus der ehemaligen DDR-Statistik vorliegenden preisstatistischen Informationen sind mit einer entscheidenden Einschränkung behaftet. Da viele Daten durch Totalerhebung gewonnen wurden, und zwar im Vergleich zwischen dem jeweiligen Berichtsjahr und dem Vorjahr, beziehen sich die ausgewiesenen Preisveränderungen nur auf den Bereich von vergleichbaren Gütern und Leistungen. Für den Teil der Produktion bzw. des Verbrauchs, der aus verschiedenen Gründen als nicht vergleichbar galt, wurde demzufolge

keine Preisveränderung nachgewiesen. Hierfür ein Beispiel für die Kennziffer Warenproduktion (WP):

WP im Berichtszeitraum zu Preisen des Berichtszeitraumes	90 Mill. Mark der DDR
darunter: mit dem Vorjahr nicht vergleichbare WP	10 Mill. Mark der DDR
WP im Berichtszeitraum zu Preisen des Basiszeitraumes	75 Mill. Mark der DDR
darunter: mit dem Vorjahr nicht vergleichbare WP	10 Mill. Mark der DDR.

Als saldierte Preiserhöhung wurde ein Betrag von 15 Mill. Mark ausgewiesen (90 Mill. Mark der DDR - 15 Mill. Mark der DDR). Diese Preiserhöhungen bezog sich jedoch nur auf die vergleichbare Produktion. Die Preise des Teils der Produktion, der nicht vergleichbar war, wurden im Vergleich zum Vorjahr als unverändert unterstellt, indem die Preissumme des Berichtszeitraums auch für den Vergleichszeitraum angesetzt wurde.

Bei der nicht vergleichbaren Produktion handelt es sich vor allem um neue und weiterentwickelte Erzeugnisse. Diese Kennziffern hatten im Planungssystem der ehemaligen DDR eine wichtige Steuerungsfunktion zum Anschub von Innovationsprozessen. Nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR betrug der jahresdurchschnittliche Anteil dieser Erzeugnisse an der gesamten Produktion in den achtziger Jahren etwa 25 Prozent, wobei auf definitorische Fragen in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden kann. Die Unternehmen waren daran interessiert, einen möglichst hohen Anteil an neuen bzw. weiterentwickelten Erzeugnissen zu produzieren. Für diesen Teil der Produktion hatten sie die Möglichkeit, neue Preise zu beantragen und Preiszuschläge bzw. Extragewinne zu realisieren, was ökonomisch vorteilhaft war. Die Preise dieser neuen bzw. weiterentwickelten Erzeugnisse waren in der Regel höher als die Preise entsprechender vergleichbarer Vorgängererzeugnisse. Das eben dargestellte Verfahren der Einbeziehung dieser Erzeugnisse in die ausgewiesenen Preisveränderungen unterstellt adäquate Preis- und Gebrauchswertveränderungen, so daß die Preisveränderung für diesen Teil der Produktion gleich Null war. Das stimmte jedoch in der Realität nicht. Die Preise waren zumeist überhöht und entsprachen häufig nicht dem Anwendernutzen.

Bei der Rückrechnung preisstatistischer Informationen muß diese Verzerrung der ausgewiesenen Preisveränderungen korrigiert werden. In der Tendenz wird das dazu führen, daß die von der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR erfaßten Preisveränderungen nach oben korrigiert werden müssen. Hierbei ist eine durchgängige Korrektur notwendig, die von der Stufe der Produktion ausgeht und beim Verbrauch endet. Es werden somit Produzentenpreise und Verbraucherpreise berührt. Zur Tendenz und Größenordnung dieser notwendigen Korrekturen gibt es bestimmte Anhaltspunkte in Unterlagen der Preisbehörden sowie der Statistik. Trotzdem wird nur eine globale Präzisierung möglich sein.

Im Verlauf der 40jährigen Entwicklung ergaben sich erhebliche Wandlungen im Erhebungssystem der ehemaligen DDR-Statistik. Deshalb sind mögliche Datenquellen nicht

ununterbrochen in gleicher Form für die gesamte Periode verfügbar, weil die entsprechenden Daten nur zeitweise erfaßt wurden. Vom Standpunkt der Rückrechnung her gesehen resultieren daraus Brüche im Umfang und in der Detailliertheit der Berechnungen. Dies wird dazu führen, daß, je weiter zurück die Ermittlungen durchzuführen sind, die Ergebnisse immer stärker aggregiert werden müssen. Dabei sind unterschiedliche Probleme zu bewältigen. Das betrifft z.B. solche Fragen wie:

- Differenzierte Erfassung von Informationen entsprechend den in der ehemaligen DDR bestehenden Preisarten auf dem Gebiet der Erzeugerpreise. Das bedeutet Differenzierung zwischen Betriebs- und Industrieabgabepreisen. Seit Ende der sechziger Jahre wird konsequent zwischen beiden Preisarten unterschieden. Für die betreffenden Zeitperioden ist zu prüfen, welche Preisarten die jeweiligen Nutzer vorrangig benötigen. Bei den Erzeugerpreisen werden dies offensichtlich die Abgabepreise sein.
- Das bis 1958 bestehende doppelte Preisniveau (Handelsorganisations- und Markenpreise) muß hinsichtlich seiner Behandlung bei der Darstellung der Preisveränderungen durch die ehemalige DDR-Statistik überprüft werden. Das wird dazu führen, daß auch für diese Periode die vorliegenden Verbraucherpreisindizes korrigiert werden müssen.
- In den einzelnen Perioden wurden unterschiedliche erzeugnis- und betriebsbezogene Daten nach verschiedenen Systematiken erfaßt. Bei der Gliederung der statistischen Ergebnisse standen solche Systematiken im Vordergrund, die mit der zentralen Planung und Planabrechnung zusammenhingen, also Gliederungen nach leitungsmäßigen Unterstellungen, z.B. Ministerien, Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und Kombinate. Diese Art der Gliederung von Ergebnissen ist für die Rückrechnung nur bedingt verwendbar. Es ist deshalb erforderlich, je nach dem Detaillierungsgrad der vorliegenden Quelldaten neue Gruppierungen nach vorhandenen Erzeugnis- und Betriebssystematiken vorzunehmen. Nur dadurch ist es möglich, Anschluß an die gegenwärtig gültigen Systematiken in Form des Güterverzeichnis bzw. der Wirtschaftszweiggliederung zu finden. Hierfür müssen die vorliegenden Schlüsselbrücken als Hilfsmittel der Umschlüsselung benutzt werden.

Bei entsprechend konzentrierter und kontinuierlicher Arbeit ist es möglich, für eine Reihe von wichtigen Volkswirtschaftsbereichen verwertbare Daten über die Preisentwicklung der ehemaligen DDR - immer im Rahmen des bestehenden Preissystems - zu ermitteln. Die möglichen Begrenzungen ergeben sich dabei nicht nur aus der Sicht der Qualität des Basismaterials, sondern auch aus den jeweils möglichen personellen und materiellen Kapazitäten für diese Aufgaben.

In dem Vortrag habe ich mich ausschließlich mit Problemen der Rückrechnung vergleichbarer preisstatistischer Daten für die Preise beschäftigt, die auf der Grundlage des geltenden Preissystems in der ehem. DDR real existierten und auf deren Grundlage sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Produzenten und Abnehmern vollzogen. Eine qualitativ ganz andere Frage ist die eventuelle Ermittlung von Daten über die Preisunterschiede zwischen Mark der DDR in und DM mit Hilfe von Preiskoeffizienten. Aus der Sicht vorhandener Datenquellen gibt es bestimmte Möglichkeiten, erzeuger- und ver-

braucherseitig die quantitativen Unterschiede zwischen Mark der DDR und DM zu bestimmen. Mit dem frühzeitigen Beginn des Aufbaus einer marktwirtschaftlich orientierten Preisstatistik in der ehemaligen DDR noch vor Einführung der DM ab 1.7.1990 liegen preisstatistische Informationen über die Preise vor und nach dem 1.7.1990 vor. Die Preisunterschiede einzelner Güter und Leistungen wurden auf der Erzeuger- bzw. Verbraucherstufe für Aggregate hochgerechnet. Als Gewichtung diente hierfür die Produktions- bzw. Verbrauchsstruktur des Jahres 1989.

Diese Daten wurden repräsentativ zum Zeitpunkt des Übergangs erfaßt. Das bezieht sich auf wichtige Kategorien der Erzeugerpreise und auf die Verbraucherpreise. Sollte die Frage der Umrechnung von DDR-Aggregaten in DM für zurückliegende Zeiträume relevant werden, so können die vorhandenen Daten hierfür ausgewertet werden.

Das Rückrechnungsprojekt des Statistischen Bundesamtes

Nach der Herstellung der Einheit Deutschlands besteht eine zusätzliche Aufgabe des Statistischen Bundesamtes darin, aus dem Datenbestand der ehemaligen DDR-Statistik eine statistische Informationsbasis zu schaffen, die im wesentlichen vergleichbar zur Bundesstatistik auf den wichtigsten Gebieten Auskunft über die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung in der ehemaligen DDR gibt.

Zu diesem Anliegen eine kurze Vorbemerkung:

Man begegnet mitunter Meinungen, daß die Ergebnisse der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR als nicht zuverlässig einzuschätzen sind und damit der Sinn und die Realität rückgerechneter Daten angezweifelt werden. Dieser Vorbehalt ist nicht unbegründet. Ungenügende statistische Publikationen und eine tendenzielle Berichterstattung haben ein solches Bild vermittelt.

Ich nehme aber an, die wissenschaftliche Aufarbeitung der vorhandenen Daten der ehemaligen DDR-Statistik und die Veröffentlichung dieser Arbeitsergebnisse wird wesentlich dazu beitragen, die ehemalige DDR-Statistik differenzierter einzuschätzen.

Wir gehen davon aus, das möchte ich zusammenfassend feststellen, daß die Statistik im wesentlichen die Realität der ehemaligen DDR im Rahmen der vorgegebenen Definitionen richtig nachzeichnete.¹⁾

Eine wesentliche Voraussetzung für die Aufarbeitung der Statistik der ehemaligen DDR ist insbesondere der Einsatz von Mitarbeitern, die über die Kenntnisse der ehemaligen DDR-Statistik verfügen, auch über das erforderliche Hintergrundwissen zur Herkunft der Daten und die sich inzwischen auch in die Methode der Bundesstatistik eingearbeitet haben.

Der vorliegende Datenbestand erlaubt ein Rückrechnungsprojekt für beinahe alle Sachgebiete der Statistik, wobei es entsprechend der Spezifikation der einzelnen Fachstatistiken Unterschiede in der Verfahrensweise und der anzuwendenden Methoden gibt.

Für die Aufgabe der Aufarbeitung von 40 Jahren DDR-Statistik ist ein hoher personeller Aufwand erforderlich, der sich auf mehrere Jahre erstreckt. Zur Zeit wird dieser Aufwand aus Mitteln des PHARE-Programms "Anpassung der Wirtschafts- und Sozialstatistik an

^{*)} Dr. Alfred Lachnit, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

¹⁾ Hölder, E.: Pressegespräch "DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit" am 11. April 1991 in Hannover
Kockel, K.: Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik, in: Deutsche Statistische Gesellschaft (Hrsg., 1992): Allg. Statistisches Archiv, Bd. 76.

marktwirtschaftliche Erfordernisse" der Europäischen Gemeinschaften und aus Mitteln der Arbeitsverwaltung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert.

Das Rückrechnungsprojekt umfaßt schwerpunktmäßig drei Aufgaben:

Die erste Aufgabe besteht darin, die vorhandenen statistischen Daten der ehemaligen DDR zu sammeln, sicherzustellen und zu dokumentieren.

Das betrifft auch Daten, die z.Z. bei anderen Bundesbehörden und anderen Stellen gespeichert oder gelagert sind. Gegenwärtig wird versucht, alle statistischen Angaben, für die das Statistische Bundesamt nach dem Bundesstatistikgesetz zuständig ist, in das Statistische Bundesamt zu überführen. Diese Sammlung von Daten ergibt sich aus dem Umstand, daß auf einigen Gebieten, z.B. im Gesundheits- und Sozialwesen, auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, der Rechtsprechung, des Staatshaushaltes sowie der Zahlungsbilanz statistische Erhebungen von anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organen und Institutionen durchgeführt wurden.

Die Datenbestände liegen in folgender Form vor:

1. Die Ergebnisse von Erhebungen der amtlichen Statistik befinden sich in visuell lesbarer Form als Listen, Tabellenmaterial, EDV-Ausdrucke in den Archiven der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes. In der Regel handelt es sich um Datenaggregate der einzelnen Erhebungen, die nach fachlichen Systematiken und territorialen und administrativen Strukturen der ehemaligen DDR-Statistik aufbereitet sind.
2. Für etwa 200 auf den verschiedenen Gebieten durchgeführte Erhebungen liegen Daten in maschinenlesbarer Form vor. Es sind in der Regel Ergebnisse aus Erhebungen der letzten fünf Jahre, in einigen Fällen aus den letzten zehn Jahren.

Im Statistischen Bundesamt stehen ferner ausgewählte Merkmale aus den verschiedensten Erhebungen für die Bereiche Industrie, Bau und Landwirtschaft ab 1980 zur Verfügung. Diese sind in einer Datenbank mit einem speziell dazu entwickelten Datenbanksystem gespeichert.

Bei den maschinenlesbaren Daten handelt es sich überwiegend um unternehmens- bzw. betriebsbezogene Daten. Neben den Realdaten existieren noch Arbeitsmittel zur Aufbereitung der Erhebungsdaten in Form von Registern.

Das Hauptproblem der Sicherung der maschinenlesbaren Datenbestände, sowohl aus der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als auch von anderen Institutionen der ehemaligen DDR, besteht darin, diese nicht nur technisch lesbar zu halten, sie müssen auch inhaltlich deutbar sein. Deshalb sind Datensatzbeschreibungen und Informationsverweise, wie Quellenangaben, Formblätter, Definitionen, Hinweise aus Erhebungsrichtlinien u.a. für alle Daten zusammenzustellen und zu dokumentieren.

Die zweite Aufgabe besteht darin, aus diesen Datenbeständen den Statistischen Landesämtern der neuen Länder die entsprechenden Daten zu übergeben.

Die amtliche Statistik der ehemaligen DDR war zentralistisch organisiert, die Erhebungen wurden zentral vorbereitet, Rechner- und Ergebnisprogramm waren einheitlich. Unter Nutzung von Großrechenanlagen wurden in der Regel in der Zentralstelle in Berlin die Ergebnisse für alle Ebenen (Republik, Bezirk, Kreis) gewonnen. Das hat zur Folge, daß die neu gebildeten Statistischen Landesämter bzw. das Statistische Landesamt Berlin Daten früherer Jahre aus den in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes vorhandenen Beständen benötigen.

Die Herstellung föderaler Strukturen in dem Gebiet der ehemaligen DDR und damit der Aufbau von Statistischen Landesämtern schließt ein, daß sich die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes auch dieser Aufgabe zu stellen hat.

Bestandteil des Rückrechnungsprojektes ist deshalb auch die Berechnung von Ergebnissen nach der neuen Länderstruktur und der Übergabe der aufbereiteten Daten an die Landesämter.

So wurden in den ersten Monaten dieses Jahres die anonymisierten Einzeldaten der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnraumzählung des Jahres 1981 in der ehemaligen DDR regional umgeschlüsselt und in eine Datensatzstruktur entsprechend der Praxis im früheren Bundesgebiet umformatiert. Diese den Ländern übergebenen Basisdatensätze für Personen-, Gebäude- und Wohnungsdaten sind eine unabdingbare Voraussetzung, um die anstehenden Kreis- und Gemeindereformen durch Umrechnung der Originaldaten statistisch nachvollziehen zu können.

In gleicher Weise wurden den Statistischen Landesämtern kleinräumige Datenaggregate aus dem Bevölkerungsregister "Statistik", Stand Mitte 1990, übergeben, mit Daten über die Struktur der Bevölkerung und der Haushalte nach Gemeindeteilen.

Es ist vorgesehen, anonymisierte Stammdaten in der Satzstruktur der entsprechenden Verbundprogramme der Statistischen Landesämter für Ehescheidungen, Eheschließungen, Geborene, Gestorbene und Wanderungen für zurückliegende Jahre aufzubereiten und den Ländern zu übergeben. Das erfolgt ebenfalls für den Bevölkerungsstand nach Gemeinden, Altersjahren und Geschlecht.

Damit schaffen wir Voraussetzungen, daß die Statistischen Landesämter in eigener Verantwortung und unter Nutzung von Standardsoftware der Bundesstatistik eigene Auswertungen vornehmen können und so in die Lage versetzt werden, den spezifischen Interessen und Anforderungen in den Ländern besser entsprechen zu können.

Parallel dazu arbeiten wir im Rahmen des Projektes an einem "Historischen Gemeindeverzeichnis für das Beitrittsgebiet", das sich auf den Zeitraum von 1.1.1948 bis 31.12.1991 erstreckt. Das Verzeichnis soll eine Schlüsselbrücke zwischen allen im genannten Zeitraum vorkommenden Gemeindeschlüssel mit den Gemeindeschlüsseln per 31.12.1991

herstellen und andererseits Informationen über alle seit 1948 vorgenommen Gebiets-, Namen- und Schlüsseländerungen bei den einzelnen Gemeinden liefern. Dieses als PC-Datei vorgesehene Verzeichnis wird gleichzeitig so aufgestellt, daß eine Fortschreibung durch die Statistischen Landesämter möglich ist.

Die dritte Aufgabe besteht in der Rückrechnung von langen Reihen für ausgewählte Merkmale, nach im wesentlichen vergleichbar zu den Konzepten und Systematiken der Bundesstatistik.

Als Arbeitsgrundlage dient ein Katalog, in dem die ausgewählten Merkmale festgelegt sind und der Aussagen enthält, in welcher Struktur und für welche Zeiträume rückgerechnet werden soll.

Im Rahmen der Rückrechnung ist vorgesehen, ausgewählte Daten auf Systematiken der Bundesstatistik umzurechnen. Ausgehend von den vorliegenden Daten

- in Form von Daten je Unternehmen, das entspricht den Betriebsdaten der ehemaligen DDR, oder
- als Summendaten nach verschiedenen Gliederungen (vorrangig der Systematik der Volkswirtschaftszweige und der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR)

ergeben sich zwei Hauptmethoden für die Umrechnung:

- Nachaufbereitung der für die einzelnen Jahre noch vorhandenen Betriebsdaten mit Hilfe eines Nachaufbereitungsregisters der Betriebe,
- Umrechnung der Summendaten unter Nutzung von Schlüsselbrücken für Ausgangs- und Zielstrukturen.

Für die Nachaufbereitung von Unternehmensdaten (Betriebsdaten), die auf maschinenlesbaren Datenträgern vorliegen, erarbeiten wir z.Z. ein Nachaufbereitungsregister (NAR). Auf der Grundlage des für die einzelnen zurückliegenden Jahre geführten Betriebsregisters erfolgt eine Neuordnung zu wirtschaftszweigsystematischen Gliederungen der Bundesstatistik.

Dieses Organisationsmittel wird für jedes Jahr erarbeitet, aber nur für Einheiten, deren Daten rückgerechnet werden. Die Hauptarbeit zum NAR wird gegenwärtig beim Aufbau des Jahresregisters 1989 geleistet. Die Zuordnung zu den entsprechenden Wirtschaftszweigen erfolgt auf der Grundlage der überwiegenden Produktion des Unternehmens.

Durch diese primärstatistische Zuordnung zu den Wirtschaftszweigen ergibt sich eine weitgehende Annäherung an die tatsächliche Wirtschaftsstruktur. Selbstverständlich werden damit Faktoren nicht ausgeschaltet, die sich aus dem Wirtschaftssystem ergeben. Die

ehemaligen DDR-Betriebe wiesen im allgemeinen eine höhere Aufsplittung des Produktionssortiments auf. Aus der Ausrichtung auf höhere Eigenversorgung, die gefordert und angewiesen wurde, ergibt sich auch ein bedeutend höherer Anteil von artfremder Produktion und Leistungen, z.B. Bau von eigenen Rationalisierungsmitteln, Unterhalt von Bauabteilungen, höherer Anteil der Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten als im früheren Bundesgebiet.

Als Hilfsmittel für die sekundärstatistische Umrechnung von Datensummen wurden zwei Schlüssel ausgearbeitet:

- eine qualitative Grundzuordnung der Systematik der Volkswirtschaftszweige (SVWZ) der DDR zur Systematik der Wirtschaftszweige (WZ), Ausgabe 1979 und
- eine qualitative Grundzuordnung der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog (ELN) der DDR zum Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1989.

Die Hauptarbeit der Rückrechnung ist die inhaltliche Bewertung der Vergleichbarkeit der statistischen Merkmale. Das setzt umfangreiche analytische Vergleiche zwischen den methodischen Inhalten, den Erfassungsbereichen, den Gliederungsmethoden und strukturellen Gliederungen voraus.

Diese Bewertung schließt ein, vorhandene Deformierungen und Verzerrungen in den erfaßten Merkmalen soweit wie möglich zu beseitigen, wie sie z.B. beim erhöhten Ausweis des Wohnungsbaus mit der Kennziffer "Fertiggestellte Wohnungen" in der ehemaligen DDR auftraten. Durch die Ausgliederung der Wohnungen, die nur renoviert wurden bzw. der als Wohnungen ausgewiesene Räume in neugebauten Alten- und Arbeitgeberwohnheimen ist ein vergleichbarer Ausweis des Wohnungsbestandes möglich.

Da es in diesem Vortrag zeitlich nicht möglich ist, die gesamte Breite der Probleme der Rückrechnung zu den einzelnen Sachgebieten zu behandeln, möchte ich hier das Konzept anhand von zwei Beispielen darstellen.

1. Zur Berechnung retrospektiver Nettoproduktions-Indizes des Produzierenden Gewerbes für das Gebiet der ehemaligen DDR²⁾

Im Statistischen Amt der DDR ist kein dem Nettoproduktionsindex nach der Methode der Bundesstatistik vergleichbarer Index berechnet worden. Die Entwicklung der Industrieproduktion wurde an Hand der - sich inhaltlich und methodisch vom Nettoproduktionsindex unterscheidenden - industriellen Warenproduktion zu konstanten Preisen dargestellt.

2) Inzwischen wurde festgelegt, im Rahmen des Rückrechnungsprojektes zunächst die Umschlüsselung der Produktion ausgewählter Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes vorzunehmen und die anderen Arbeiten zur Berechnung von Nettoproduktionsindizes des Produzierenden Gewerbes für das Gebiet der ehemaligen DDR zurückzustellen.

Ausgangsdaten zur Berechnung retrospektiver Nettoproduktionsindizes sind die erzeugniskonkreten Produktionsdaten der Jahreserhebung der Industrie, die betriebsweise bis zum Jahr 1980 zurück vorliegen.

Diese müssen aber zunächst nach dem Güterverzeichnis (GP) umgeschlüsselt werden. Für den weitaus größeren Teil der ELN-5 und 6-Steller besteht nach den Schlüsselbrücken keine eindeutige Zuordnung zum GP. Für eine ELN-Position gibt es nach der Schlüsselbrücke meist mehrere GP-Zuordnungen. Daraus die richtige (oder richtigen) Zuordnung(en) zu finden und festzulegen, kann in der Regel nur das Ergebnis individueller Prüfung unter Hinzuziehung anderer Merkmale (wie Name des Betriebes, dessen Zweigzuordnung oder Unterstellung) und der persönlichen Kenntnis und Erfahrung des jeweiligen Bearbeiters sein. In den seltensten Fällen wird eine direkte Umschlüsselung nach der Schlüsselbrücke EDV-mäßig erfolgen können.

Im Ergebnis dieser Umschlüsselung wird die gesamte Industrieproduktion der ehemaligen DDR eine GP-Zuordnung erhalten, die zwar nicht in allen Fällen die volle Tiefe des Güterverzeichnisses erreichen wird, aber in jedem Falle mindestens die Zuordnung zum 4-Steller der Systematik der Wirtschaftszweige im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) gewährleisten soll. So werden Datenreihen über die Produktion je GP-Position über die Jahre 1980 bis 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt sowie für die einzelnen neuen Länder erarbeitet, die verschiedensten Zwecken dienen werden. Sie bilden u.a. auch den Grundstock des für die Indexberechnung benötigten Datenbestandes.

In weitestmöglicher Anpassung an die im Statistischen Bundesamt für die Indexberechnung angewandte Nomenklatur sollen diesen Meßwert-Reihen auch deren Maßeinheiten zugrunde gelegt werden. Viele dieser Meßwert-Reihen basieren auf dem Produktionswert in Mark der DDR. Für diese sollen neben den konstanten Preisen (KPP) auch die effektiven Industrieabgabepreise (IAP) und Betriebspreise (BP) als Reihe gebildet werden, die natürlich mit Hilfe von Preisindizes deflationiert werden müssen. Nach Vorlage dieser Reihen wird dann noch entschieden werden müssen, auf welche Bewertungsbasis (KPP, deflationierte IAP oder BP) als Meßwertreihe für die Indexermittlung zurückgegriffen werden soll.

Hinsichtlich der Wahl der für die Indexberechnung notwendigen Gewichtungsstruktur sind noch weitere Untersuchungen notwendig. Eine mögliche Variante wäre, die Gewichtungsstruktur auf der Grundlage der Nettoproduktionswerte aus der Kostenstrukturerhebung für das zweite Halbjahr 1990 zu ermitteln. Obwohl unüblich, könnte man nach den gegebenen Umständen u.E. noch einer solchen Gewichtungsstruktur eines am Ende der Indexreihe gelegenen Jahres zustimmen. Damit wird jedenfalls eine mit dem früheren Bundesgebiet weitgehend vergleichbare Gewichtungsbasis erreicht.

Die Wahl des zweiten Halbjahres 1990 als Index-Basis bietet zugleich auch die Möglichkeit, die retrospektiven Indexberechnungen für den Zeitraum 1980 bis 1990 mit den in den Statistischen Landesämtern (gegenwärtig noch in Vorbereitung) und im

Statistischen Bundesamt berechneten aktuellen monatlichen Nettoproduktionsindizes zu einer Indexreihe von 1980 bis zum jeweils aktuellen Monat zusammenzuführen.

Da die retrospektive Berechnung von Nettoproduktionsindizes vielfältige und sehr aufwendige Umschlüsselungs- und Umrechnungsarbeiten voraussetzt, kann mit der Veröffentlichung solcher Rückrechnungsergebnisse frühestens im Laufe des nächsten Jahres gerechnet werden.

2. Zur Rückrechnung der Erwerbstätigen für das Gebiet der ehemaligen DDR

Bei der Erwerbstätigenrückrechnung bedarf es des Zusammenspiels verschiedener Berechnungs- und Umrechnungsmethoden, um zu einem methodisch und systematisch mit der Bundesstatistik vergleichbaren Ergebnis zu kommen. Das Rückrechnungsmodell auf dem Gebiet der Erwerbstätigen schließt sich dabei weitgehend an die Erwerbstätigenschätzungen für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im früheren Bundesgebiet an. Die darin enthaltenen systematisierenden Gesichtspunkte, insbesondere aber die Regionalisierung nach dem Arbeitsort, kommen den vorhandenen Ausgangsdaten für die ehemalige DDR am nächsten.

Wesentliche Quelle für die Rückrechnung der Erwerbstätigen ist die Berufstätigenerhebung in der ehemaligen DDR, die im Vergleich zu den anderen amtlichen Statistiken auf diesem Gebiet den umfangreichsten Erhebungsbereich aufwies. Durch Zusammenführung mit anderen Statistiken über die Erwerbstätigen wird versucht werden, eine definitorische Angleichung der Erwerbstätigen an die Bundesstatistik zu erreichen. Hauptprobleme der Nutzung der Daten der Berufstätigenerhebung sind die wirtschaftszweigsystematischen Neu- bzw. Umverschlüsselungen und - trotz des erheblichen Umfangs, des beinahe totalen Charakters dieser Erhebung - fehlende Angaben zum sogenannten X-Bereich.

Für wirtschaftszweigsystematische Umschlüsselungen werden, soweit Unternehmens- bzw. Betriebsdaten maschinell lesbar vorliegen, die mehr als 100 000 Erhebungseinheiten der Berufstätigenerhebung mit dem bereits erwähnten Nachaufbereitungsregister umgerechnet.

Die Berechnung der Erwerbstätigen des sogenannten X-Bereiches bereitet größere Probleme. In der ehemaligen DDR war es der amtlichen Statistik untersagt, Daten über die Armee, Sicherheitsdienste, Polizei, Parteien, Gewerkschaften sowie Betriebe und Einrichtungen dieser Bereiche zu erheben. Deshalb fehlen die Berufstätigen in diesen Bereichen in der Berufstätigenerhebung. Allein in den Volkszählungsergebnissen sind auch die Beschäftigten des X-Bereiches einbezogen. Die Erhebungsmerkmale für die wirtschaftszweigtypische Zuordnung und zur Stellung im Beruf sind aber für die Beschäftigten dieser Bereiche soweit anonymisiert eingetragen worden, daß hinsichtlich ihrer strukturellen Untergliederung kaum Auswertungsmöglichkeiten bestehen. Deshalb kann die Erweiterung der rückgerechneten Ergebnisse der Berufstätigenerhebung

nur über Berechnungen auf der Grundlage globaler Daten aus Vergleichen mit Volkszählungen und von noch zu erschließenden Angaben aus Archiven und anderen Quellen erfolgen.

An diesem Beispiel möchte ich deutlich machen, daß die retrospektiven Daten zur Zahl und Struktur der Erwerbstätigen nur bedingt vergleichbar zur Bundesstatistik sein werden. Solche Grenzen sind bei der Veröffentlichung deutlich zu machen.

Es ist selbstverständlich, daß die prinzipiellen Unterschiede in den Wirtschaftssystemen und in der sich daraus ergebenden Wirtschaftsorganisation bei der Analyse der Daten immer zu beachten sind. Durch eine möglichst umfangreiche Ergänzung der rückzurechnenden langen Reihen mit methodischen Kommentaren sowie der Ausarbeitung der verbleibenden Unterschiede zur Bundesstatistik soll eine wesentliche Hilfestellung zur Bewertung der Daten geliefert werden.

Solchen Einschränkungen unterliegen insbesondere alle Daten, die zu Preisen der ehemaligen DDR dargestellt werden. Die Rückrechnungen erfolgen z.Z., soweit sie preislich ausgedrückt werden, in Mark der DDR. Eine Umrechnung in DM ist vorerst nicht vorgesehen.

Unser wichtigstes Anliegen - und damit möchte ich meine Ausführungen beenden - besteht darin, sehr schnell der Öffentlichkeit rückgerechnete Daten, aber auch in bestimmten Fällen Originaldaten der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR zur Verfügung zu stellen und damit einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der zurückliegenden Jahre auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu liefern.

Sinn und Unsinn einer Umbewertung

Zusammenfassung

Die Frage, ob das nach zentralplanwirtschaftlichen Prinzipien gelenkte Wirtschaftsge-
schehen in der ehemaligen DDR auch nach den Regeln der westlichen Systeme Volks-
wirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR) dargestellt werden kann oder soll, ist relativ
einfach zu beantworten: Das internationale VGR-System der Vereinten Nationen¹⁾ (SNA)
ist nicht für ein bestimmtes Wirtschaftssystem (etwa das der Marktwirtschaft) konzipiert
worden, sondern es soll weltweit systemübergreifend anwendbar sein. Obwohl in den Län-
dern des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) das System der mate-
riellen Produktion²⁾ zugrunde gelegt wurde, ist es unstrittig, daß die Regeln des SNA
auch auf die Wirtschaft der ehemaligen DDR anwendbar sind. Bilaterale Ost-West-Ver-
gleiche mit Umrechnungen der VGR auf das SNA bzw. das MPS hat es viele gegeben.
SNA-Ergebnisse der ehemaligen DDR für 1989 und für das erste Halbjahr 1990 enthält
dieser Band ab Seite 108.

Viel schwieriger zu beantworten ist die Frage, ob die auf das SNA umgerechneten VGR-
Angaben der ehemaligen DDR auch zu den Preisen der Bundesrepublik Deutschland, die
unter weitgehend marktwirtschaftlichen Prinzipien zustande gekommen sind, dargestellt
werden können oder sollen. Für eine Umbewertung von Angaben in Mark der DDR in DM
sprechen der dringende Informationsbedarf nach vergleichbaren Zahlen und die Tatsache,
daß derartige Umbewertungsprinzipien bei der Berechnung von Angaben in konstanten
Preisen und bei der Ermittlung von Kaufkraftparitäten durchaus üblich sind. Gegen die
Umbewertung spricht der prinzipielle Einwand, daß Ergebnisse einer zentral geplanten
Wirtschaft nicht mit marktwirtschaftlichen Preisen bewertet werden sollten. Die Preise in
der ehemaligen DDR wären nämlich völlig andere gewesen, wenn sie ausgleichend auf die
damals erheblichen Diskrepanzen zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach den
einzelnen Waren und Dienstleistungen hätten reagieren können. Weiterhin wären das Pro-
duktionsprogramm und die Produktionstechnik der Unternehmen völlig anders gewesen,
wenn sie sich an den Preisen für ihre Produkte sowie an den Preisen der von ihnen erwor-
benen (Vor-)Produkte und Faktorleistungen hätten orientieren können. Es geht bei der
Frage nach der Umbewertung also nicht nur um richtig oder falsch, sondern auch um die
Entscheidung, ob die Umbewertungsergebnisse noch sinnvoll oder schon unsinnig sind.

Der Aufsatz kommt zu dem Ergebnis, daß mit dem gegebenen statistischen Instrumenta-
rium und den verfügbaren Daten rechnerisch eine Umbewertung möglich ist. Die Aus-
sagefähigkeit der Ergebnisse ist aber erheblich eingeschränkt, da sich die Preisrelationen

*) Heinrich Lützel, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

1) Vereinte Nationen (1968), A System of National Accounts, New York.

2) Vereinte Nationen (1989), Basic Methodological Principles Governing the Compilation of the System of Statis-
tical Balances of the National Economy, Bd. 1 und 2, New York sowie Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
(1986): Methodologische Grundrichtlinien zur Aufstellung der statistischen Volkswirtschaftsbilanz, Moskau.

Mark der DDR zu DM von Erzeugnis zu Erzeugnis stark unterscheiden. Außerdem können die Ergebnisse derartiger Umbewertungen nichts darüber aussagen, wie das Wirtschaftsgeschehen in der DDR gewesen wäre, wenn das Preissystem der Bundesrepublik Deutschland in der DDR gegolten hätte. Trotz der erheblichen Einschränkungen in der Aussagefähigkeit der Umbewertungsergebnisse wird eine Umrechnung befürwortet, weil der Informationsbedarf dringend ist und andernfalls die Datenbenutzer mit drittbesten Ergebnissen arbeiten würden, indem sie etwa unterstellen, daß eine Mark der DDR gleich eine DM ist.

Umbewertung - wofür?

Wie dringend und hoch politisch der Bedarf an vergleichbaren Informationen für wirtschaftliche Tatbestände in der DDR in Relation zu denen in der Bundesrepublik Deutschland war, zeigt die jüngste Vergangenheit etwa ab der "Wende" in der DDR. Im Zusammenhang mit der geplanten und dann Mitte 1990 vollzogenen Währungsumstellung sowie in Folge der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurden sowohl von der Politik, der Wirtschaftsforschung wie auch von der breiten Öffentlichkeit mit hoher Dringlichkeit vergleichbare Daten über die beiden Teile Deutschlands gefordert. Dabei ging es um äußerst wichtige Fragen und Entscheidungen, wie beispielsweise um den ökonomisch "richtigen" Umstellungskurs Mark der DDR zu DM, um die "richtigen" Verdienstverhältnisse unter Beachtung von Arbeitsproduktivitäten, um Vergleiche der Einkommens- und Versorgungslage im Zusammenhang mit der kritischen Frage, ob es der Bevölkerung in den neuen Ländern nach der Wende unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede beider Währungen besser geht als vorher. Das sind in der Tat wichtige Fragen, auf die es bis heute noch keine verlässlichen Antworten gibt. Es müßten Aussagen über die allgemeine Kaufkraft der Mark der DDR im Vergleich zur DM, über das Verhältnis der Arbeitsproduktivitäten in beiden deutschen Staaten sowie über das Einkommen und die Versorgungslage der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands vor und nach der Währungsumstellung gemacht werden, die jedoch nur mit Hilfe von Umbewertungen sinnvoll möglich sind.

Umrechnungen in eine einheitliche Währung sind auch notwendig, wenn das Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit in den Jahren des Übergangs etwa von 1989 bis 1991 gezeigt werden soll. Derartige Zeitvergleiche werden üblicherweise mit Hilfe jährlicher Zuwachsraten (z.B. für das reale Sozialprodukt) vorgenommen. Sie setzen aber Angaben in vergleichbaren Währungseinheiten voraus. Ein Ausweis von Zuwachsraten für Größen in verschiedenen Währungen ohne Umbewertung müßte als grober statistischer Kunstfehler eingestuft werden, es sei denn, der Umrechnungskurs 1 zu 1 wäre ökonomisch berechtigt (was sicherlich nicht der Fall ist).

Die Frage nach dem Systemvergleich Plan- zu Marktwirtschaft steht zwar gegenwärtig noch nicht im Mittelpunkt des Interesses - sie wird aber kommen. Ist doch der deutsch-deutsche Vergleich ein besonders geeignetes Analysemodell, da viele Rahmenbedingungen (Eigenheiten und Fähigkeiten der Bevölkerung, Klima, Ausgangslage) so ähnlich sind. Von Interesse wäre etwa, wie sich die Preisstruktur der Plan- zu den Marktpreisen unterscheiden, wieviel effektiver Marktproduzenten produzieren, wie sich die Kostenstruktur

vergleichbarer Unternehmen unterscheidet oder wie hoch die Produktivitätsunterschiede sind. Zur Beantwortung all dieser Fragen sind auch Angaben in vergleichbarer Währung notwendig. Eine Verpflichtung der amtlichen Statistik, zu wichtigen Ereignissen verlässliche Unterlagen für die wissenschaftliche Forschung und für historische Untersuchungen bereitzustellen, kann kaum bestritten werden.

Eine zentrale Frage kann mit den Ergebnissen der Umbewertung jedoch nicht beantwortet werden: Wie wäre es gewesen, wenn in der ehemaligen DDR die bundesdeutschen Preise gegolten hätten? Doch soll aus der Tatsache, daß hierzu keine Antwort gegeben werden kann, geschlossen werden, daß eine Umbewertung überhaupt keinen Sinn macht? Wohl kaum, doch muß bei der Veröffentlichung von Umbewertungsergebnissen darauf aufmerksam gemacht werden, daß zu dieser hypothetischen Fragestellung keine Antwort gegeben werden kann. Die gleiche Einschränkung der Aussagekraft gilt beispielsweise auch für die Ergebnisse in Preisen eines anderen Basisjahres, an die wir uns alle schon so gewöhnt haben, ohne über diesen Vorbehalt überhaupt noch nachzudenken.

Umbewertung - aber wie?

Die Anforderung an die Statistik, monetäre Größen auch zu Preisen eines anderen Jahres oder zu Preisen eines anderen Landes darzustellen, ist eine gängige alte Forderung, zu der es ebenso alte wie gebräuchliche Methoden gibt, nämlich die Berechnung in konstanten Preisen einerseits und die Berechnung von (internationalen) Kaufkraftparitäten andererseits. Es nimmt heute kaum noch einer daran Anstoß, wenn das Statistische Bundesamt einen Baupreisindex für das Jahr 1913 auf Basis 1985 = 100 veröffentlicht³⁾, wenn es das Sozialprodukt von 1950 in Preisen von 1985 bewertet⁴⁾ oder wenn im Rahmen des Internationalen Kaufkraftvergleichprojektes die Sozialprodukte von Äthiopien, Polen und den Vereinigten Staaten auf das selbe Preissystem umgerechnet werden. Offenbar nimmt die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit Statistikkonzepten mit der Verfügbarkeit von Ergebnissen ab - das Faktum dominiert den Grundsatz. Das ist eine bedenkliche Beobachtung, so daß die Grundsatzdiskussion im Zusammenhang mit der Umbewertung Mark der DDR in DM sehr zu begrüßen ist.

Obwohl die Methoden der Berechnung von Angaben in konstanten Preisen sowie von Kaufkraftparitäten auf den gleichen Prinzipien des Preisvergleichs, nämlich denen der Preisstatistik, basieren und für die Umbewertung jeweils die Preise für identische oder mindestens für sehr ähnliche Erzeugnisse herangezogen werden, ist die Anwendung der Berechnungsergebnisse, wie sie in den veröffentlichten Zahlen zum Ausdruck kommt, sehr unterschiedlich. Bei den Angaben in konstanten Preisen werden die einzelnen Erzeugnisse in den Preisen dieser Erzeugnisse ausgedrückt, zur Umrechnung (Deflationierung) werden spezifische Preisindizes verwandt. Bei den Kaufkraftparitäten werden alle Größen einheitlich mit der über die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts er-

3) Der Preisindex für Bauwerke betrug 1913 6,6 Indexpunkte (1985 = 100), in: Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1991), Statistisches Jahrbuch 1991 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 598.

4) Das Bruttosozialprodukt 1950 betrug in jeweiligen Preisen 98,6 Mrd. DM und in Preisen von 1985 378,1 Mrd. DM, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 18, Reihe S. 15, S. 52 und 54.

mittelten Parität als generellen Umrechnungsfaktor umbewertet. Beide Methoden haben ihre Berechtigung, beide können jedoch nur für unterschiedliche Fragestellungen sinnvolle Antworten liefern.⁵⁾

Die Ergebnisse der Preisbereinigung mit speziellen Preisindizes (volumenorientierte Deflationierung) zeigen die Veränderung einzelner Arten von Waren oder Dienstleistungen (Strom- oder Bestandsgrößen) frei von der Veränderung der Preise dieser Waren oder Dienstleistungen. Diese Information wird für viele Fragestellungen benötigt. Derartige Umrechnungen sind jedoch nur für Größen möglich, die sich in eine Preis- und eine Mengenkomponeute zerlegen lassen. Die realwertorientierte Deflationierung mit einem generellen Preisfaktor (Preisniveaubereinigung), der möglichst die Kaufkraftunterschiede des Geldes allgemein messen sollte, ist dagegen auch auf "non-commodities" anwendbar, auf Größen also, die, wie das Einkommen oder Finanzierungsströme, keine spezifische Preiskomponeute haben.

Soweit ist die Anwendung beider Umbewertungsmethoden unumstritten. Fraglich ist dagegen, wie die als Differenz zwischen Produktionswert und Vorleistungen errechnete Wertschöpfung in Preisen eines anderen Jahres dargestellt werden soll. International ist in den VGR die Methode der "doppelten Deflationierung" üblich, nach der man die reale Wertschöpfung als Differenz zwischen dem Produktionswert in konstanten Preisen und den Vorleistungen in konstanten Preisen erhält. Werner Neubauer hat 1974 erstmals diese Methode in seinem Aufsatz "Irreales Inlandsprodukt in konstanten Preisen, Kritisches zur Deflationierung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung"⁶⁾ mit dem Argument kritisiert, daß die Wertschöpfung (und hier zumindest der darin enthaltene Gewinn) keine Mengen- und keine Preiskomponeute hat und daher nicht preisbereinigt werden kann. Als Mengensurrogat könnte die Gütermenge dienen, die für die Wertschöpfung erworben werden kann, was eine Inflationsbereinigung mit einem generellen Deflator nahe legt. Diese Diskussion ist gegenwärtig noch nicht beendet. Das Statistische Bundesamt vertritt den Standpunkt, daß beide Methoden anwendbar sind und daß sie zu jeweils unterschiedliche Fragestellungen durchaus sinnvolle Antworten geben können. Das gilt sogar für den Fall, in dem eine positive Wertschöpfung in jeweiligen Preisen nach der Methode der doppelten Deflationierung in eine negative Wertschöpfung in konstanten Preisen umschlägt. Ein solcher Wechsel des Vorzeichens der Wertschöpfung kommt bei einer Bewertung der Produktionsvorgänge der ehemaligen DDR mit westdeutschen Preisen öfters vor, wie noch gezeigt wird. Dieses Ergebnis besagt, daß die Unternehmen Verlust gemacht hätten, wenn sie mit der Produktionstechnik des Berichtsjahres (oder des Landes) auch dann produziert hätten, wenn die Preisrelationen des Basisjahres (oder die eines anderen Landes) gegolten hätten. Aus dem Vergleich der Ergebnisse einer Preisbereinigung mit denen einer Preisniveaubereinigung läßt sich eine für den Außenhandel übliche Analysegröße ableiten, nämlich der "Terms-of-trade-Effekt", der angibt, wieviel Gewinne oder Verluste aus der Verschiebung der Preisrelationen resultieren.

5) Siehe hierzu Lützel, H., Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1987, S. 115 ff.

6) Veröffentlicht in: Deutsche Statistische Gesellschaft (Hrsg., 1974), Allgemeines Statistisches Archiv, 1974, S. 237 ff. Siehe hierzu auch Reich, U.-P. und Stahmer, C. (Hrsg., 1981), Input-Output-Rechnung: Energiemodelle und Methoden der Preisbereinigung, Campus-Verlag.

Diese mehr grundsätzlichen, konzeptionellen Überlegungen zum zeitlichen Preisvergleich sind auf den örtlichen Preisvergleich voll übertragbar, denn es ist unstrittig, daß die grundsätzlichen Fragen der Preismessung, der Gewichtung und der Umbewertung im zeitlichen und örtlichen Vergleich die gleichen sind, selbst wenn im örtlichen Vergleich zwischen Preisen in unterschiedlichen Währungen verglichen wird. Im Zeitvergleich geht es um die Frage, was eine gegebene Gütergesamtheit wert wäre, wenn die Preise eines anderen Jahres gelten würden - im Ortsvergleich geht es um die Frage, was die Gütergesamtheit wert wäre, wenn die Preise eines anderen Ortes (Landes) gelten würden.

Grenzen der Umbewertbarkeit?

Bei vordergründiger Betrachtung erscheint die Beantwortung der oben gestellten Fragen einfach. Sie ist es aber nicht, wenn zwischen dem Zustandekommen der Gütergesamtheit und dem jeweils geltenden Preissystem eine gegenseitige Abhängigkeit besteht. Diese Abhängigkeit ist ein wichtiges Merkmal einer Marktwirtschaft mit "Konsumentensouveränität" und individueller Planung und Entscheidung. Die Käufer und Produzenten richten ihre Kauf- bzw. Produktionsentscheidungen an den gerade geltenden Preisen aus. Relativ teure Produkte werden vermindert gekauft, relative teure Produktionsfaktoren werden durch günstigere so weit wie möglich ersetzt. Bedeutsam ist, daß es dabei nicht so sehr auf das allgemeine Preisniveau ankommt, sondern auf das Verhältnis der Preise untereinander, wofür auch die Begriffe Preisstruktur, Preisrelationen oder relative Preise verwandt werden. Allerdings war diese gegenseitige Abhängigkeit in dem zentralplanwirtschaftlichen System der ehemaligen DDR nur sehr eingeschränkt wirksam.

Die Verschiebung der Preisrelationen bzw. die Unterschiede in den Preisrelationen im zwischenörtlichen Vergleich machen die Deflationierung sowie die Berechnung von Preisindizes und von Kaufkraftparitäten erst zu einem statistischen Problem. Solange die Unterschiede in der Preisstruktur gering sind, sind die Ergebnisse der Umrechnung, unabhängig von der gewählten Methode, aussagekräftig. Wenn sich die Relationen aber stark unterscheiden, werden die Ergebnisse fragwürdig - unter Umständen sogar irreführend. Außerdem hängen sie dann von der jeweils gewählten Methode spürbar ab.

Wenn die Preisstrukturen unterschiedlich sind, gilt allgemein, daß das Umrechnungsergebnis für ein Jahr oder eine Region um so günstiger ist, je weniger sich die neue Preisstruktur von der ursprünglichen Preisstruktur des Jahres oder der Region unterscheidet bzw. je geringer die Unterschiede im Gewichtungsschema sind. Im internationalen Kaufkraftvergleich ergibt sich für ein Land in der Regel die höchste Kaufkraft seiner Währung, wenn der Vergleich mit den Gewichten dieses Landes durchgeführt wird, weil die Gewichtsanteile der Güter mit den in diesem Land günstigen Preisen meist höher sind als in anderen Ländern. Bei den Preisindizes ist dieser Zusammenhang als Laspeyres-Effekt bekannt. Verteuern sich einzelne Güter weniger als andere, so werden diese nun relativ preiswerteren Waren und Dienstleistungen vermehrt gekauft. Ein veralteter Laspeyres-Warenkorb berücksichtigt diese Gewichtsverschiebung in Richtung auf die Güter mit geringem Preisanstieg (oder mit Preisrückgang) nicht, weswegen er aus diesem Grund den tatsächlichen Preisanstieg überzeichnet.

Auch die Unternehmer reagieren (zumindest in einer Marktwirtschaft) auf Verschiebungen von Preisrelationen, indem sie ihre Produktpalette und die Produktionsverfahren auf die jeweils günstigste Erlös/Kosten-Relation anpassen. Das heißt, daß die in einem Jahr erzielte Wertschöpfung nur bei den Preisrelationen dieses Jahres ein optimales Ergebnis ist. Wird die gleiche Produktpalette bei unveränderter Produktionstechnik mit den Preisen eines anderen Jahres (oder Landes) bewertet, so wird sich in der Regel eine geringere, unter Umständen sogar negative Wertschöpfung ergeben, es sei denn, die relativen Preise sind die gleichen.

Um die möglichen Fehler aus der Verschiebung von Preisrelationen beim Preisindex und den Angaben in konstanten Preisen klein zu halten, werden in der amtlichen Statistik die Basisjahre in einem Fünf-Jahres-Turnus aktualisiert. In einigen Ländern, wie in Frankreich und den Niederlanden, wird in den VGR sogar auf der jeweiligen Vorjahrespreisbasis gerechnet und die Ergebnisse miteinander "verkettet".

Als Ergebnis dieser Überlegungen kann festgehalten werden, daß Umbewertungsergebnisse um so fragwürdiger werden, je stärker sich die neuen Preisstrukturen von den ursprünglichen Preisrelationen unterscheiden. Und diese Unterschiede waren bei den Preisen einzelner Erzeugnisse in der ehemaligen DDR verglichen mit den westdeutschen Preisen so groß, wie sie sonst kaum vorkommen, wie aus der folgenden Tabelle 1 hervorgeht.

Tabelle 1
Preise ausgewählter Waren im Gebiet der ehemaligen DDR
vor und nach der Währungsumstellung

Ware	Preise		Relation Mark der DDR zu 1 DM
	Anfang 1990 in Mark der DDR	August 1990 in DM	
Brot (1 kg)	0,62	2,61	0,24
Weizen (1 kg)	0,68	0,33	2,06
Neuer Trabant	11 500	4 500	2,56
Gebrauchter Trabant	12 000	500	24,00

Die Tabelle zeigt die Preise für identische Erzeugnisse, die im Gebiet der ehemaligen DDR vor der Währungsumstellung (in Mark der DDR) und danach (in DM) galten. Der hoch subventionierte Brotpreis war vor Mitte 1990 viermal billiger als danach. Er lag in Mark der DDR sogar unter dem Preis der gleichen Menge Brotgetreide. Umgekehrt verhielt es sich bei den Kraftfahrzeugen, die zwar technisch überholt waren, aber zu sehr hohen Preisen angeboten wurden. Da das Angebot extrem begrenzt war, wurden für gebrauchte Kraftfahrzeuge noch höhere Preise gezahlt, um überhaupt ein solches zu erlangen. Die Währungsumstellung Mitte 1990 und der freie Zugang zum westlichen Angebot führten zu einem Preisverfall, die Preise sanken auf rund ein Viertel des alten Preises in Mark der DDR.

Die Preisrelationen für Brot und Personenkraftwagen sind sicherlich Extrembeispiele für den Ost-West-Preisvergleich. Diese Relationen unterscheiden sich etwa um den Faktor 10. Die Relationen sollten aber möglichst nahe beieinander liegen, um zu guten Umbewertungsergebnissen zu gelangen. Innerhalb dieser Spanne werden sich die Preisverhältnisse der übrigen Waren und Dienstleistungen bewegen. Die Spanne der Relationen ist so breit, daß zwar Umbewertungen vorgenommen werden können, jedoch sind die Ergebnisse fragwürdig und dürfen nur mit äußerster Zurückhaltung interpretiert werden.

Bei den bisherigen Überlegungen wurde davon ausgegangen, daß sich für gleiche Erzeugnisse vergleichbare Mark der DDR- bzw. DM-Preise überhaupt ermitteln lassen. Gegeben ist diese Möglichkeit sicherlich für die Erzeugnisse aus Ost-Produktion, die vor und nach der Währungsumstellung in nennenswertem Umfang gehandelt wurden. Allerdings war zu beobachten, daß nach der Währungsumstellung die Preise für einige Erzeugnisse aus Ost-Produktion relativ stark zurückgenommen werden mußten, um diese überhaupt noch verkaufen zu können. Die privaten Haushalte bevorzugten eindeutig West-Produkte, weil sie vorher kaum erreichbar waren. Soweit nach der Währungsumstellung nur noch Erzeugnisse aus West-Produktion gekauft wurden, muß der Preisvergleich mit möglichst gut vergleichbaren Erzeugnissen aus Ost-Produktion durchgeführt werden. Das ist allerdings wegen der qualitativen Unterschiede nur mit beträchtlichen Ungenauigkeiten möglich. Daß die Schwierigkeit, wirklich vergleichbare Erzeugnisse zu finden, im internationalen Preisvergleich fast die Regel ist, macht die Probleme nicht geringer, zeigt aber, daß es sich hier nicht um ein neues Problem handelt.

Umbewertung - nur auf Probe?

Um einen Überblick zu erlangen, was passieren kann, wenn man wirtschaftliche Vorgänge der ehemaligen DDR trotz der oben erörterten Vorbehalte mit westdeutschen Preisen bewertet, wurden in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes verschiedene Proberechnungen im Rahmen der VGR durchgeführt. Die Gewichtungsschemata zur Ermittlung von Umbewertungsfaktoren für stark zusammengefaßte Aggregate wurden mit Hilfe der tiefgegliederten Input-Output-Tabelle 1987 der ehemaligen DDR gewonnen, die zuvor provisorisch von den Konzepten des Systems der materiellen Produktion⁷⁾ auf die Konzepte der VGR, wie in der Bundesrepublik Deutschland angewandt⁸⁾, umgestellt wurden.

Tabelle 2 (siehe S. 81) zeigt ausgewählte Ergebnisse, die mit Hilfe der Input-Output-Tabelle 1987 gewonnen wurden. Weitere Umbewertungsergebnisse (für 1989 und das 1. Halbjahr 1990) werden in diesem Band auf Seite 109 nachgewiesen. Bei diesen Angaben handelt es sich bislang nur um Proberechnungen, deren Ergebnisse nicht als Berechnungsergebnisse des Statistischen Bundesamtes verstanden werden dürfen. Die hier ange deuteten Konzept- und Berechnungsprobleme der Umbewertung sind gegenwärtig noch nicht so weit geklärt, als daß das Statistische Bundesamt "amtliche Ergebnisse"

7) Siehe Fußnote 2), Seite 73.

8) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg., 1985), Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESGV, zweite Auflage, Luxemburg sowie Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1990), Fachserie 18, Reihe 2, Input-Output-Tabellen 1985 bis 1988, Stuttgart.

veröffentlichen kann. Mit diesen Proberechnungen soll lediglich veranschaulicht werden, was passieren kann, wenn man das westdeutsche Preissystem dem Wirtschaftsgeschehen in der ehemaligen DDR überstülpt und sei es auch nur ex-post im statistischen Sinne.

Für die Angaben aus der Entstehungsrechnung der ehemaligen DDR in Tabelle 2 wurden drei Produktionsbereiche ausgewählt, die im Vergleich zu den Westpreisen besonders hohe (Landwirtschaft und Hersteller von Büromaschinen u.a.) bzw. besonders tiefe Abgabepreise (Nahrungsmittel) aufwiesen. Dabei handelt es sich um Ab-Werk-Preise, also die Preise nach Besteuerung (jedoch ohne Mehrwertsteuer) und nach Abzug der Subventionen, also um die tatsächlich gezahlten Preise. Handelsspannen und die Subventionierung über den Handel sind in den Ab-Werk-Preisen noch nicht enthalten.

Die Verkaufspreise in der Landwirtschaft und der Büromaschinenhersteller waren in der ehemaligen DDR so hoch, daß trotz eines im Vergleich zum Westen hohen Vorleistungsverbrauchs eine beträchtliche Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen verblieb. Anders war es in der hoch subventionierten Nahrungsmittelproduktion. Der Einstandswert der Vorleistungsgüter war in Mark der DDR höher als der Abgabepreis der produzierten Nahrungsmittel. Die Differenz wurde vom Staat ausgeglichen, so daß sich eine positive Wertschöpfung zu Faktorkosten ergab.

Bewertet man die Nahrungsmittelproduktion der ehemaligen DDR im Jahr 1987 mit den DM-Preisen vom zweiten Halbjahr 1990, so ergibt sich auch ohne Subventionierung eine positive Wertschöpfung. Umgekehrt in der Landwirtschaft und der Herstellung von Büromaschinen. Hier führt der Übergang auf westliche Preise zu einer negativen Wertschöpfung bei den Büromaschinenproduzenten bzw. zu einer minimalen Wertschöpfung in der Landwirtschaft. Zu beachten ist, daß von dieser Bruttowertschöpfung noch die Abschreibungen, die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen) und die Einkommen aus unselbständiger Arbeit abgezogen werden müssen, um den Betriebsüberschuß zu erhalten.

Tabelle 2
Entstehungsrechnung für das Gebiet der ehemaligen DDR 1987
- ausgewählte Extrembeispiele -

Produktionsbereich	Produktionswert	Vorleistung	Bruttowertschöpfung
in Mrd. Mark der DDR von 1987			
Landwirtschaft	71 774	47 444	24 330
Büromaschinen u.a.	5 239	2 789	2 449
Nahrungsmittel	68 742	78 785	- 10 043
in DM vom 2. Halbjahr 1991 ¹⁾			
Landwirtschaft	24 439	23 720	719
Büromaschinen u.a.	1 105	1 490	- 384
Nahrungsmittel	45 844	39 806	6 038
Relation Mark der DDR zu 1 DM			
Landwirtschaft	2,94	2,00	33,84
Büromaschinen u.a.	4,74	1,87	- 6,38
Nahrungsmittel	1,50	1,98	- 1,66

1) Ergebnis einer Proberechnung, BWS als Differenz.

Wie können nun diese extremen Beispiele einer Umbewertung interpretiert werden? Sicherlich sagt die nach der Methode "doppelten Umbewertung" gewonnene Wertschöpfung in DM nichts über die wirtschaftliche Leistung der einzelnen Produktionsbereiche in der ehemaligen DDR aus. Das aber ist der Hauptaussagewert der Wertschöpfung.

Trotzdem sind die Umbewertungsergebnisse einschließlich der als Differenz errechneten Wertschöpfung in DM von Interesse. Sie zeigen sehr anschaulich, warum die Produktion in den neuen Ländern so große Einbrüche erlitt: Die Produktionstechniken der DDR erbrachten im Preis- und Subventionssysteme der ehemaligen DDR durchweg positive Ergebnisse. Der Übergang auf das westliche Preissystem mußte und muß zu nicht hinnehmbaren Verlusten und damit zu Stilllegungen führen, es sei denn, die Produktionsverfahren können sehr schnell auf die westlichen Techniken umgestellt werden, die wiederum den westlichen Preisrelationen Rechnung tragen. Allein diese Erkenntnisse und Einsichten, die man aus derartigen Umbewertungsergebnissen gewinnen kann, rechtfertigen diese Umrechnungen. Sie müßten natürlich durch tiefere Untergliederungen verfeinert und durch alternative Methoden abgesichert werden.

Außerdem zeigen diese Zahlen, daß ein Umrechnungskurs von einer Mark der DDR gleich einer DM nicht zu vertreten ist und daß wegen der unterschiedlichen Preisstrukturen gütertypische Umrechnungen vorgenommen werden sollten. Die aus der Bruttowertschöpfung abgeleiteten Preisrelationen entziehen sich dagegen jeder Interpretierbarkeit.

Die wohl wichtigste Frage lautet: Soll die amtliche Statistik trotz der grundsätzlichen Bedenken einer Bewertung zentralplanwirtschaftlich gelenkter Wirtschaftsvorgänge mit marktwirtschaftlichen Preisen und der statistischen Vorbehalte wegen der stark unterschiedlichen Preisstrukturen in beiden Währungssystemen Umbewertungsergebnisse als "amtliche" Zahlen veröffentlichen? Eine eindeutige Antwort gibt es nicht und die zu treffende Entscheidung ist sehr schwierig. Abzuwägen ist nämlich die Dringlichkeit des Informationsbedarfs gegenüber den grundsätzlichen und statistischen Vorbehalten. Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß Statistikergebnisse mit großen Unsicherheitsbereichen, die Statistiker normalerweise nicht veröffentlichen würden, doch bereitgestellt werden mußten, wenn der Bedarf extrem wichtig und dringlich war und vergleichbare Informationen aus anderen Quellen nicht gewonnen werden konnten. In diesen Fällen ist es jedoch notwendig, daß auf die Unsicherheiten der Ergebnisse und die Beschränkungen ihrer Aussagefähigkeit deutlich hingewiesen wird.

Gegenwärtig ist der Informationsbedarf nach Ergebnisse über die ehemalige DDR, die voll vergleichbar mit den Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland sind, nicht so hochrangig und dringend, daß das Statistische Bundesamt bereits Umbewertungsergebnisse veröffentlichen muß. Vielmehr dominiert die Nachfrage nach vergleichbaren Zahlen über aktuelle Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern. Aktuelle Statistiken haben also eindeutig Vorrang vor Rückrechnungen. Dem trägt das Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes auch Rechnung, d.h. Rückrechnungen sind nur im Rahmen der dafür freien Kapazitäten möglich.

Man braucht aber kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß voll vergleichbare Zahlen für das Gebiet der ehemaligen DDR vor und nach der Wende mit Dringlichkeit von der amtlichen Statistik gefordert werden. Vergleiche der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte in den neuen Ländern vor und nach der Währungsumstellung werden bereits gefordert, ohne allerdings die Preis- und Kaufkraftunterschiede berücksichtigen zu können. Wenn in derartigen Vergleichen die Angaben für die Zeit vor der Währungsumstellung in Mark der DDR und die Ergebnisse für die Zeit danach in DM nebeneinander gestellt werden, wird zumindest stillschweigend billigend in Kauf genommen, daß die Benutzer der Zahlen mangels besserer Information im Umrechnungsverhältnis 1 zu 1 vergleichen. Wie irreführend das sein kann, zeigen beispielhaft die Preisrelationen für die Produktionswerte und Vorleistungen in Tabelle 2. Zur Schadensbegrenzung sollte das Statistische Bundesamt trotz der gravierenden Vorbehalte auch Ergebnisse einer Umbewertung bereitstellen, die nach wissenschaftlich abgesicherten Methoden auf der Grundlage aller verfügbaren Berechnungsgrundlagen nach neutralen und objektiven Grundsätzen ermittelt wurden. Notwendig ist gegenwärtig jedoch noch eine vertiefte Methodendiskussion. Wenn dann einmal Ergebnisse vorgelegt werden, sollten diese nur mit deutlichen Vorbehalten zur Interpretierbarkeit der Zahlen veröffentlicht werden.

Rückrechnung einer Zahlungsbilanz für die ehemalige DDR

1 Ausgangslage

Die ehemalige DDR hat keine Zahlungsbilanz im Sinne der Definition des Internationalen Währungsfonds aufgestellt, wie sie von allen westlichen Ländern ermittelt wird. Eine solche Zahlungsbilanz ist dadurch gekennzeichnet, daß sie eine zusammenfassende Darstellung aller wirtschaftlichen Transaktionen mit dem Ausland liefert. Dabei ist der Begriff der Zahlung weit gefaßt und schließt neben dem Austausch von Gütern und finanziellen Ansprüchen gegen Geld auch Transaktionen ein, die nicht in der gleichen Periode oder aber überhaupt nicht zu Zahlungen führen. Die Zahlungsbilanz wird untergliedert in Vorgänge des Leistungs- und Kapitalverkehrs (siehe Übersicht 1, Seite 84). Internationalen Regeln entsprechend umfaßt der Leistungsverkehr den entgeltlichen Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen In- und Ausland sowie die unentgeltliche Übertragung von Waren, Dienstleistungen und finanziellen Aktiva. Der Kapitalverkehr umfaßt dagegen alle Transaktionen, bei denen finanzielle Aktiva an das Ausland übertragen oder vom Ausland empfangen werden. Diese Übertragungen stellen entweder den Gegenwert von Leistungstransaktionen oder den Austausch von Vermögenswerten dar.

Im Gegensatz dazu hat die DDR eine sogenannte Bargeldbilanz¹⁾ (siehe Übersicht 2, Seite 84) aufgestellt und Angaben über den Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland erhoben. In beiden Fällen standen die Beziehungen zum nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) im Mittelpunkt des Interesses. Dies ergab sich aus der ökonomischen Situation der DDR. Die Zielsetzung bestand darin, jederzeit Aussagen über die Liquiditätsentwicklung und die Verschuldung machen zu können, d.h. es ging im wesentlichen um eine Gegenüberstellung von Valutaeinnahmen und -ausgaben. Berücksichtigt wurden dabei neben den Warenlieferungen und -bezügen auch Dienstleistungen, Kredittilgungen und Zinsen. Der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten war seit langem negativ, d.h. er zeigte eine Nettoverschuldung der DDR. Die Forderungen bestanden vor allem gegenüber Entwicklungsländern und die Verbindlichkeiten gegenüber westlichen Banken und Nichtbanken. Dabei wurde über viele Jahre nicht der effektive, sondern ein zu niedriger Stand der Verschuldung berücksichtigt. Für das sozialistische Wirtschaftsgebiet (SW) wurden lediglich Lieferungen und Bezüge im Verrechnungsverkehr erfaßt, wobei insgesamt letztlich ein Ausgleich hergestellt wurde. Bei der Zuordnung von Transaktionen zu den beiden Wirtschaftsbereichen war die verwendete Währung, nicht

*) Dr. Almut Steger, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.

Der Beitrag entstand im Rahmen der Übernahme und Dokumentation von Daten der DDR. Die Verfasserin dankt vor allem Mitarbeitern der Vorläufigen Verwaltungsstelle der Deutschen Bundesbank in Berlin für ihre sachkundige Unterstützung bei der Umsetzung und Interpretation der Ergebnisse. Der Dank gilt ebenso den Mitarbeitern der Abteilung Zahlungsbilanzstatistik, die das Material aufbereitet haben.

1) Der Begriff "Bargeldbilanz" darf nicht mit dem der "cash-balance" z.B. aus der niederländischen Zahlungsbilanzstatistik verwechselt werden. Beide Konzepte sind nicht vergleichbar.

Übersicht 1

Grundstruktur der Zahlungsbilanz der Deutschen Bank *)

- I. Leistungsbilanz
 - a) Warenhandel
 - b) Dienstleistungen
 - c) Übertragungen
- II. Kapitalbilanz
 - a) Langfristiger Kapitalverkehr
 - b) Kurzfristiger Kapitalverkehr
- III. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen
- IV. Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank
(einschl. Ausgleichsposten)

*) Eine umfassende Darstellung findet sich in: Deutsche Bundesbank (Hrsg., 1992):
Die Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank - Inhalt, Aufbau und
methodische Grundlagen, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 8,
Nachdruck der 2. Auflage, Frankfurt am Main.

Übersicht 2

Grundstruktur der Bargeldbilanz der ehemaligen DDR

Valutaeinnahmen insgesamt

davon aus:

- Exporten des Planjahres
- Exporten der Vorjahre
- Zinsen
- Zuschüssen des Staates
- Dienstleistungen
- Sonstigen Einnahmen

Valutaausgaben insgesamt

davon für:

- Importe des Planjahres
- Kredittilgung
- Kosten und Zinsen
- Dienstleistungen
- Absatzkosten
- Sonstigen Ausgaben

Laufender Saldo

jedoch die geographische Zugehörigkeit ausschlaggebend. So wurden Geschäfte mit der UdSSR in konvertierbaren Währungen unter NSW verbucht. Angaben für das NSW wurden in VM²⁾, für das SW dagegen in M/VGW³⁾ ermittelt. Eine Zusammenführung beider Teile zu einer Bilanz wurde niemals vorgenommen. Die Bargeldbilanz ist ebenso wie der Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland nicht veröffentlicht worden. Lediglich für den Außenhandel sind unabhängig davon zusammengefaßte Angaben in VM publiziert worden⁴⁾, die jedoch aus heutiger Sicht in unzulässiger Weise für diesen Zweck ungeformt wurden.

Um ein umfassendes Bild von der außenwirtschaftlichen Verflechtung der DDR zu erhalten, haben wir den Versuch unternommen, verfügbares Material aus unterschiedlichen Quellen zusammenzutragen und zu sichten, sachlich in die westliche Terminologie umzusetzen und zu einer geschlossenen Bilanz zusammenzuführen. Dabei war darauf zu achten, "interne" Vorgänge, d.h. Zahlungen innerhalb der DDR, auszuschalten. Besonders problematisch war und ist die Einbeziehung der Transaktionen des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) von Alexander Schalck-Golodkowski. Daraus ergeben sich vor allem Probleme für die Kapitalbilanz, so daß in einem ersten Schritt nur Angaben zu einer Leistungsbilanz gemacht werden können. Ebenso bleibt die Frage der Bewertung von Transaktionen zwischen der DDR und den sozialistischen bzw. den nicht-sozialistischen Ländern sowie die Zusammenfassung zu einer Gesamtzahl umstritten. Die Ergebnisse sind daher zunächst getrennt für SW und NSW aufbereitet und dann in Mill. Mark der DDR zusammengefaßt worden, wobei 1 Mark der DDR mit 1 M/VGW gleichgesetzt wurde. Eine Umrechnung in DM scheitert bisher an konzeptionellen Fragen.

Die Berechnungen sind modellhaft für das Jahr 1989 durchgeführt worden, um eine Diskussionsgrundlage für die Frage zu schaffen, welchen Aussagewert eine solche Rechnung haben kann, um methodische Probleme einer Lösung zuzuführen sowie die Verfügbarkeit der notwendigen Detailinformationen zu prüfen und gegebenenfalls sicherzustellen. Sie haben damit in verschiedener Hinsicht einen vorläufigen Charakter.

2 Darstellung der Datenbasis und ihrer Bewertung

2.1 Quellen

Die verwendeten Daten stammen im wesentlichen aus folgenden Quellen der DDR:

- Außenhandel

Amtliche Außenhandelsstatistik in der letzten Nachweisung durch das Statistische Bundesamt, Zahlen über den Gesamthandel für SW- und NSW-Länder vor Neuberechnung von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS).

2) VM = Valutamark.

3) VGW = Valutagegenwert.

4) Im ersten Halbjahr 1990 wurde von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) ein Versuch unternommen, vergleichbare Daten auf der Basis Mill. M/VGW zu berechnen. Sie wurden rückwirkend bis 1985 ermittelt und veröffentlicht.

- **Dienstleistungen, Übertragungen**
Angaben des Ministeriums für Verkehr (MfV),
Angaben des Ministeriums für Außenhandel (MAH),
Angaben des Ministeriums der Finanzen (MdF),
Angaben aus der Außenhandelsstatistik.
- **Kapitalverkehr**
Material der Plankommission über die Bargeldbilanz sowie den Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten.

Daneben haben wir Angaben über die Forderungen und Verbindlichkeiten bei ausländischen Banken aus der BIZ-Statistik verwendet sowie die innerdeutsche Zahlungsbilanz der Deutschen Bundesbank.

Das Datenmaterial liegt, wie bereits erwähnt, in einer Aufgliederung nach den Wirtschaftsböcken SW und NSW vor. Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die in den Angaben für den NSW-Bereich enthalten waren, sind gesondert dargestellt. Ansonsten werden einzelne Länder nur für den SW-Bereich nachgewiesen.

2.2 Außenhandel

Die SZS hat den Außenhandel aufgrund der Meldungen der Außenhandelsbetriebe zusammengestellt. Darin waren auch die Transaktionen des KoKo-Bereichs eingeschlossen. Die Meinungen gehen dahin, daß der Außenhandel im großen und ganzen vollständig erfaßt worden sein dürfte.

Allerdings entsprach er in einer Reihe von Details nicht den bei uns üblichen Abgrenzungen: Vor allem enthielt er bestimmte Dienstleistungen, wie z.B. Lizenzen oder Bauleistungen. Lohnveredelung wurde netto erfaßt, Einfuhr und Ausfuhr mit dem fob-Wert angesetzt. Die regionale Zuordnung stimmt weder mit unserer Darstellung nach Ländergruppen noch mit derjenigen der Bargeldbilanz der DDR überein. Am schwierigsten waren jedoch Probleme der Bewertung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung.

Das Statistische Amt der DDR nahm bereits im zweiten Halbjahr 1990 eine Rückrechnung der Außenhandelszahlen nach westlichem Konzept für die Jahre 1985 bis 1989 und das erste Halbjahr 1990 vor. Ausgangspunkt waren dabei die sog. Totalberichte des MAH, die neu ausgewertet wurden. Die oben genannten Differenzen wurden dabei - soweit das Ausgangsmaterial dies zuließ - beseitigt.

Für unsere Berechnungen haben wir diese Zahlen als Ausgangspunkt gewählt, weil sie am ehesten unserer zahlungsbilanzstatistischen Definition entsprechen. Da die Außenhandelszahlen in dieser Abgrenzung nur in DM umgerechnet vorliegen, haben wir sie zunächst wieder zurückgerechnet, und zwar in Mill. M/VGW für den Außenhandel mit SW-Ländern bzw. in VM für den Außenhandel mit NSW-Ländern. Die Rückrechnung erfolgte mit den gleichen Kursen wie zuvor die Umsetzung in DM durch das Statistische Bundesamt.

Für alle Exporte und Importe auf der Basis transferabler Rubel galt seit 1981 ein Kurs von $1 \text{ transferabler Rubel} = 4,67 \text{ M/VGW}$. Nach dem Eintritt in die Währungsunion am 1.7.1990 wurde ein Kurs von $1 \text{ transferabler Rubel} = 2,34 \text{ DM}$ festgelegt. Dieses Verhältnis zur DM wurde vom Statistischen Bundesamt auch für den Rückrechnungszeitraum ab 1985 angesetzt. Wir haben diese Relation daher dazu verwendet, die Ergebnisse wieder in Mill. M/VGW zurückzurechnen.⁵⁾

Für die Exporte und Importe auf der Basis frei konvertierbarer Währungen wurde eine Rechnung in Valutamark vorgenommen, wobei die VM einer DM gleichgesetzt wurde. Als Umrechnungskurs war für 1989 $1 \text{ VM} = 4,40 \text{ M/VGW}$ angesetzt worden. Die Umrechnungskurse wurden jährlich aufgrund von Aufwands- und Ertragsrelationen festgesetzt und lagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Betriebe zugrunde. Diese Relationen haben uns zur Rückrechnung des Außenhandels mit NSW-Ländern von DM in VM und M/VGW gedient.

Darüber hinaus haben wir weitere Korrekturen am Außenhandel vorgenommen, die über die "Ergänzungen zum Warenverkehr" zu- bzw. abgesetzt wurden, einer Position, die auch in der westdeutschen Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland dazu dient, den Übergang von den publizierten Außenhandelszahlen des Statistischen Bundesamtes zu denen der Handelsbilanz in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik vorzunehmen.

Im wesentlichen handelt es sich um Korrekturen für sogenannte Dreiecksgeschäfte, bei denen Waren im Auftrag eines Ausländers aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR geliefert wurden. Hier galt es, Doppelerfassungen zu vermeiden. Der Umfang der Dreiecksgeschäfte nahm in den letzten Jahren vor der Wende deutlich zu und betrug 1989 fast 1 Mrd. DM. Es dürfte sich dabei überwiegend um Einfuhren an Maschinen und Ausrüstungen gehandelt haben.

2.3 Dienstleistungen und Übertragungen

Für die Dienstleistungen stehen vor allem Angaben der Bargeldbilanz der DDR zur Verfügung, die zurückgehen auf Informationen der Ministerien für Finanzen (z.B. Versicherungen, Dienstreisen), für Außenhandel (z.B. Messekosten, Werbekosten, Handelsvertretung, generell: Absatzorganisation) und für Verkehr (z.B. Frachten, Personenbeförderung, Hafenkosten). Diese Angaben liegen in der Aufgliederung nach VM für die NSW-Länder und M/VGW für die SW-Länder vor. Zunächst einmal bestand das Hauptproblem darin, eine Vielzahl von verfügbaren Details mit Hilfe eines Umsteigeschlüssels in die westliche Terminologie umzusetzen und dabei darauf zu achten, daß Zahlungen innerhalb der DDR unberücksichtigt blieben. Darüber hinaus sind die aus dem Außenhandel eliminierten Dienstleistungsbestandteile wie Bauleistungen und Lizenzen zusätzlich erfaßt worden.

5) Lediglich für Jugoslawien (in der Abgrenzung vor dem 1.1.1992), China und Mosambik sind abweichende Kurse verwendet worden. Die Clearingwährungen wurden mit 0,294 DM umgerechnet.

Ein spezifisches Problem stellte die Ermittlung der Zinseinnahmen und -ausgaben dar. Die über die Bargeldbilanz der DDR "abgerechneten" Werte konnten nicht unverändert in die Leistungsbilanz übernommen werden. Sie waren in hohem Maße abhängig von internen Verrechnungen, überhöht angesetzten Plan- und Ist-Zinssätzen und - nach unserer bisherigen Erkenntnis - falschen Bestandszahlen, da die Forderungen und Verbindlichkeiten des Schalck-Komplexes gegenüber dem Ausland nicht oder nicht direkt in die Rechnung eingegangen sind, und umgekehrt interne Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Schalck-Komplex einbezogen wurden. Wir haben den Versuch unternommen, die existierenden Bestandsangaben denjenigen der BIZ-Statistik gegenüberzustellen und daraus selbst eine Verschuldungsgröße zu ermitteln. Bei dem Ansatz marktgerechter Zinssätze auf die so ermittelten Forderungen und Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich höhere Zinseinnahmen und geringere Zinsausgaben errechnet und damit eine Reduktion der Nettoausgaben.

Bei den Übertragungen handelt es sich überwiegend um Beiträge zur UNO. Daneben spielen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern eine untergeordnete Rolle.

Bei Dienstleistungen und Übertragungen stellte sich das Problem der Umrechnung der Ausgangsdaten noch einmal neu. Im Gegensatz zum Warenverkehr war für die Dienstleistungen grundsätzlich kein Richtungskoeffizient verwendet worden. Ausnahmen gab es allenfalls für einige über das Ministerium für Verkehr abgerechnete Transportleistungen.

Wir haben uns dennoch entschlossen, die Umrechnung von VM in M/VGW mit 4,40 vorzunehmen. Eine Annahme war notwendig, weil die Addierbarkeit mit dem Warenverkehr hergestellt werden mußte. Man kann dahingehend argumentieren, daß im Durchschnitt 4,40 M erwirtschaftet werden mußten, um 1 VM für Dienstleistungen ausgeben zu können. Entsprechendes gilt für die Übertragungen.

2.4 Kapitalverkehr

Eine vollständige Zahlungsbilanz müßte auch eine Kapitalbilanz umfassen. Bei der Aufstellung einer Kapitalbilanz stößt man jedoch sehr bald auf grundsätzliche Schwierigkeiten, und zwar im Hinblick auf die Funktion Alexander Schalck-Golodkowskis. Er wurde in der DDR als Devisenausländer behandelt. Das führte dazu, daß es neben dem SW- und dem NSW-Bereich (mit vereinzelt Beziehungen zueinander) noch einen dritten Wirtschaftsbereich - KoKo - gab, der zwischen dem westlichen Ausland und der DDR als Mittler agierte. Aus diesem Grunde beinhalten Kreditaufnahmen und -tilgungen sowie Zinszahlungen in den Bargeldbilanzen häufig nicht die zwischen der DDR und dem Ausland geflossenen Ströme, sondern die Abrechnungen mit KoKo. Sie stellen also aus unserer Sicht interne Vorgänge der DDR dar; Informationen über die eigentlich interessierenden Zahlungsströme mit dem Ausland existieren dagegen nicht. Schalck-Golodkowski hat 1989 seinen Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland offengelegt. Weitere Faktoren wurden nach seinem Wechsel in den Westen bekannt. Eine Entwicklung der Veränderungen über die Jahre gibt es dazu nicht.

Diese komplizierten Vorgänge, zu deren Durchleuchtung ein Teil des Materials fehlt, machen es äußerst schwierig, zur Zeit eine Kapitalbilanz aufzustellen.

2.5 Transaktionen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Die Bundesrepublik Deutschland galt für die DDR als Ausland. Sie wurde daher unter den NSW-Ländern erfaßt, jedoch separat aufbereitet. In der Bundesrepublik Deutschland galt die DDR im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik nicht als Ausland, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wurde sie dagegen im Konto "Übrige Welt" erfaßt. Die Deutsche Bundesbank hat allerdings seit 1975 eine sog. innerdeutsche Zahlungsbilanz⁶⁾ aufgestellt. In Abstimmung mit den zuständigen Ministerien wurden hier neben den im Rahmen des Berliner Abkommens abgewickelten Lieferungen und Bezügen im Verrechnungsverkehr⁷⁾ auch alle in freier DM geleisteten und empfangenen Zahlungen zusammengestellt. Die Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht, gingen jedoch in die VGR ein.

Da die DDR in ihren Bilanzen überwiegend nur die in Verrechnungseinheiten abgewickelten Transaktionen erfaßt hat, haben wir statt dessen die umfassenderen Angaben unserer innerdeutschen Bilanz verwendet.

3 Erste Ergebnisse für die Leistungsbilanz 1989

Die Tabelle auf Seite gibt einen Überblick über die Leistungsbilanz der DDR für das Jahr 1989 in sachlicher Gliederung; regional ist dabei unterschieden nach den beiden Wirtschaftsräumen SW und NSW, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland sind gesondert dargestellt. Die Bilanz schließt mit einem Gesamtdefizit von 6,9 Mrd. Mark der DDR. Das Ergebnis ist jedoch für die drei Regionen recht unterschiedlich. Während die DDR im Austausch mit den sozialistischen Partnerländern mit einem Überschuß von 3,4 Mrd. Mark der DDR ein relativ ausgeglichenes Resultat erzielt hat, hat der Austausch mit den nicht-sozialistischen Ländern zu einem erheblichen Defizit von 15,9 Mrd. Mark der DDR geführt. Das Gesamtergebnis ist durch den Überschuß von 5,6 Mrd. Mark der DDR im innerdeutschen Wirtschaftsverkehr wesentlich verbessert worden.

6) Diese Bilanz ist zum ersten und letzten Mal in aggregierter Form im Januar 1990 veröffentlicht worden in: Deutsche Bundesbank (Hrsg., 1990): Die Bilanz der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 42. Jg., Nr. 1, S. 13-21, Frankfurt am Main.

7) Zahlungseinheit war dabei eine Verrechnungseinheit (VE), die einer DM entsprach. Die Verrechnungskonten wurden zentral bei der Deutschen Bundesbank bzw. der Staatsbank der DDR geführt.

Leistungsbilanz der ehemaligen DDR gegenüber dem Ausland 1989
in Mill. Mark der DDR*)

Position	SW	NSW	Gesamt	Bundesrepublik Deutschland	Insgesamt
A. Warenhandel 1)					
Ausfuhr einschl. Ergänzungen	64 980	43 596	108 576	29 559	138 135
Einfuhr einschl. Ergänzungen	61 645	48 801	110 446	32 336	142 782
Saldo	+ 3 335	- 5 205	- 1 870	- 2 777	- 4 647
B. Dienstleistungen					
Einnahmen	6 342	15 229	21 571	12 716	34 287
Ausgaben	5 808	25 598	31 406	18 647	50 053
Saldo	+ 534	- 10 369	- 9 835	- 5 931	- 15 766
- Transportleistungen					
Einnahmen	1 088	6 327	7 415	744	8 159
Ausgaben	2 506	5 060	7 566	3 080	10 646
Saldo	- 1 418	+ 1 267	- 151	- 2 336	- 2 487
- Reiseverkehr					
Einnahmen	1 302	620	1 922	6 142	8 064
Ausgaben	2 044	793	2 837	11 915	14 752
Saldo	- 742	- 173	- 915	- 5 773	- 6 688
- Versicherungen					
Einnahmen	15	189	204	-	204
Ausgaben	13	158	171	-	171
Saldo	+ 2	+ 31	+ 33	-	+ 33
- Sowjetische Streitkräfte					
Einnahmen	2 369	-	2 369	-	2 369
Ausgaben	-	-	-	-	-
Saldo	+ 2 369	-	+ 2 369	-	+ 2 369

- Kapitalerträge 1)2)	Einnahmen	287	5 091	5 378	4	5 382
	Ausgaben	93	16 632	16 725	695	17 420
	Saldo	+ 194	- 11 541	- 11 347	691	- 12 038
- Lizenzen/Patente	Einnahmen	359	119	478	84	562
	Ausgaben	98	84	182	119	301
	Saldo	+ 261	+ 35	+ 296	35	+ 261
- Bauleistungen	Einnahmen	36	656	692	-	692
	Ausgaben	491	568	1 059	-	1 059
	Saldo	- 455	+ 88	- 367	-	- 367
- Übrige Dienstleistungen	Einnahmen	886	2 226	3 112	5 742	8 854
	Ausgaben	563	2 305	2 868	2 838	5 706
	Saldo	+ 323	- 79	+ 244	+ 2 904	+ 3 148
C. Übertragungen	Einnahmen	4	36	40	14 964	15 004
	Ausgaben	441	367	808	638	1 446
	Saldo	- 437	- 331	- 768	+ 14 326	+ 13 558
Saldo der Leistungsbilanz 1)	+ 3 432	- 15 905	- 12 473	+ 5 618	- 6 855

*) Vorläufiges Ergebnis - Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Geändert gegenüber dem Vortrag in Berlin.

2) Die Kapitalerträge sind auf der Grundlage des zur Zeit bekannten Standes der Forderungen und Verbindlichkeiten geschätzt.

Betrachtet man die Zahlen im einzelnen, so zeigt sich folgendes Bild: Der Überschuß gegenüber den SW-Ländern wird im wesentlichen durch einen Überschuß von 3,3 Mrd. Mark der DDR im Warenhandel bestimmt, während sich das positive Ergebnis bei den Dienstleistungen und das negative bei den Übertragungen weitgehend ausgleichen. Innerhalb der Dienstleistungen spielen die Transportleistungen eine gewisse Rolle. Die hohen Ausgaben haben ihre Ursache vor allem darin, daß die importierten Rohstoffe sehr transportaufwendig waren, während das bei den Exporten an Maschinen, Ausrüstungen und Konsumgütern nicht in gleichem Maße der Fall war. Auch bei den Bezügen von Erdöl und Erdgas aus der Sowjetunion entstanden relativ hohe Transportkosten. Einen weiteren größeren Posten innerhalb der Dienstleistungsbilanz stellt der Reiseverkehr dar. Bei den Ausgaben handelt es sich ganz überwiegend um den privaten Reiseverkehr. Daß das Defizit nicht höher ausfiel, lag darin begründet, daß eine gewisse Kontingentierung bei den Reisezahlungsmitteln stattfand. Einen mit 2,4 Mrd. Mark der DDR relativ hohen Einnahmenposten bilden die Zahlungen der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. In Analogie zu der Erfassung entsprechender Zahlungen alliierter Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Betrag voll den Dienstleistungen zugerechnet worden, obwohl es sich dabei zu einem nicht unerheblichen Teil um Warenkäufe handelt. Zinszahlungen sind dagegen im SW-Bereich verhältnismäßig schwach ausgeprägt. Häufig wurden Kredite an Entwicklungsländer fast zinsfrei ausgelegt. Und ganz generell kann man davon ausgehen, daß Zinsen als ein Instrument des Kapitalismus angesehen wurden und damit aus prinzipiellen Gründen so niedrig wie möglich gehalten werden sollten.

Dem insgesamt positiven Ergebnis für den Leistungsaustausch mit den SW-Ländern steht das beachtliche Defizit im Verkehr mit den NSW-Ländern gegenüber. Im Warenverkehr mußte die DDR für 5,2 Mrd. Mark der DDR mehr Waren einführen als sie selbst exportierte. Die am ursprünglichen Material vorgenommenen Korrekturen (vor allem Absetzung der Dreiecksgeschäfte) haben dabei per saldo zu einer Reduktion des Defizits geführt. Die Importe aus nicht-sozialistischen Ländern waren notwendig, um die DDR mit dringend erforderlichen Anlagen, aber auch speziellen Roh- und Werkstoffen aus dem Westen auszustatten. Ein von Schalck-Golodkowski betreuter Bereich war dabei die Mikroelektronik. Doch der Haupteinflußfaktor für die Höhe des Defizits sind die Dienstleistungen und hier speziell die Netto-Zinsausgaben. Wie weiter oben geschildert, haben wir versucht, die Zinsberechnung auf eine realistischere Basis zu stellen, und dabei das Ergebnis nach unten korrigiert. Dennoch bleiben die Ausgaben beachtlich in der Zusammenschau mit den übrigen Angaben über den Leistungsverkehr. Daneben ist es schon fast unerheblich, daß die DDR bei den Transportleistungen im Gegensatz zum SW-Bereich einen Überschuß erzielt hat und bei den sonstigen Dienstleistungsarten ein fast ausgeglichenes Ergebnis aufweist. Hinter den vom Umfang her sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben nicht unwesentlichen übrigen Dienstleistungen verbergen sich vor allem Kosten der Absatzorganisation.

Das Gesamtdefizit reduziert sich, wenn man den innerdeutschen Wirtschaftsverkehr in die Betrachtung einbezieht. Neben der UdSSR war die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Handelspartner der DDR, auch wenn sich aus westdeutscher Sicht der innerdeutsche Warenverkehr nicht mit der gleichen Dynamik entwickelt hat wie der übrige Außenhandel. Grundsätzlich waren die Transaktionen im Verrechnungsverkehr zwischen den

beiden deutschen Staaten über die Jahre hinweg ausgeglichen. In freier DM flossen der DDR jedoch Jahr für Jahr netto rund 2 Mrd. DM zu, die sie nach Bedarf verwenden konnte, z.B. um dringend benötigte Waren aus westlichen Ländern zu importieren oder auch Schulden zu tilgen. Die Höhe der Überschüsse ging in den letzten Jahren bis auf 1,2 Mrd. DM zurück, da den Einnahmen vermehrte Ausgaben für die bereits erwähnten Dreiecksgeschäfte gegenüberstanden. Rechnet man diesen Zufluß im Leistungsverkehr in die Leistungsbilanz ein, so vermindert sich das Gesamtdefizit auf 6,9 Mrd. Mark der DDR.

Was bedeutet dieses Ergebnis? Grundsätzlich ist es natürlich problematisch, das Resultat eines einzelnen Jahres ohne Vergleichsmöglichkeit interpretieren zu wollen. Doch fast unabhängig von den Fragen, wie die Umrechnung von VM bzw. DM in M/VGW zu beurteilen ist und ob man eine Zusammenfassung der Angaben für die verschiedenen Wirtschaftsblöcke wirklich vornehmen kann, lassen die Zahlen bestimmte Rückschlüsse zu. Die DDR war im "Ostblock" ein Land mit einem relativ hohen technischen Standard. Sie erzielte daher im Außenhandel mit den SW-Ländern Überschüsse, vor allem im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Dem stand jedoch der dringende Bedarf an westlichen Investitionsgütern gegenüber. Das Hauptproblem der DDR bestand darin, nicht nur kurzfristig ein Defizit im Westhandel aufzuweisen, sondern offenkundig über die Jahre hinweg eine so hohe Verschuldung im Westen aufgebaut zu haben, daß allein die Netto-Zinsausgaben für 1989 doppelt so hoch waren wie das Defizit im Warenhandel. Auch wenn man davon ausgeht (- und dies ist ein genereller Vorbehalt -), daß die Kapitalertragsbilanz noch einen nicht ganz absehbaren Korrekturbedarf aufweist, ändert dies allenfalls die Relation, jedoch wohl kaum die Grundaussage. Der im "Osten" erwirtschaftete Überschuß nahm sich dagegen bescheiden aus. Wie lange eine solche Struktur der Zahlungsbilanz bereits bestand, können wir noch nicht belegen. Daß 1989 keine grundlegende Änderung absehbar war, ist dagegen gewiß.

4 Geplante Arbeiten

Es ist vorgesehen, zunächst die Leistungsbilanzen für die Jahre ab 1985 aufzustellen, dann jedoch auch bis zum Beginn der achtziger Jahre zurückzugehen. Dieser Zeithorizont hat vor allem etwas damit zu tun, daß es möglich scheint, auch eine Kapitalbilanz vom Anfang der achtziger Jahre an aufzurollen, da die besonderen Geschäfte von KöKo etwa um diese Zeit an Bedeutung zu gewinnen begannen. Die Rechnungen sollen weiterhin getrennt für SW, NSW und Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden. Für eine Zusammenfassung in Mark der DDR muß geprüft werden, inwieweit die bekannten Umrechnungsfaktoren die realen Verhältnisse in der DDR widerspiegeln. Eine Umrechnung in DM wird dagegen zunächst zurückgestellt. Das gesamte Projekt ist nach unserer Überzeugung jedoch insoweit von Interesse, als damit zumindest gewisse Anhaltspunkte für die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Lage der DDR gewonnen werden können.

Erfahrungen beim Versuch der Rückrechnung einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die ehemalige DDR

Schon bald nach der raschen Einigung der beiden deutschen Staaten eine "Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion" ab 1. Juli 1990 zu bilden, stellte sich für den Konjunkturforscher die Frage wie die Auswirkungen dieses Beschlusses quantitativ meßbar gemacht werden könnten. Dabei lag die einzige Lösung darin, eine Methode zu finden, die das vollständig andere Wirtschaftssystem der ehemaligen DDR mit dem des früheren Bundesgebietes wenigstens für das Jahr 1989 und das erste Halbjahr 1990 vergleichbar macht. Nach den langjährigen Erfahrungen im DIW war klar, daß nur das geschlossene System der VGR - und zwar nach Entstehung, Verteilung und Verwendung bzw. das zugehörige Kontensystem - den Anforderungen genügen würde. Deshalb wurde bereits im Mai 1990 mit der Rückrechnung einer VGR für die ehemalige DDR begonnen.

Eine große Hilfe war, daß das Statistische Amt der DDR schon bald zusammen mit dem Statistischen Bundesamt¹⁾ den ersten Versuch machte und die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts nach dem im früheren Bundesgebiet geltenden SNA-Konzept²⁾ - allerdings zu Preisen der DDR und in Mark der DDR - veröffentlichte. Zunächst hat das DIW versucht diese Daten nachzuvollziehen und durch das entsprechende Kontensystem zu ergänzen. Dabei stellte sich heraus, daß der ausgewiesene Betrag für das Bruttoinlandsprodukt von rund 353 Mrd. Mark der DDR noch Doppelzählungen, d.h. Vorleistungen, in nennenswerter Größenordnung enthielt, was bei den DIW-Berechnungen dann berücksichtigt wurde. Inzwischen hat das Statistische Bundesamt selbst diese Doppelzählungen korrigiert und ist nun auf einen Betrag von 336 Mrd. Mark der DDR gekommen.³⁾

Von vornherein war klar, daß kein Anspruch auf absolute Genauigkeit der DIW-Berechnungen erhoben werden könnte, da die Umbewertung der DDR-Daten von Mark der DDR auf DM wegen der mangelnden Vergleichbarkeit nur modellmäßig durchzuführen ist. So ist z.B. das Problem der unterschiedlichen Sortimente nicht zufriedenstellend zu lösen. In der ehemaligen DDR wurden zum Teil Produkte erzeugt, die in der Bundesrepublik Deutschland kaum noch hergestellt wurden, dagegen fehlten viele neue hochwertige westliche Erzeugnisse. Die Produktion konnte unter den damaligen Verhältnissen nur deshalb abgesetzt werden, weil im Inland Alternativen fehlten und für den Auslandsabsatz häufig Exportsubventionen geleistet wurden. Da der Konjunkturforscher und -prognostiker aber

*) Karin Müller-Krumholz, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

1) Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1990): Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 12 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik.

2) SNA: System of National Accounts.

3) Vgl. Tischvorlage zur wissenschaftlichen Tagung "Anforderungen und Möglichkeiten der Rückrechnung statistischer Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR".

mehr sein Augenmerk auf die Entwicklung von Reihen richtet, genügte zunächst eine Modellrechnung, die die Wirklichkeit so gut wie möglich widerspiegelt.

Im Prinzip ist das DIW bei seinen Berechnungen von der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts ausgegangen. Als Ausgangsbasis für die Umrechnung der vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Zeitreihen wurden die Ergebnisse der Produktivitätsuntersuchung verwendet, die das DIW im Rahmen der Materialien zur Lage der Nation⁴⁾ ermittelt hatte. In den Vergleich sind damals (1983) nur die produzierenden Bereiche - Industrie, Bau, Landwirtschaft, Verkehr, Handel - einbezogen worden. Für die einzelnen Produkte und Zweige wurde die Leistung je Beschäftigten ermittelt und mit Preisen der Bundesrepublik Deutschland in DM bewertet. Der Vergleich basiert im wesentlichen auf Mengenangaben; für die Industrie wurde die Produktivität zum Teil auf der Basis geschätzter Preisrelationen ermittelt. Durch Zusammenfügen der Einzelwerte nach der Beschäftigtenstruktur der ehemaligen DDR konnte so ein Gesamtergebnis für die Leistung der produzierenden Bereiche errechnet werden. Da diese Untersuchung nur für 1983 vorlag, wurden mit Hilfe anderer Quellen (z.B. Entwicklung der Produktivität in der VGR) Anpassungskorrekturen für 1989 vorgenommen. Für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft stellte sich dabei heraus, daß hier das Produktivitätsniveau schon 1983 überbewertet worden war. Zusammen mit einer vom DIW geschätzten Umrechnung für den Dienstleistungssektor - dabei wurden soweit wie möglich DDR-Angaben zugrundegelegt - ergab sich für 1989 ein Bruttoinlandsprodukt der ehemaligen DDR, bereinigt um die Verzerrungen des Preis- und Abgabensystems der DDR, von rund 285 Mrd. DM, das entspricht etwa 84 vH des Sozialprodukts in Mark der DDR (vgl. Tabelle 1, S. 96).

Dieses im Sommer 1990 erstmals vom DIW veröffentlichte⁵⁾ Ergebnis hat - auch in der zweiten Phase, d.h. nach Einarbeitung und Verwendung aller seitdem vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten VGR-Daten - noch Bestand, ist aber trotzdem nur mehr oder weniger als Größenordnung anzusehen.

Laufend berechnet das DIW - um die vorhandenen statistischen Zeitreihen optimal einzusetzen - das Bruttosozialprodukt real über die Entstehungsseite und nominal dann über die Verwendungsseite. Dabei wird - zumindest jährlich - eine Kontrollrechnung über Bruttoproduktion, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung durchgeführt (vgl. Tabelle 2, S. 97 f.). Bei den Berechnungen wurde von Anfang an darauf geachtet, daß die VGR-Daten soweit wie möglich über laufende statistische Angaben nachvollziehbar waren, um eine vierteljährliche Berechnung und damit die kurzfristige Beobachtung zu ermöglichen.

Für die Verwendungs- und Verteilungsrechnung wurden im Prinzip alle für 1988 veröffentlichten DDR-Daten zur VGR in großen Zügen so aufbereitet, daß die Ausgaben- und Transferströme mit dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden System vergleichbar wurden.

4) Bundesdrucksache 11/11 (1987), S. 478 ff.

5) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg., 1990): Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91, Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/90.

**Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW für die ehemalige DDR
Umbewertung der Entstehungsrechnung der VGR der ehemaligen DDR für 1989 von Mark der DDR in DM**

Gegenstand der Nachweisung	Ehe- malige DDR nach SNA 1)	Er- werbe- tätige 2)	Produktivität (nominal)						DM-Faktor		Ehe- malige DDR- Produkt- tivität 1989	Ehemalige DDR nach SNA		
	Mrd. Mark der DDR		ehemalige DDR		BRD		ehemalige DDR/BRD		Mate- riallen ange- passt 3)	Mate- riallen ange- passt	DM	Mrd. DM		
			1983	1989	1983	1989	1983/ 1989/ 1983							
		in vH												
			1 000 Per- sonen	Mark der DDR		DM								
Land- und Forstwirtschaft	31,7	983	20,71	32,25	25,96	37,48	80	86	(8)	41	20	7,50	7,36	6,88
Produzierendes Gewerbe	203,0	4 397	37,02	46,17	62,69	79,46	59	58	-2	53	52	41,15	180,92	169,20
Handel und Verkehr	42,7	1 652	19,84	25,85	49,32	60,28	40	43	7	45	48	28,92	47,77	44,67
Dienstleistungsunternehmen, Staat	66,5	2 828	18,65	23,51	72,61	88,47	26	27	3	22	23	19,96	56,43	52,78
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	343,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	292,48	273,53
- Unterstellte Entgelte für Bank- dienstleistungen	10,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	8,59	8,59
Bruttowertschöpfung (bereinigt) ..	333,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	264,94
+ Nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben	2,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	18,95
Bruttoinlandsprodukt	335,9	9 860	27,04	34,07	61,90	77,75	44	44	0	x	x	x	283,89	283,89

1) Quelle: Statistisches Bundesamt; Tischvorlage zur Wissenschaftlichen Tagung am 25. und 26. Mai 1992.

2) Statistisches Bundesamt.

3) Vgl. Materialien zur Lage der Nation 1983.

4) Einschl. nichtabziehbarer Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.

5) Ohne nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.

Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW für die ehemalige DDR
Bruttoproduktion, Vorleistungen, Bruttowertschöpfung

Jahr	Zu jeweiligen Preisen			Preisindizes			Zu Preisen von 1991		
	Brutto- produktion	Vorlei- stungen	Bruttowert- schöpfung	Brutto- produktion	Vorlei- stungen	Bruttowert- schöpfung	Brutto- produktion	Vorlei- stungen 1)	Bruttowert- schöpfung
	Mrd. DM			1991 = 100			Mrd. DM		
1989	10,86	3,97	6,88	116	89	141	9,33	4,44	4,89
1990	9,85	3,85	6,00	116	95	135	8,47	4,03	4,44
1991	6,37	3,03	3,34	100	100	100	6,37	3,03	3,34
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei									
1989	414,19	244,99	169,20	107	102	115	387,08	239,99	147,09
1990	316,42	197,06	119,36	103	104	103	306,39	189,96	116,43
1991	177,74	110,20	67,54	100	100	100	177,74	110,20	67,54
Produzierendes Gewerbe									
1989	347,54	302,87	44,67	95	103	63	365,08	294,62	70,46
1990	264,66	223,59	41,07	97	101	78	273,83	220,98	52,85
1991	171,50	138,40	33,10	100	100	100	171,50	138,40	33,10
Handel und Verkehr									
1989	109,17	56,40	52,78	61	69	55	178,25	81,64	96,61
1990	140,50	75,06	65,44	73	85	63	192,93	88,36	104,57
1991	173,08	79,27	93,81	100	100	100	173,08	79,27	93,81
Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck									
1989	881,77	608,24	273,53	94	98	86	939,74	620,69	319,05
1990	731,42	499,55	231,87	94	99	83	781,64	503,35	278,29
1991	528,69	330,90	197,79	100	100	100	528,69	330,90	197,79
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)									

noch: Tabelle 2

1989	x	x	8,59	- Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	x	x	20,65
1990	x	x	14,75		x	x	21,60
1991	x	x	24,40		x	x	24,40
				= Bruttowerterschöpfung (bereinigt)			
1989	x	x	264,94		x	x	298,40
1990	x	x	217,12		x	x	256,69
1991	x	x	173,39		x	x	173,39
				+ Nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben			
1989	x	x	18,95		x	x	26,22
1990	x	x	16,35		x	x	20,28
1991	x	x	9,63		x	x	9,63
				= Bruttowerterschöpfung			
1989	x	x	283,89		x	x	324,62
1990	x	x	233,47		x	x	276,97
1991	x	x	183,02		x	x	183,02

1) Vorleistungsquoten des früheren Bundesgebietes unterstellt.

Quelle: Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden
und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin

Größere Schwierigkeiten ergaben sich in der richtigen Abgrenzung zwischen den Sektoren Staat, private Haushalte und Unternehmen. So zählten z.B. Parteien und Gewerkschaften bisher zum Staat und mußten nun dem Sektor "Private Haushalte" zugerechnet werden. Die Angaben über Einkommen und Ausgaben der Arbeitnehmer, der Transferempfänger und - soweit ausgewiesen - der Selbständigen und Unternehmen wurden aus der VGR der ehemaligen DDR übernommen und nach dem SNA-Konzept entsprechenden Strömen zugerechnet (vgl. die folgende Tabelle 3).

**Tabelle 3: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
der ehemaligen DDR *)**
Bilanz der Einkommen der Bevölkerung in Mrd. Mark der DDR

Gegenstand der Nachweisung	Bilanz 16	Bilanz 17	Bilanz 16 + 17
Arbeitnehmereinkommen	x	x	173
Arbeiter und Angestellte	115	x	x
Sonstige Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse ..	3	x	x
Naturaleinnahmen (80 vH der Gesamteumme)	x	1	x
Unentgeltliche Einkommen (80 vH der Gesamteumme) ..	x	54	x
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen 1)			
Übrige Einkommen aus Berufstätigkeit	20	x	33
Naturaleinnahmen (10 vH der Gesamteumme)		0	x
Sonstige Geldeinnahmen	6	x	x
Unentgeltliche Einkommen (80 vH der Gesamteumme) ..	x	7	x
Transfers	x	x	44
Staat, Unternehmen, Ausland	37	x	x
Naturaleinnahmen (10 vH der Gesamteumme)	x	0	x
Unentgeltliche Einkommen (10 vH der Gesamteumme) ..	x	7	x
Geldeinnahmen insgesamt	181	x	x
Unentgeltliche und Naturaleinkommen	x	69	x
Realeinkommen insgesamt	x	x	250
abzgl. Steuern und Beiträge	26	x	x
Verfügbares Realeinkommen	x	224	x

*) Aufschlüsselung der Daten der ehemaligen DDR-Daten nach dem SNA-Konzept durch das DIW für 1988.

1) Abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden (1988: 3 Mrd. Mark der DDR).

Bei der Verbuchung der Ströme zwischen Staat und Privaten wurde nicht angenommen, daß der Staat - wie bisher - durch Abgaben erst alle Mittel einzieht und dann wieder verteilt, sondern es wurde unterstellt, daß Unternehmen und private Haushalte mit den Abgaben belastet worden sind, die sie bei bundesdeutschen Bedingungen hätten leisten müssen. So wurde u.a. die Basis für ein Sozialversicherungssystem entsprechend den Bedingungen der Bundesrepublik simuliert (vgl. Tabelle 4, S. 101).

Die Umbewertungsprobleme spielten bei den Bruttolöhnen und -gehältern eine untergeordnete Rolle, da hier die Übernahme am 1. Juli 1990 1 : 1 erfolgte. Durch die Zuordnung von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung wurde die Größe "Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" gemäß westlicher Konzeption berechnet. Dies und die Kürzung der Subventionen - die Subventionspolitik des Staates hatte entscheidend zu den "künstlichen" Preisstrukturen der DDR beigetragen - auf das der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Niveau führte zu einer "richtigen" Größenordnung der Unternehmensgewinne.

Die Höhe der Aggregate der Verwendungsrechnung in Mrd. DM wurde teilweise erst durch Plausibilitätsrechnungen im Kontensystem ermittelt, da hier für die Umbewertung so gut wie keine weiteren als die oben genannten Anhaltspunkte zur Verfügung standen.

Schon bald stellte sich heraus, daß mit Hilfe dieser vom DIW entwickelten empirisch gestützten Modellrechnung die von vielen Seiten kommenden unterschiedlichen Vorstellungen und statistischen Angaben - die sich ja zum Teil widersprachen - einigermaßen auf Konsistenz überprüft werden konnten und damit eine geeignete Basis für Fortschreibungen waren.

Wie die inzwischen vom Statistischen Bundesamt für das zweite Halbjahr 1990 und 1991 veröffentlichten⁶⁾ ausgewählten VGR-Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR erneut zeigen, ist es nur mit Hilfe des geschlossenen Kreislaufsystems möglich, bestimmte Sachverhalte, Ungereimtheiten und Beziehungen in einer Volkswirtschaft deutlich zu machen. Zudem lassen sich Daten-Lücken (z.B. Gewinne) teilweise nur auf diese Art auffüllen. Da das DIW weitergehende amtliche Statistiken für die Kreislaufrechnung verwendet (Steuern, Sozialversicherung, Daten der Deutschen Bundesbank) stellte sich nämlich bei der Analyse dieser Daten heraus, daß die Berechnungen - zumindest was das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte betrifft - nicht konsistent sind: Die Entnahmen - sie werden üblicherweise als Rest ermittelt - sind in der Variante "Statistisches Bundesamt" 1991 um mindestens 10 Mrd. DM zu hoch (vgl. Tabelle 5, S. 102). Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß wenigstens für die Übergangsjahre 1989/90 eine vollständige Kreislaufrechnung bis hin zur Finanzierungsrechnung der Unternehmen unumgänglich ist.

6) Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1990): Vgl. Fachserie 18, Reihe 3, 4. Vierteljahr 1991, S. 44-45.

Tabelle 4: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW für die ehemaligen DDR *)
Ableitung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für 1989

Gegenstand der Nachweisung	Bruttoeinkommen						Abzüge 2)	Nettoeinkommen			
	Realeinkommen			Einkommen nach SNA-Konzeption				Verfügbares Einkommen			
	in-gesamt 1)	abzüglich: Vorleistungen		Unternehmen	Staat	Mrd. Mark der DDR		Mrd. Mark der DDR = DM	in-gesamt	private Haus-halte 3)	Unternehmen (= nichtentn. Gewinne)
173	12	x			116	53	108	108	x		
33	x	x			33	3	30	23	7		
44	x	7			37	3	34	34	x		
250	x	x			x	x	x	x	x		
x	x	x			x	x	172	x	x		
x	x	x			x	59	x	x	x		
x	x	x			x	x	x	165	x		
x	x	x			x	0	x	x	7		

*) Es wurde das Transfer- und Abgabensystem des früheren Bundesgebietes zugrundegelegt.

1) Siehe auch Tabelle 3, S. 99.

2) Direkte Steuern und Sozialbeiträge nach dem VGR-System des früheren Bundesgebietes. - Vgl. hierzu: "Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des DIW für Ostdeutschland", Tab. B 36, Einnahmen des Staates.

3) Vgl. hierzu die unter 2) genannte Veröffentlichung des DIW, Tab. B 26, Einkommen der privaten Haushalte.

4) Abzgl. Zinsen auf Konsumentenschulden (1989: 3 Mrd. DM).

Quelle: Berechnungen des DIW

**Tabelle 5: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW für die ehemalige DDR
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (Inländerkonzept) in Mrd. DM**

Gegenstand der Nachweisung	1989	1990	1991	
			Variante 1 BLG: StBA	Variante 2 BLG: DIW
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	160,6 1)	167,3	x	184,7
- Sozialbeiträge der Arbeitgeber	24,5	24,5	x	29,2
= Brutto Lohn- und Gehaltssumme	136,1 2)	142,8 2)	144,1 2)	155,5 6)
- Lohnsteuer und Sozialbeiträge	27,7	29,5 3)5)	40,4 3)	40,4 3)
= Netto Lohn- und -gehaltssumme	108,4 1)	113,3	103,7	115,1
+ Transfers (Saldo)	33,6 1)	38,8 3)5)	76,0 3)	76,0 3)
+ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen 7)	23,0 1)	14,8	31,7	20,3
= Verfügbares Einkommen	165,0 1)	166,9	211,4	211,4
Privater Verbrauch	155,7	163,8 2)5)	196,2 2)	196,2 2)
Ersparnis	9,3	3,1 4)5)	15,2 4)	15,2 4)

1) Siehe auch Tabelle 4, S. 101.

2) Statistisches Bundesamt.

3) Finanz- und Sozialstatistik.

4) Finanzierungssaldo: Deutsche Bundesbank.

5) Nur 2. Hj. 1990.

6) Gemäßes Beitragzahlungen für Rentenversicherung.

7) Abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden.

Quelle: Vierteljährlich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
des DIW für Ostdeutschland (Tabellen A 21 und B 2)

Probleme der Umrechnung von Sozialproduktsergebnissen für das Gebiet der ehemaligen DDR vor der Währungsunion in DM

Einleitung

An die amtliche Statistik wird von einigen Benutzern der Wunsch herangetragen, für das Gebiet der ehemaligen DDR vor der Währungsunion Sozialproduktsberechnungen durchzuführen, die mit entsprechenden Ergebnissen für das frühere Bundesgebiet vergleichbar sind und damit auch zu VGR-Daten für "Gesamtdeutschland" zusammengefaßt werden können. Es stellt sich die Frage, ob die amtliche Statistik dieser Aufgabenstellung gerecht werden kann und ob derartige Berechnungen überhaupt zu sinnvollen Ergebnissen führen können.

Berechnungsstufen

Bei der Durchführung von Sozialproduktsrückrechnungen sind zwei Ebenen zu unterscheiden:

1. Die Umrechnung von Ergebnissen des im ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gebräuchlichen Material Product System (MPS) in das System of National Accounts (SNA), wobei die resultierenden Werte in Mark der DDR ausgedrückt werden.
2. Die Umbewertung der Umrechnungsergebnisse von Mark der DDR in DM.

In der ersten Berechnungsstufe geht es im wesentlichen um die konzeptionelle Umstellung der Berechnungen von MPS auf SNA, was dann ohne weiteres für größere Zeiträume vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion möglich sein kann, wenn Umfang und Qualität verfügbarer Basisstatistiken ausreichend sind. Zu dieser Problematik existieren bereits Untersuchungen internationaler Organisationen (z.B. Vereinte Nationen). Hier hat es auch schon Berechnungen des Statistischen Amtes der DDR gegeben, die einem breiten Benutzerkreis zugänglich gemacht worden sind. Hingegen wesentlich größere - schon theoretisch kaum lösbare - Schwierigkeiten bereitet die zweite Berechnungsstufe, in der die Umbewertung in DM vorzunehmen ist.

Umbewertung mit Hilfe von Kaufkraftparitäten

Eine häufig diskutierte Methode ist die für internationale Vergleiche übliche Verwendung von Kaufkraftparitäten. Mit ihrer Hilfe wird die Kaufkraft verschiedener Regionen mit unterschiedlichen Währungen für einen Zeitraum vergleichbar gemacht bzw. die Ergeb-

^{*)} Dr. Hartmut Hüsges, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.

nisse eines Landes werden für verschiedene Zeiträume gegenübergestellt. Im Fall von DM-Rückrechnungen von Sozialproduktsergebnissen könnte man dieses Verfahren analog verwenden, indem man für ein und dieselbe Region (in diesem Fall die ehemalige DDR) zwei Zeiträume mit unterschiedlicher Währung vergleicht. Es würden danach alle Waren- und Dienstleistungsströme mit speziellen Preisfaktoren umgerechnet werden. Für zurückliegende Berichtsperioden würden Preisrelationen zu einer Referenzperiode gebildet, in der bereits DM-Preise gegolten haben. Es können z.B. Preise im ersten Halbjahr 1990 in Relation gesetzt werden zu DM-Preisen im zweiten Halbjahr 1990.

Jedoch ist stark in Zweifel zu ziehen, ob derartige Berechnungen sinnvoll durchführbar sind, denn wichtige und in der statistischen Methodenlehre unbestrittene Annahmen und Voraussetzungen für die Anwendung der Kaufkraftparitätenmethode dürften wohl nicht gegeben sein.

Nach Einführung der DM haben sich in der ehemaligen DDR die Verbrauchsgewohnheiten stark geändert: "Ostdeutsche" Produkte wurden von den Märkten verdrängt, während "westdeutsche" die Märkte eroberten. Vor der Währungsumstellung war die Güterversorgung Ergebnis der zentralstaatlichen Steuerung. Hingegen seit Einführung der DM ist die Güternachfrage Ausdruck der Präferenzen der Konsumente. Es dürften sich daher nur wenige Güter oder Gütergruppen finden lassen, die im Zeitvergleich identisch oder wenigstens weitgehend vergleichbar sind, dies gilt sowohl hinsichtlich der Qualität, als auch der Verfügbarkeit. Außerdem dürften aufgrund der stark gewandelten Verbrauchsgewohnheiten die Güterbündel nicht repräsentativ sein.

Streng genommen kommt deshalb die Kaufkraftparitätenmethode für die DM-Rückrechnungen nicht in Frage.

Das Statistische Bundesamt bestätigt das Bundesministerium für Wirtschaft in dieser Einschätzung. Denn in einem WiSta-Aufsatz über die "Berechnung von Kaufkraftparitäten im Rahmen der internationalen Organisationen" (Heft 5, Mai 1984) hat das Statistische Bundesamt zu Recht daraufhingewiesen, daß für die Berechnung von Kaufkraftparitäten hauptsächlich zwei Anforderungen beachtet werden müssen:

1. Preisvergleiche sind im Prinzip nur zwischen identischen oder zumindest weitgehend vergleichbaren Gütern sinnvoll. Es muß Vergleichbarkeit hinsichtlich aller preisbestimmenden Merkmale gewährleistet sein (d.h. gleiche Mengeneinheiten, Qualität, Geschäftskategorie, Verfügbarkeit, etc.).
2. Die Güter, auf denen die Berechnung basiert, müssen in beiden Ländern (bzw. hier in analoger Anwendung: Zeiträumen) repräsentativ sein, d.h. gemessen am Gesamtverbrauch der Bevölkerung eine größere Bedeutung haben.

Gemessen an diesen Anforderungen des Statistischen Bundesamtes, die den allgemein anerkannten methodischen Grundsetzen entsprechen, sind daher DM-Umrechnungen auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten nicht sinnvoll durchführbar.

Mengen und Preise: zwei Seiten einer Medaille

Den wohl schwerwiegendsten Anlaß für Kritik gibt die Tatsache, daß das Wirtschaftsgeschehen in der ehemaligen DDR vor der Währungsumstellung wahrscheinlich ganz anders verlaufen wäre - mit einer völlig anderen Allokation der Ressourcen -, wenn dann schon Marktpreise gegolten hätten. Umgekehrt hatten sich bei gegebenen Mengenstrukturen die für die Umbewertung unterstellten Preise nie als Marktpreise ergeben. Preise und Mengen in einer Marktwirtschaft gehören eben untrennbar zusammen. Sie sind gleichsam zwei Seiten ein und derselben Medaille. Man darf nicht vergessen, daß die in der ehemaligen DDR realisierte Mengenstruktur Produkt der Zentralen Planwirtschaft war.

Welchen Sinn macht es denn, einen "Marktpreis" für ein Produkt zu unterstellen, für das es in einem marktwirtschaftlichen System keinen Markt gegeben hätte?

Weiterverwendung umbewerteter Sozialproduktsergebnisse

Aus den genannten Gründen können Umbewertungen zu völlig unsinnigen Ergebnissen führen und für die weitere (wissenschaftliche) Analyse unbrauchbar sein. Das gefährliche ist nur, man sieht das den Zahlen nicht ohne weiteres an.

Es stellt sich dann die Frage, ob es Sinn macht, von wissenschaftlicher Seite DM-Rückrechnungen für die ehemalige DDR zu verlangen und damit die amtliche Statistik zu überfordern.

Was nützen einem Ökonometriker oder einem quantitativ arbeitenden Wirtschaftsforscher Zeitreihen, die nicht das tatsächliche, sondern nur ein auf der Grundlage von Modellhypothesen konstruiertes Wirtschaftsgeschehen abbilden?

Soll etwa der "kleine Strukturbruch", dem die ehemalige DDR mit dem Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion unterworfen wurde, als störendes Element einfach weggebügelt werden? Dies scheint doch wohl nicht sinnvoll zu sein.

Vielmehr müßte die Wissenschaft eher selbst ein Interesse daran haben, daß die amtliche Statistik keine Ergebnisse veröffentlicht, die sie in die Irre führen könnten.

Häufig wird als Argument für Sozialproduktrückrechnungen zu DM-Preisen angeführt, ansonsten die Wirtschaftsentwicklung in der ehemaligen DDR vor der Währungsumstellung nicht in geeigneter Weise analysieren und interpretieren zu können. Dieses Argument ist falsch, denn zur Wirtschaftsentwicklung in der ehemaligen DDR gehören Preise in Mark der DDR. Mengen bewertet mit DM-Preisen können die Wirtschaftsentwicklung in der ehemaligen DDR jedenfalls nicht charakterisieren, ganz im Gegenteil, sie würden mit Sicherheit ein verfälschtes Bild vermitteln. Im übrigen gilt, daß für einen Historiker ein Original stets viel interessanter ist als eine Übersetzung, deren Qualität man nicht beurteilen kann.

Selbst für den rein hypothetischen Fall, daß Sozialproduktsrückrechnungen in DM zu sinnvollen Resultaten führten, so unterläge die dann ermittelte Zeitreihe einem Strukturbruch, der ökonometrische Untersuchungen vor gravierende Probleme stellte.

Amtliche Statistik und DM-Rückrechnungen

Ist es sinnvoll, von der amtlichen Statistik DM-Rückrechnungen zu verlangen, trotz der schwerwiegenden Bedenken, die gegen sie zu erheben sind?

Das Bundesministerium für Wirtschaft warnt davor, die amtliche Statistik mit dieser fragwürdigen Aufgabe zu betrauen. Denn es besteht die große Gefahr, daß die interessierte Öffentlichkeit sowie potentielle Datenverwender in die Irre geführt werden, indem sie davon ausgehen, daß die Umrechnungsergebnisse den gewohnten hohen Qualitätsstandard bisheriger Sozialproduktsberechnungen für das frühere Bundesgebiet besitzen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Es würde sich nämlich nur um von den ökonomischen Verhaltensweisen der Menschen völlig losgelöste formale Rechnungen handeln, die stark von zuvor getroffenen fragwürdigen Hypothesen abhängen. Den Informationsbedürfnissen der Datenverwender wird nicht Genüge getan, wenn man sie mit Scheininformationen versorgt, die mit der ökonomischen Wirklichkeit nichts gemein haben, was wohl viele Anwender nicht durchschauen oder schnell verdrängen.

Die amtliche Statistik sollte auch weiterhin im Ruf stehen, nur qualitativ vertretbare Ergebnisse zu veröffentlichen. Es geht hier um die nationale und internationale Reputation der amtlichen Statistik in Deutschland.

Im übrigen gilt: Amtliche Statistiker sind keine Modellrechner. Das Bundesministerium für Wirtschaft empfiehlt, daß sich Hochschulen oder Forschungsinstitute mit Modellrechnungen über Sozialproduktsrückrechnungen in DM befassen, falls sie dies wirklich für sinnvoll halten.

Natürlich hätte gerade auch das Wirtschaftsministerium Interesse an langen Reihen als Grundlage für ein gesamtdeutsches Modell - wenn sie denn ökonomisch bedeutungsvoll sein könnten. Dafür gibt es aber keine realistische Chance. Das Statistische Bundesamt kann daher auf die Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft rechnen, solchen Forderungen zu widerstehen.

Aktuelle Sozialproduktsberechnungen haben Priorität

Steht die amtliche Statistik nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht vor wichtigeren Aufgaben, als fragwürdige Umrechnungen für die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen DDR vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion durchzuführen?

Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums lautet die Antwort eindeutig "Ja".

Nach der Vollendung der deutschen Einheit steht die Wirtschaftspolitik vor der schwierigen Aufgabe, den wirtschaftlichen Anpassungsprozeß in der ehemaligen DDR durch geeignete Maßnahmen zu forcieren. Hierfür benötigt sie Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern am aktuellen Rand. Jedoch besitzen die aktuellen Sozialproduktsberechnungen für die ehemalige DDR hinsichtlich Umfang und Qualität bei weitem noch nicht den für das frühere Bundesgebiet gewohnten Standard.

Die ökonomische Theorie lehrt, angesichts beschränktem Ressourcenvorrats dort mehr zu tun, wo der Grenzertrag am größten ist. Auf die Aktivitäten der amtlichen Statistik bezogen, kann dies nur bedeuten, mehr Anstrengungen zu Unternehmen, die aktuellen Sozialproduktsberechnungen für die ehemalige DDR voranzubringen, um wirtschaftspolitische Entscheidungen optimieren zu helfen.

Das Bruttosozialprodukt für die ehemalige DDR 1989 und im ersten Halbjahr 1990 - Konzeptionelle Lösungen, Neuberechnung in Mark der DDR und Versuche in DM -

Vorbemerkung

Im Frühjahr 1990 ist durch das Statistische Amt der DDR eine erste Berechnung des Bruttosozialprodukts (BSP) der DDR für die Jahre 1980 bis 1989 vorgelegt worden.¹⁾ Die Berechnung erfolgte im wesentlichen auf Grundlage von Empfehlungen der Vereinten Nationen²⁾ zur Umrechnung von Nationaleinkommensaggregaten nach dem "Material Product System" (MPS)³⁾ auf BSP-Aggregate nach dem "System of National Accounts" (SNA).⁴⁾ Ergänzt wurden diese Umrechnungen um Neuberechnungen für den "Nichtproduzierenden Bereich", der nach MPS nicht wertschöpfend ist. Die Ergebnisse der Berechnungen stießen in der Öffentlichkeit auf großes Interesse, das bis heute ungebrochen ist.

Der Versuch der Integration von MPS und SNA - das bedeutete für diese Rechnungen das Festhalten an einigen methodischen Grundsätzen der Nationaleinkommensrechnung - führte jedoch dazu, daß die Ergebnisse konzeptionell noch nicht voll vergleichbar waren. Aus dieser Situation heraus ergab sich ein Überarbeitungsbedarf mit dem Ziel der vollständigen konzeptionellen Angleichung an das SNA. Wegen der Vielzahl der konzeptionellen Abweichungen erwies sich die weitere "Verfeinerung" der Umrechnungen vom Nationaleinkommen zum Bruttosozialprodukt als nicht mehr überschaubar. Deshalb wurde auf eine vollständige originäre Neuberechnung orientiert.

Ausgangspunkt der Neuberechnung war die These, daß in der ehemaligen DDR ein BSP produziert und lediglich nicht gemessen wurde. Die Ergebnisse der originären Neuberechnung wurden auf der Rückrechnungskonferenz erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Sie sind in Tabelle 1 (vgl. S. 109) des Beitrags dargestellt. Die Berechnungen geben den Rechenstand vom Mai 1992 wider. Veränderungen der vorliegenden Daten sind möglich, wenn weitere Datenquellen erschlossen werden und - auch im Ergebnis der Konferenz - die Methoden qualifiziert werden.

*) Ralf Hein, Doris Hoepfner und Dr. Silke Stapel, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1) Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1990): Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 12 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik.

2) United Nations (Hrsg., 1977): Comparisons of the System of National Accounts and the System of Balances of the National Economy, Teil 1, New York.

3) Vereinte Nationen (Hrsg., 1968): Basic Methodological Principles Governing the Compilation of the System of Statistical Balances of the National Economy, Band 1 und 2, New York sowie Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Hrsg., 1986): Methodologische Grundrichtlinien zur Aufstellung der statistischen Volkswirtschaftsbilanz, Moskau.

4) Vereinte Nationen (Hrsg., 1968): A System of National Accounts, New York.

Im folgenden werden zunächst die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der Rückrechnung für die ehemalige DDR diskutiert und die Ausgangsdatenlage sowie die konzeptionellen Lösungen beschrieben, die entwickelt werden mußten, um das SNA auf die Planwirtschaft der DDR anwenden zu können. Danach werden die Ergebnisse der Neuberechnung des BSP der ehemaligen DDR 1989 in Mark der DDR erläutert und mit der Erstveröffentlichung verglichen. Die ebenfalls vorgelegten Ergebnisse für das BSP 1989 und im ersten Halbjahr 1990 in DM sind Proberechnungen, die die Probleme einer solchen Rechnung am praktischen Beispiel verdeutlichen sollen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der ehemaligen DDR *)

Gegenstand der Nachweisung	Mrd. Mark der DDR 1)		Mrd. DM 2)	
	1989	1. Hj. 1990	1989	1. Hj. 1990
Entstehung des Sozialprodukts				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	31,7	9,1	7,1	0,6
Produzierendes Gewerbe	203,0	67,6	178,6	71,8
Handel und Gewerbe	42,7	16,9	58,9	26,2
Dienstleistungsunternehmen	24,1	10,9	39,9	19,6
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	42,4	22,9	45,8	24,8
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	343,9	127,4	330,3	143,0
- Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	10,1	5,2	18,5	9,7
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	333,8	122,2	311,8	133,3
+ Nichtabziehbare Umsatzsteuer			26,2	13,1
+ Einfuhrabgaben	2,1	1,0	3,4	1,7
= Bruttoinlandsprodukte	335,9	123,2	341,4	148,1
+ Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) 3)	- 17,3	- 5,2	- 4,0	- 1,1
= Bruttosozialprodukt	318,6	118,0	337,4	147,0
Verwendung des Sozialprodukts				
Privater Verbrauch	175,4	92,4	171,8	87,5
Staatsverbrauch	71,5	36,6	78,6	39,1
Bruttoinvestitionen	100,0	20,4	91,2	25,2
Anlageinvestitionen	93,7	41,2	87,1	40,9
Ausrüstungen	54,9	23,6	30,1	14,4
Bauten	38,8	17,6	57,0	26,5
Vorratsveränderung	6,3	- 20,8	4,1	- 15,7
Letzte inländische Verwendung von Gütern	346,9	149,4	341,6	151,8
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 28,3	- 31,5	- 4,2	- 4,8
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen 4)	169,6	83,4	57,0	27,8
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen 4)	197,9	114,9	61,2	32,6
Bruttosozialprodukt	318,6	117,9	337,4	147,0

*) Die Angaben in DM sind nichtamtliche Ergebnisse einer Testrechnung der Autoren.

1) In jeweiligen Preisen.

2) In Preisen des 2. Halbjahres 1990.

3) Aus der übrigen Welt empfangene, abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

4) Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

1 Notwendigkeit und Möglichkeiten der Rückrechnung

Die Rückrechnung auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ordnet sich ein in das Gesamtprojekt "Rückrechnung" des Statistischen Bundesamtes.⁵⁾ Das Spektrum der Antworten auf die Frage nach der Notwendigkeit solcher Rückrechnungen, insbesondere im Rahmen der VGR, reicht - das spiegeln auch die Beiträge zu dieser Konferenz wider - von vorbehaltloser Bejahung bis totaler Ablehnung. Zweifel an der Notwendigkeit einer Rückrechnung sind unseres Erachtens nur berechtigt, wenn die Aufgabe der amtlichen Statistik auf die Darstellung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung reduziert wird. Aus unserer Sicht steht die Statistik jedoch ebenso in der Pflicht, langfristige Entwicklungen zu dokumentieren und im internationalen Vergleich einzuordnen.

Vorhandene Angaben aus der Nationaleinkommensrechnung sind konzeptionell nur schwer zu überblicken und zu analysieren. Außerdem bleiben wichtige Bestandteile des Wirtschaftskreislaufs unbeachtet. Es ist deshalb erforderlich, die vorhandenen Daten in vergleichbarer Form, und zwar in voller konzeptioneller Übereinstimmung mit der Bundesstatistik aufzubereiten.

Eine besondere Verantwortung der deutschen Statistik ergibt sich dabei aus der Einmaligkeit der historischen Situation. Es kann die Entwicklung eines Wirtschaftssystems, des zentralplanwirtschaftlichen Systems der DDR, von seiner Entstehung bis zum Scheitern gezeigt und mit dem marktwirtschaftlichen System des früheren Bundesgebietes verglichen werden unter der Voraussetzung, daß in beiden Systemen Wirtschaftssubjekte agierten, die hinsichtlich ihrer historischen Ausgangssituation (Bildung, Arbeitsdisziplin, Religion, Klima u.a.) als prinzipiell gleich anzusehen sind. Neben der Befriedigung des Bedarfs internationaler Organisationen an langfristigen, vergleichbaren Angaben zur ehemaligen DDR besitzen die Rückrechnungsarbeiten weitere internationale Bedeutung im Hinblick auf die Unterstützung der osteuropäischen Länder bei der Einführung des SNA. Nicht zuletzt ergeben sich aus den methodischen Arbeiten im Rahmen der Rückrechnung Anhaltspunkte zur Diskussion von Problemen des SNA selbst, zum Beispiel für die Behandlung hochsubventionierter Güter oder der Leistungen von Unternehmen zugunsten ihrer Beschäftigten.

Unmittelbar notwendig sind Rückrechnungen auch für die Darstellung des Übergangs zwischen plan- und marktwirtschaftlichem System auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und für die Messung des wirtschaftlichen Aufschwungs im "Osten" Deutschlands nach der Vereinigung. Es wird zu zeigen sein, wie die Einführung der Marktwirtschaft das Leben der Menschen verändert hat, wie sich Produktion, Produktivität, Einkommen und Versorgungslage, Beschäftigung und vieles andere mehr im Zeitverlauf vor und nach der Wende gestalten. Aus der Sicht der Autoren dürfen bei der Rückrechnung von vornherein keine Einschränkungen in Umfang und Zeiträumen gemacht werden. Das bedeutet einerseits die

5) Vgl. auch: Lachnit, A., Das Rückrechnungsprojekt des Statistischen Bundesamtes, S. 65 ff. des vorliegenden Bandes.

Erarbeitung des gesamten Kontensystems, andererseits die Rechnung für möglichst viele, wenn nicht alle vierzig Jahre zurück.

Die Bejahung der Notwendigkeit einer Rückrechnung für die ehemalige DDR ruft die Frage nach den Möglichkeiten derselben auf den Plan. Diese Frage beinhaltet zwei Teilaspekte, nämlich die Möglichkeiten der konzeptionell vergleichbaren Rückrechnung in Mark der DDR und die Möglichkeiten einer Umbewertung in DM. Prinzipiell wird davon ausgegangen, daß das VGR-System der Vereinten Nationen (SNA) so angelegt ist, daß es systemneutral angewendet werden kann.⁶⁾ Das geht auch eindeutig aus den vielen bilateralen Ost-West-Vergleichen mit Umrechnungen der VGR-Ergebnisse, auf das jeweils andere System hervor, die von den Vereinten Nationen befürwortet, organisiert und z.T. geleitet wurden. Damit reduziert sich die Frage nach der Rückrechnung in Mark der DDR darauf, ob die vorhandene Datenbasis ausreichend ist, um das SNA auf die Planwirtschaft der ehemaligen DDR anwenden zu können. Diese Frage kann ohne Einschränkung mit ja beantwortet werden.

Die vorhandene umfangreiche statistische Datenbasis wurde nach eingehender Prüfung hinsichtlich Quantität und Qualität als für die Rückrechnung verwendbar eingeschätzt.⁷⁾ Dabei wurden alle innerhalb und außerhalb der amtlichen Statistik verfügbaren und für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen relevanten Datenbestände einbezogen. Externe Daten zu erschließen war notwendig, da in der ehemaligen DDR nicht alle Erhebungen durch die amtliche Statistik durchgeführt wurden. Dies geschah ebenso durch andere zentrale staatliche Stellen, Ministerien und die Staatsbank. Für die Neuberechnungen wurde auf die durch die Betriebe abgerechneten tatsächlichen "Ist-Daten" zurückgegriffen, die durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) im wesentlichen unverfälscht erhoben und aufbereitet worden sind. "Beschönigungen" der Daten, etwa durch Abwandlungen von Definitionen, die insbesondere in den letzten Jahren der ehemaligen DDR für Veröffentlichungszwecke vorgenommen worden sind, sind somit nicht in die Neuberechnungen eingeflossen.

Neben der Aufbereitung der "bloßen" Erhebungsdaten kommt es im Rahmen der Rückrechnung darauf an, auch das umfangreiche Wissen der ehemaligen Mitarbeiter der SZS und anderer staatlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR zu sichern. Viele Daten, insbesondere externe, sind nur interpretierbar, wenn Hintergrundinformationen berücksichtigt werden. Ein entscheidendes Problem besteht darin, daß die Wissensträger zunehmend nicht mehr für diese Arbeiten herangezogen werden können.

Gehen die Meinungen in Bezug auf eine Rückrechnung in Mark der DDR schon weit auseinander, wird die Frage der Umbewertung der konzeptionell vergleichbaren Ergebnisse in DM noch kontroverser diskutiert. Im Beitrag von Heinrich Lützel in diesem Band (vgl. S. 73 ff.) werden die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der Umbewertung sowie die Sinnhaftigkeit der Ergebnisse der Umbewertung ausführlich diskutiert. Die Autoren

6) Vgl. auch: Lützel, H., Sinn und Unsinn einer Umbewertung, S. 73 ff. des vorliegenden Bandes.

7) Vgl. Fußnote 5), S. 110.

schließen sich der dort bei allen Vorbehalten erfolgten Bejahung einer Rechnung in DM an und verzichten deshalb hier auf die Wiederholung der Argumente.

Im folgenden soll nun auf die konzeptionellen Einzelprobleme eingegangen werden, die gelöst werden mußten, damit das SNA ausgehend von den vorhandenen Erhebungsdaten auf das Wirtschaftssystem der ehemaligen DDR angewandt werden konnte.

2 Konzeptionelle Einzelprobleme der Anwendung des SNA auf die Planwirtschaft der ehemaligen DDR

2.1 Die Sektorengliederung

Die Systematik der Volkswirtschaftszweige (SVWZ) der ehemaligen DDR gliederte die wirtschaftlichen Transaktionen in neun Wirtschaftszweige. Eine Gliederung der Volkswirtschaft in Sektoren gab es nicht. Für die Zuordnung der Wirtschaftseinheiten zu den Sektoren der Volkswirtschaft mußten, ausgehend von den Kriterien des ESVG, geeignete auf zentralgeplante Wirtschaften anwendbare Kriterien gefunden werden. Das betraf insbesondere:

- Dienstleistungen, die generell marktbestimmt sind.

Produzenten von Dienstleistungen, die nach dem ESVG vereinbarungsgemäß immer marktbestimmt sind, werden, soweit es sich um selbständige institutionelle Einheiten handelt, dem Unternehmenssektor zugeordnet. Für diese Dienstleistungen existiert in der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, kein Sonderschlüssel.

Unternehmen des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die marktbestimmte Güter produzieren, sind nach den Regeln des ESVG dem Unternehmenssektor zuzuordnen, wenn sie auf örtlicher Ebene bedeutend sind. Das betrifft in der ehemaligen DDR zum Beispiel den Staatlichen Rundfunk, das Fernsehen wie auch die Druckereien und Verlage der Parteien und Massenorganisationen. Die Höhe der Einnahmen ist dabei kein Zuordnungskriterium.

- Dienstleistungen der Parteien und Massenorganisationen.

Hier wurde davon ausgegangen, daß die Hauptmittel ihrer Finanzierung aus freiwilligen Beiträgen der privaten Haushalte und Gewinnen aus organisationseigenen Unternehmen bestanden. Damit haben diese Organisationen überwiegend nichtmarktbestimmte Dienstleistungen für bestimmte Gruppen von Haushalten produziert und sind den Organisationen ohne Erwerbszweck zuzuordnen.

- Dienstleistungen, die sowohl marktbestimmt als auch nichtmarktbestimmt sein können.

Für diese Dienstleistungen existiert in der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, ein Sonderschlüssel. Dazu gehören Einrichtungen der Bildung, der gesundheitli-

chen und sozialen Betreuung, der Wissenschaft, des Sports, der Kultur und Unterhaltung. Entscheidend für die Zuordnung ist, ob sie gewerblich betrieben wurden und folglich dem Unternehmenssektor zuzuordnen sind. Dienstleistungen für die Bevölkerung waren aber mitunter erheblich subventioniert, so daß die Höhe des sehr geringen Verkaufspreises als Zuordnungskriterium fragwürdig wird. Ersatzweise wurde deshalb die Art des Betriebes bzw. die Zugehörigkeit der Anstalt oder Einrichtung zu privaten Organisationen ohne Erwerbszweck oder zum Staat gewählt.

Hierbei kann davon ausgegangen werden, daß private Produzenten und Produktionsgenossenschaften sowie volkseigene Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit in der Regel marktbestimmte Dienstleistungen erbrachten und daher dem Unternehmenssektor zuzuordnen sind. Anstalten und Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, Interessengemeinschaften, Parteien und Massenorganisationen wurden den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet.

Beherbergungsleistungen wurden zum Beispiel überwiegend vom Feriendienst der Gewerkschaften und von unternehmenseigenen Einrichtungen betrieben. Der Feriendienst der Gewerkschaften wurde den Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet, unternehmenseigene Ferienheime verblieben im Unternehmenssektor.

Anstalten und Einrichtungen von Gebietskörperschaften, deren Hauptzweck darin bestand, privaten Haushalten unentgeltlich bzw. gegen geringes Entgelt Leistungen auf dem Gebiet der Kultur, des Sports oder der Freizeitgestaltung anzubieten, führten in großem Umfang auch Leistungen des Gastgewerbes aus. Diese Leistungen wurden bei der Zuordnung als Nebentätigkeit gewertet und die Einrichtungen entsprechend ihren Hauptzweck als Produzent nichtmarktbestimmter Dienstleistungen dem Staatssektor zugeordnet.

2.2 Die Darstellungseinheiten

In Übereinstimmung mit den Konzepten der VGR in der Bundesstatistik wird als kleinste Darstellungseinheit das Unternehmen bzw. die institutionelle Einheit angesehen und nach der überwiegenden Produktion insgesamt einem Wirtschaftszweig zugeordnet. Ausnahmen bilden die Wohnungsvermietung und die Landwirtschaft, die funktional zugeordnet werden.

Der Wirtschaftszweig Wohnungsvermietung umfaßt die volkseigene, genossenschaftliche und private Wohnungsvermietung sowie einen unterstellten Mietwert für die von den Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen. Die Werkwohnungen wurden für diesen Zweck aus den Unternehmen der Zweige außerhalb der Wohnungsvermietung herausgelöst.

Andererseits muß beachtet werden, daß die volkseigenen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaftsunternehmen in großem Umfang Wärme und Warmwasser produzierten sowie Reparaturen ausführten. Der nach der funktionalen Ausgliederung der Wohnungsvermietung verbleibende Rumpf der Wohnungswirtschaftsunternehmen wurde seinem

wirtschaftlichen Schwerpunkt nach entweder zum Baugewerbe oder zur Energieversorgung gezählt.

Der Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft wird ebenfalls funktional abgegrenzt. Einbezogen sind die Tier- und Pflanzenproduktion sowie Leistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe. Nebenleistungen werden nur in beschränktem Umfang einbezogen, und zwar die Fuhrleistungen, die Branntweinerzeugung und selbsterstellte Anlagen. Im Jahre 1989 waren das Leistungen im Wert von ca. 2 Mrd. Mark der DDR.

Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hatten jedoch in erheblichem Umfang Erlöse aus Nebenleistungen, insbesondere aus industriellen und Bauleistungen für Dritte sowie Reparaturen, aber auch Handelsleistungen. 1989 wurden von den LPG Erlöse in Höhe von ca. 3,5 Mrd. Mark der DDR aus diesen Nebenleistungen erzielt. Diese wurden funktional dem jeweiligen Wirtschaftszweig außerhalb der Landwirtschaft zugeordnet.

Mit derartigen Nebenleistungen war ein erheblicher Teil der Erwerbstätigen der LPG befaßt. Eine funktionale Abgrenzung ist bei den Erwerbstätigen bisher nicht vorgesehen, so daß sich gewisse Probleme bei Produktivitätsberechnungen ergeben können.

2.3 Die Bewertung der Produktion

Die Verkäufe von Waren und marktbestimmten Dienstleistungen (ohne unterstellte Bankdienstleistungen) werden nach den Regeln des ESVG zu Ab-Werk-Preisen ohne Mehrwertsteuer bewertet (eine Mehrwertsteuer gab es allerdings in der ehemaligen DDR nicht). Unfertige Erzeugnisse, selbsterstellte Anlagen und Deputate werden zum Herstellungspreis bewertet, der Unternehmensgewinn ist hier vereinbarungsgemäß gleich Null. Damit besteht grundsätzliche Übereinstimmung bei der Bewertung der Produktion zwischen MPS und SNA. Die in der ehemaligen DDR erhobenen Angaben sind demzufolge für die Berechnungen nach SNA verwendbar (Korrekturen sind nur in den Fällen erforderlich, wenn in der Nationaleinkommensrechnung der ehemaligen DDR von den Bewertungsregeln des MPS abgewichen wurde).

In der ehemaligen DDR waren alle Preise staatlich festgelegt. In der Regel waren langlebige Güter für den Privaten Verbrauch mit produktgebundenen Abgaben belegt. Dazu gehörten zum Beispiel Farbfernsehgeräte, andere elektronische Geräte, Möbel, Haushaltsgeräte, modische Bekleidung. Waren des Grundbedarfs, dazu zählten Brot, Butter, Fleisch usw., waren dagegen erheblich subventioniert. Stark subventioniert waren auch die Tarife des Personenverkehrs, die Preise für feste Brennstoffe, Elektrizität und die Wohnungsmieten. Aufgabe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist es, die Transaktionen im Gesamtkreislauf in erster Linie möglichst so darzustellen, wie sie in der Tat stattgefunden haben. Diese Erzeugnisse sind deshalb zu den tatsächlichen Preisen (nach Steuern und Subventionen) zu bewerten.

Da die Subventionen für bestimmte Dienstleistungen unter Bedingungen der zentral geplanten Wirtschaft einen erheblichen Umfang hatten, gab es in der Vergangenheit in den

Diskussionen zur Integration von SNA und MPS den Vorschlag, einige hoch subventionierte Dienstleistungen in Höhe der Kosten zu bewerten, um so eine bessere internationale Vergleichbarkeit mit den Angaben westlicher Länder zu erreichen. Demgegenüber wurde die Bewertung von Waren und anderen Dienstleistungen, (Tarife für Personenverkehr, Post, Textilreinigung) nach Subventionierung in der Regel nie in Frage gestellt.

Für die Wohnungsvermietung wurde wegen der sehr niedrigen Mieten vorgeschlagen, sie als nichtmarktbestimmte Dienstleistung zu behandeln und in Höhe der laufenden Kosten für ihre Erbringung zu bewerten. Verwendungsseitig sollte sie dem Privaten Verbrauch zugeordnet werden. Das käme im Falle der vom Staat vermieteten Wohnungen der Zuordnung einer individualisierbaren Leistung des Staates zum Privaten Verbrauch gleich. Für genossenschaftliche Mietwohnungen zum Beispiel werden bei diesem Verfahren anstatt der an die Vermieter gezahlten Subventionen laufende Übertragungen des Staates an private Haushalte (Sozialleistungen) unterstellt.

Bei der Unterstellung einer Sozialleistung des Staates an private Haushalte im Falle hoch subventionierter Dienstleistungen müßten aber folgerichtig im Falle hoch besteuelter Güter auch Abgaben privater Haushalte an den Staat unterstellt werden. Das liefe auf eine Bewertung vor Steuern und Subventionierung hinaus und widerspräche den Konventionen im ESVG.

Preise, die die Kosten der Erbringung von Dienstleistungen zu weniger als der Hälfte decken, können deshalb unter Beachtung der Subventionspolitik in zentral geplanten Wirtschaften nicht alleiniges Kriterium der Zuordnung von Dienstleistungen zu den nichtmarktbestimmten sein. In diesem Falle müssen zusätzliche Zuordnungskriterien verwendet werden. Dienstleistungen, die nach den Regeln des ESVG als immer marktbestimmt gelten, sollten auch bei hoher Subventionierung zu den tatsächlich bezahlten Preisen bewertet werden. So wurde auch bei der Neuberechnung des Bruttosozialprodukts für die ehemalige DDR bei der Bewertung der Wohnungsvermietung verfahren. Den niedrigen Mieten stehen hohe Preise bei anderen Gütern für den Privaten Verbrauch gegenüber.

Problematisch ist die Bestimmung der Höhe des unterstellten Mietwertes für Eigentümerwohnungen. Vergleichbare Werte für vermietete Wohnungen fehlen. In der ehemaligen DDR war der genossenschaftliche Wohnungsbau ebenfalls hoch subventioniert. Für privat vermietete Wohnungen waren die Mieten genauso niedrig wie für staatliche Wohnungen festgesetzt. Über niedrige Preise für Baumaterial, Baureparaturen, Elektroenergie, Wasser und feste Brennstoffe, die für private Haushalte galten (zu denen auch private Vermieter zählten) waren sie ebenfalls - in einem allerdings sehr bescheidenen Umfang - subventioniert. Die niedrigen Mieten wirkten sich besonders in diesem Bereich auf den schlechten Zustand der Wohnungen aus.

Der unterstellte Mietwert für die von den Eigentümern selbst genutzten Wohnungen wurde deshalb in Höhe der (niedrigen) Durchschnittsmieten für vermietete Wohnungen angenommen. Im Falle der Vermietung, wäre auch nicht mehr als dieser niedrige Mietwert als tatsächlicher Mieterlös erzielt worden.

Auf ein weiteres Problem bei der Bewertung der Produktion sei verwiesen, obwohl es nicht der Anwendung des SNA auf zentralgeplante Wirtschaften entspringt. In der ehemaligen DDR erfolgte die Planung und Abrechnung der industriellen Produktion im Prinzip nach einem "Einheitlichen Industrieabgabepreis".

Er wurde gebildet aus

- Betriebpreis (gleich Herstellungspreis)
- + planmäßige produktgebundene Abgaben
- planmäßige produktgebundene Preisstützungen.

Nach Industriepreisänderungen galten jedoch für bestimmte Abnehmergruppen (z. B. Bevölkerung, Handwerk, u.a.) die alten Preise weiter. Lagen diese unter den neu festgelegten Industrieabgabepreisen, erhielten die Produzenten bzw. der Produktionsmittelgroßhandel eine Preisausgleichszuführung aus dem Staatshaushalt. Zur Illustration zeigt das Schaubild 1 (vgl. S. 117) ein vereinfachtes Beispiel für die Preisbildung. In die Berechnungen zum Nationaleinkommen gingen die jeweils höheren Preise ein. Durch diese Verfahrensweise entstand eine Diskrepanz zwischen der Bewertung der Güter auf der Entstehungs- und auf der Verwendungsseite des Nationaleinkommens in Höhe der Stützungen für die Individuelle und die Gesellschaftliche Konsumtion, die auf der Verwendungsseite ausgeglichen wurde. Um diesen Teil der Subventionen ist das Nationaleinkommen überhöht ausgewiesen.

Subventionen, die niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, Kinderbekleidung sowie niedrige Tarife in der Personenbeförderung bezweckten, gehören zu den planmäßigen produktgebundenen Preisstützungen. Diese zählten weder zu den Stützungen für die individuelle noch für die gesellschaftliche Konsumtion.

Bei den Neuberechnungen des BSP wurden die Verzerrungen der Bewertung beseitigt, die Verkäufe von Waren und Dienstleistungen wurden durchgängig zum tatsächlich realisierten Preis bewertet. Die praktische Umsetzung dessen wurde durch Zusammenführung verschiedener Informationen aus dem statistischen Berichtswesen und aus den Abrechnungen des Staatshaushalts möglich.

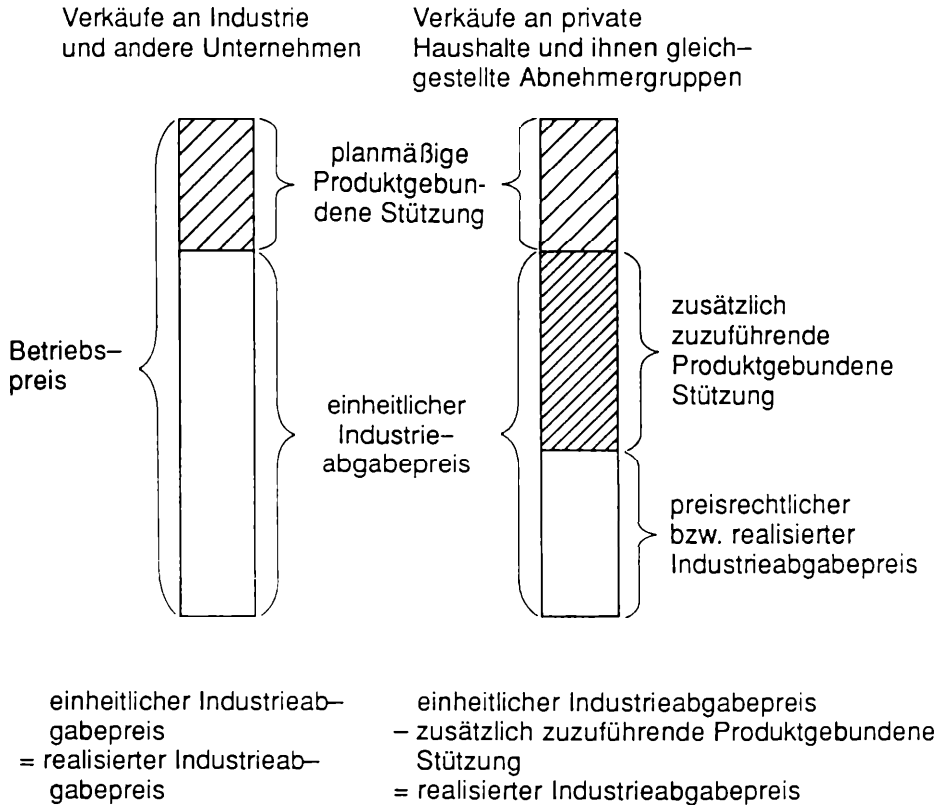
2.4 Die Produktion zugunsten der Beschäftigten

In der ehemaligen DDR wurden von den Unternehmen in der Regel das Kantinenessen sowie Dienstleistungen der kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Betreuung produziert und den Beschäftigten und ihren Angehörigen kostenlos bzw. gegen ein geringes Entgelt abgegeben. Dazu unterhielten sie unternehmenseigene Kantinen, Kindergärten, Polikliniken, Kulturhäuser, Ferienheime und ähnliche Einrichtungen. 1989 waren das insgesamt Waren und Dienstleistungen im Wert von 8 Mrd. Mark der DDR.

Schaubild 1

ABWEICHUNGEN VOM EINHEITLICHEN INDUSTRIEABGABEPREIS

Beispiel:
Preisbildung bei Stadtgas



Statistisches Bundesamt 92 0476

Die Entscheidung, ob die Aufwendungen der Unternehmen für diese betrieblichen Betreuungsleistungen zum intermediären Verbrauch oder zum Lohneinkommen zu rechnen sind, muß nach dem dominierenden Zweck dieser Ausgaben aus der Sicht des Unternehmens getroffen werden. Da trennscharfe Kriterien sowie mitunter auch Daten in der erforderlichen Tiefengliederung fehlen, bleibt diese Entscheidung in der Praxis oft schwierig. Man kann jedoch davon ausgehen, daß diese Aufwendungen in der ehemaligen DDR primär zugunsten der Beschäftigten erfolgten und nicht Unternehmenszwecken dienten. Dafür sprechen die Art und das Ausmaß der Leistungen sowie vor allem ihre Finanzierung aus einem eigenen, im Unternehmen gebildeten zweckbestimmten Fonds.

Die betrieblichen Betreuungsleistungen wurden folglich als Nebentätigkeiten der Unternehmen behandelt und wie Dienstleistungen, die von Produktionseinheiten an ihre Beschäftigten als Bestandteile des Arbeitsentgeltes abgegeben werden, in Höhe der Herstellungskosten bewertet. In Höhe ihrer unentgeltlichen Abgabe an die Beschäftigten wurden sie in die geleisteten Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen und verwendungsseitig als unterstellte Käufe im Privaten Verbrauch gebucht.

Die Löhne und Gehälter des Personals in Kindergärten und Gesundheitseinrichtungen wurden aus dem Staatshaushalt finanziert. Diese Beschäftigten zählen zu den Bediensteten des Staates. Ihr Einkommen ist Teil der geleisteten Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Sektor Staat und deshalb nicht Bestandteil der Herstellungskosten für die betriebliche Betreuung.

Ein anderer Vorschlag zur Behandlung der betrieblichen Betreuungsleistungen besteht darin, sie funktional aus dem Unternehmenssektor herauszulösen und als quasi - private Organisationen ohne Erwerbszweck zu betrachten. Gegen die Herauslösung spricht, daß die Fonds für Zwecke der betrieblichen Betreuung im Unternehmen zu Lasten der Selbstkosten und in Abhängigkeit von der Zahl der Beschäftigten gebildet wurden. Würde man diesem Vorschlag folgen, so müßten laufende Übertragungen unterstellt werden, die in der Tat nicht erfolgten.

2.5 Die Behandlung der Außenhandelsbetriebe

Die Aufgabe der Außenhandelsunternehmen bestand hauptsächlich in der Vermittlung der Warenexporte und -importe. Sie werden deshalb auf der Entstehungsseite des Sozialprodukts als Handelsvermittler betrachtet. In welchem Maße sie auch als Großhändler auftraten, läßt sich infolge fehlender Informationen schwer abschätzen; Erhebungen der amtlichen Statistik zur Tätigkeit der Außenhandelsunternehmen gab es nicht. Aus diesem Grunde wurde die Einbeziehung der Handelsware in den Produktionswert und die Vorleistungsausgaben auf die Reexporttransaktionen beschränkt. Auf die Höhe der Bruttowertschöpfung hat diese Entscheidung keinen Einfluß.

Der Produktionswert des Außenhandelsunternehmen umfaßt somit die Einnahmen von Unternehmen, die diese als sogenannte Außenhandelsspanne an das Außenhandelsunternehmen zahlten (entspricht der Vermittlungsprovision) sowie die Einnahmen aus Re-exporten. In den Vorleistungsverbrauch der Außenhandelsunternehmen sind die Import-

aufwendungen für den Reexport von Waren sowie die laufenden Ausgaben der Außenhandelsunternehmen für Material und fremde Leistungen einbezogen.

Der Wert der in der ehemaligen DDR hergestellten und in die übrige Welt ausgeführten Güter tangiert auf diese Weise die Außenhandelsunternehmen nicht. Er geht in Höhe des in die Inlandswährung umgerechneten Exporterlöses in den Produktionswert des Produzierenden Gewerbes ein. Die eingeführten Güter werden - ebenfalls in Inlandswährung umgerechnet - im Vorleistungsverbrauch der Wirtschaftsbereiche und in den Bruttoinvestitionen verbucht.

3 Das BSP der ehemaligen DDR 1989 in Mark der DDR

Im folgenden wird die Neuberechnung des BSP für die ehemalige DDR im Jahr 1989 näher beschrieben und im Vergleich zur Erstberechnung⁸⁾ diskutiert.

Die Berechnungen zum BSP der ehemaligen DDR 1989 konzentrierten sich zunächst auf die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und vollzogen unter Berücksichtigung der Einfuhr und Ausfuhr von Erwerbs- und Vermögenseinkommen den Übergang zum BSP. In enger Zusammenarbeit von Deutscher Bundesbank, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Statistischen Bundesamt wurde darüber hinaus für die ehemalige DDR eine Zahlungsbilanz 1989 aufgestellt, deren Ergebnisse in die Berechnungen eingeflossen sind.⁹⁾

Bei den Berechnungen wurden die Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes angewendet. Die dabei erforderlichen speziellen Lösungen für die Anwendung des SNA auf die Planwirtschaft der DDR sind im vorangegangenen Abschnitt näher erläutert. Im weiteren soll am Beispiel der Berechnung der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes die Vorgehensweise illustriert werden. In aller Tiefe auf die Berechnungsmethode für alle Aggregate der Sozialproduktsberechnungen einzugehen, würde den Rahmen des Beitrages bei weitem sprengen.

Hauptdatenquelle für die Berechnung des Produktionswertes und der Vorleistungen im Produzierenden Gewerbe ist der Jahresfinanzkontrollbericht. Diese Erhebung wurde in der ehemaligen DDR im Bereich Industrie und Bau hauptsächlich bei allen zentral geleiteten Betrieben durchgeführt. Einbezogen waren aber auch wichtige Industrie- und Baubetriebe, die den Räten der Bezirke direkt unterstellt waren .

Mit dem Jahresfinanzkontrollbericht wurden detaillierte Angaben zum Umsatz, über Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie über die Kostenstruktur erhoben. Entsprechend den methodischen Festlegungen ist der Wert der selbsterstellten Anlagen bereits im abgerechneten Umsatz enthalten.

8) Vgl. Fußnote 1), S. 108.

9) Vgl. auch Steger, A., Rückrechnung einer Zahlungsbilanz für die ehemalige DDR, S. 83 ff. des vorliegenden Bandes.

Die in der Erhebung vorgeschriebenen Bewertungskonzepte (z.B. der einheitliche Industrieabgabepreis) entsprechen nicht in vollem Umfang den Anforderungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Umsätze mußten deshalb korrigiert werden. Dazu wurden Informationen aus anderen Erhebungen (z.B. über die Eigenerwirtschaftung der Mittel) und aus dem Ministerium der Finanzen der ehemaligen DDR verwendet.

Für Unternehmen, die nicht durch den Jahresfinanzkontrollbericht erfaßt sind, wurden für diese Berechnungen andere verfügbare Erhebungen ausgewertet; für Dienstleistungskombinate mit überwiegend industrieller Tätigkeit der Finanzbericht der örtlichen Versorgungswirtschaft und für Handwerksbetriebe die Leistungsberichterstattung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und des privaten Handwerks sowie Jahressteuererklärungen. Über die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SODG) Wismut und Parteibetriebe verfügte die amtliche Statistik in der ehemaligen DDR schon zum Zwecke der Nationaleinkommensberechnung über externe Informationen. Bereits auf der Stufe der Rechenbereiche, die sich nach der Art der ausgewerteten Erhebungen unterscheiden, wurde eine Zuordnung der Unternehmen zu den 39 Zweigen des Produzierenden Gewerbes vorgenommen. Dabei wurde eine vorläufige Schlüsselbrücke zwischen SVWZ und der WZ 79 verwendet.

Gegenwärtig wird durch das Statistische Bundesamt für Zwecke der Rückrechnung statistischer Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR ein Nachaufbereitungsregister (NAR), geschaffen. Hier werden die im Statistischen Betriebsregister (SBR) aufgeführten Unternehmen entsprechend ihrer Hauptproduktion den Wirtschaftszweigen (WZ 79) zugeordnet. Nach Vorliegen von nach aufbereiteten Statistiken unter Nutzung des NAR die für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen relevant sind, können sich in den hier vorgelegten Berechnungen gegebenenfalls Korrekturen erforderlich machen.

Für den Nutzer statistischer Veröffentlichungen besonders interessant ist die Gegenüberstellung und der Vergleich der Ergebnisse der Erstveröffentlichung des Statistischen Amtes der DDR und der jetzt vorliegenden Neuberechnung. Die Auswirkungen der Beseitigung der konzeptionellen Unterschiede lassen sich nicht durch einen direkten Vergleich der Aggregate der Sozialproduktsberechnungen aus der Erstveröffentlichung und der Neuberechnung zeigen, da entstehungsseitig von der Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR zur Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, übergegangen wurde und verwendungsseitig starke Verschiebungen in der Zuordnung zu den einzelnen Verwendungspositionen erfolgten. Wie Tabelle 2 (vgl. S. 121) zeigt, ist es aber möglich, grobe Größenordnungen für die quantitativen Auswirkungen einzelner Veränderungen anzugeben. Die durch die Neuberechnung beseitigten konzeptionellen Unterschiede werden dabei in Anlehnung an einen Beitrag von Heinrich Lützel zur o.a. Erstveröffentlichung¹⁰⁾ hinsichtlich ihrer Wirkung auf das BIP in BIP-erhöhende und BIP-vermindernde Faktoren unterteilt.

10) Vgl. Fußnote 1), S. 108.

Neben den in Tabelle 2 dargestellten Faktoren gibt es noch weitere Faktoren, die sich in bezug auf die absolute Höhe des BIP neutral verhalten, aber zu Verschiebungen zwischen einzelnen Aggregaten der Entstehungs- und Verwendungsseite führen.

Die wichtigsten sind:

- die Einbeziehung der individualisierbaren Leistungen des Staates in den Staatsverbrauch (in der Erstberechnung Privater Verbrauch),
- die Einbeziehung des Eigenverbrauchs der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in den Privaten Verbrauch (in der Erstberechnung Staatsverbrauch),
- die Berechnung des Privaten Verbrauchs nach dem Inländerkonzept (in der Erstberechnung Inlandskonzept),
- die funktionale Abgrenzung der Wohnungswirtschaft und der Land- und Forstwirtschaft (in der Erstberechnung institutionell) und
- die Bewertung des Handels nach dem Bruttoprinzip (in der Erstberechnung Nettoprinzip).

Tabelle 2: Hauptunterschiede zwischen Erst- und Neuberechnung für 1989

- BIP erhöhend -	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
	Mark der DDR	Mrd. DM	Mark der DDR
- Einbeziehung der werterhöhenden Reparaturen in die Investitionen	x	- 7	7
- Übergang vom Inlandpreis zum Weltmarktpreis bei der Bewertung der Exporte	6	2	4
- Einbeziehung der Leistungen der betrieblichen Betreuungseinrichtungen	6	3	3
- Einbeziehung der Leistungen der freiberuflich Tätigen und der Hausangestellten	1	0	1
- Einbeziehung der unterstellten Entgelte für selbstgenutzte Wohnungen	1	1	0
- Einbeziehung der Einnahmen aus der Vermietung von gewerblich genutzten Räumen und Ausrüstungen	1	1	0
- BIP vermindernd -	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
	Mark der DDR	Mrd. DM	Mark der DDR
- Bewertung marktbestimmter Dienstleistungen zu tatsächlichen Erlösen	x	x	- 4
- Bewertung ausnahmslos zu Preisen nach Subventionierung	- 15	x	- 15
- Einbeziehung der Ausgaben von Staat und Unternehmen für Dienstreisen und Entschädigungen	x	2	- 2
- Einbeziehung des Vorleistungsverbrauchs an nichtproduktiven Leistungen	x	5	- 5
- die Einbeziehung der Ausgaben für dauerhafte militärische Güter in den Staatsverbrauch	- 6	x	- 6

4 Das Bruttosozialprodukt der ehemaligen DDR 1989 - Versuche in DM

Aus den Anfragen, die an das Statistische Bundesamt gerichtet werden, kann festgestellt werden, daß das Interesse an rückgerechneten Daten für die ehemalige DDR in DM genauso groß ist wie an methodisch vergleichbaren Ergebnissen in Mark der DDR. Anforderungen und Notwendigkeiten sind aber nur eine Seite, die Möglichkeiten der Realisierung einer DM-Rechnung die andere Seite der gleichen Medaille. Um die Möglichkeiten einer DM-Rechnung nicht nur theoretisch, sondern am praktischen Beispiel diskutieren zu können, legen die Autoren für das Jahr 1989 und das erste Halbjahr 1990 eine erste modellhafte Testrechnung in DM vor. Diese Testrechnung, deren Ergebnisse in Tabelle 1 wiedergegeben sind, trägt keineswegs amtlichen Charakter, sondern stellt das Ergebnis privater Rechnungen der Autoren dar, wenn auch den Autoren alle relevanten Daten und das methodische Instrumentarium der amtlichen Statistik zur Verfügung standen.

Die Berechnungen des BSP für die ehemalige DDR 1989 und im ersten Halbjahr 1990 in DM beschränken sich auf die Aufkommens- und Verwendungsseite. Im Unterschied zur Rechnung in Mark der DDR, für die die Notwendigkeit der Aufstellung des gesamten Kontensystems nur unterstrichen werden kann, hat diese Beschränkung keine Kapazitätsgründe, sondern die Umbewertung von Größen der Einkommensverteilung und -umverteilung in DM ist generell abzulehnen. (Diese Größen werden für das frühere Bundesgebiet auch nicht in konstanten Preisen ermittelt.)

Die Rechnung in DM erfolgte zur konstanten Preisbasis Durchschnittspreise "Ost" des 2. Halbjahres 1990. Die der Rechnung zugrundeliegenden Umrechnungsfaktoren konnten aus Ergebnissen der Preisstatistik¹¹⁾ sowie durch eigene Berechnungen gewonnen werden. Preisstatistische Erhebungen wurden im Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost seit Ende 1989, regelmäßig seit Mai 1990 durchgeführt. Für die DM-Rechnung wäre es eigentlich notwendig gewesen, Umrechnungsfaktoren zu verwenden, die gebildet werden aus Preis in Mark der DDR Juni 1990 zu DM-Preis Juli 1990. Gerade die unmittelbar bevorstehende und am 1.7.1990 vollzogene Währungsunion hat aber in den neuen Ländern zu erheblichen Irritationen in der Preisbildung geführt. Es erschien deshalb sinnvoller, Durchschnitts-DM-Preise des zweiten Halbjahres 1990 zu durchschnittlichen Preisen in Mark der DDR des ersten Halbjahres 1990 ins Verhältnis zu setzen. Problematisch hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit zu den DM-Preisen im 2. Halbjahr 1990 im früheren Bundesgebiet bleiben die Durchschnitts-DM-Preise "Ost" aber trotzdem, da in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch gegen Ende der zweiten Jahreshälfte 1990 für bestimmte Güter und Leistungen (z.B. Mieten, Tarife) hochsubventionierte Preise galten. Ebenso muß bei Interpretationen der Ergebnisse berücksichtigt werden, daß der "Umrechnungsfaktor" Preiskomponenten und Komponenten der Währungsumstellung Mark der DDR/DM in einem enthält, die nicht voneinander getrennt werden können.

Die Ermittlung des BSP der ehemaligen DDR für 1989 und im ersten Halbjahr 1990 erfolgte zunächst von der Verwendungsseite her, um das Problem der doppelten Deflationierung (vorerst) umgehen zu können. Die Aggregate der Verwendung, die aus der Rech-

11) Vgl. auch Heske, G., Preisstatistische Daten rückrechnen?, S. 57 ff. des vorliegenden Bandes.

nung in Mark der DDR methodisch voll vergleichbar vorlagen, wurden mit Hilfe von Preisindizes der Lebenshaltungskosten, Erzeugerpreisindizes, und Baupreisindizes auf DM umbewertet. Bestimmte Bestandteile des Staatsverbrauchs (Löhne, Verkäufe des Staates) wurden 1 : 1 umgestellt. Die Abschreibungen des Staates in DM ergaben sich, indem die (gesetzlichen) Abschreibungsraten der ehemaligen DDR auf eine erste Schätzung des Anlagevermögens des Staates in DM angelegt worden sind. Die Bestandteile des Außenbeitrages lagen aus der Außenhandelsstatistik heraus bereits in DM vor, soweit sie das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) betrafen. Die für das sozialistische Wirtschaftsgebiet (SW) abgerechneten Mark-Valutagegenwert (MVGW) wurden mittels des offiziellen Umstellungskurses der Währungsumstellung (2:1) in DM überführt, da die Transaktionen der Unternehmen mit dem SW auch zu diesem Kurs umgestellt worden sind.

Schaubild 2 (vgl. S. 125) zeigt die Anteile an der Letzten inländischen Verwendung, die sich für den Privaten Verbrauch, den Staatsverbrauch und die Bruttoinvestitionen der neuen Länder und Berlin-Ost in der DM-Rechnung im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ergeben haben. Die Werte für das frühere Bundesgebiet wurden grob auf Preisbasis 1990 umbasiert.

Die Grafik verdeutlicht die Tendenz der Zunahme des Anteils des Privaten Verbrauchs und des Staatsverbrauchs und der Abnahme des Anteils der Bruttoinvestitionen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Sollen auch die Strukturen der Entstehungsseite in DM analysiert werden, reicht es nicht aus, das BSP über die Verwendung zu bestimmen. Bleibt die Frage, ob die Ergebnisse in Mark der DDR der Entstehungsseite über einen Einheitsfaktor umbewertet werden sollten oder die Methode der doppelten Deflationierung vorzuziehen ist. Die Autoren vertreten den Standpunkt, daß einunddasselbe Gut in den Produktionswert und in die Vorleistungen bzw. die letzte Verwendung mit demselben Faktor eingehen sollte. Deshalb muß nach der Methode der doppelten Deflationierung umbewertet werden.

Im Verarbeitenden Gewerbe wurden die Produktionswerte mit Erzeugerpreisindizes in DM umbewertet. Der Umbewertung der Vorleistungen lagen ebenfalls Erzeugerpreisindizes zugrunde. Die Vorleistungsstrukturen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wurden aus einer provisorisch auf die Konzepte des SNA umgestellten Input-Output-Tabelle für die ehemalige DDR 1987 abgeleitet. Für die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei wurden weitgehend DM-Angaben verwendet, die durch das Institut für Agrarpolitik, Marktforschung und Wirtschaftssoziologie der Universität Bonn und der entsprechenden Fachabteilung des Statistischen Bundesamtes unter Verwendung der Methode "Menge mal Preis" berechnet worden sind. Für den Handel und Verkehr sowie die Dienstleistungsbereiche lagen keine Erzeugerpreisindizes vor. Hier wurden eigene Berechnungen durchgeführt, die auf allen zur Verfügung stehenden Informationen (Presse, Verbände u.a.) fußten.

Ausgewählte Ergebnisse der Berechnungen in DM geben die Schaubilder 3 (siehe S. 126) und 4 (siehe S. 127) wieder.

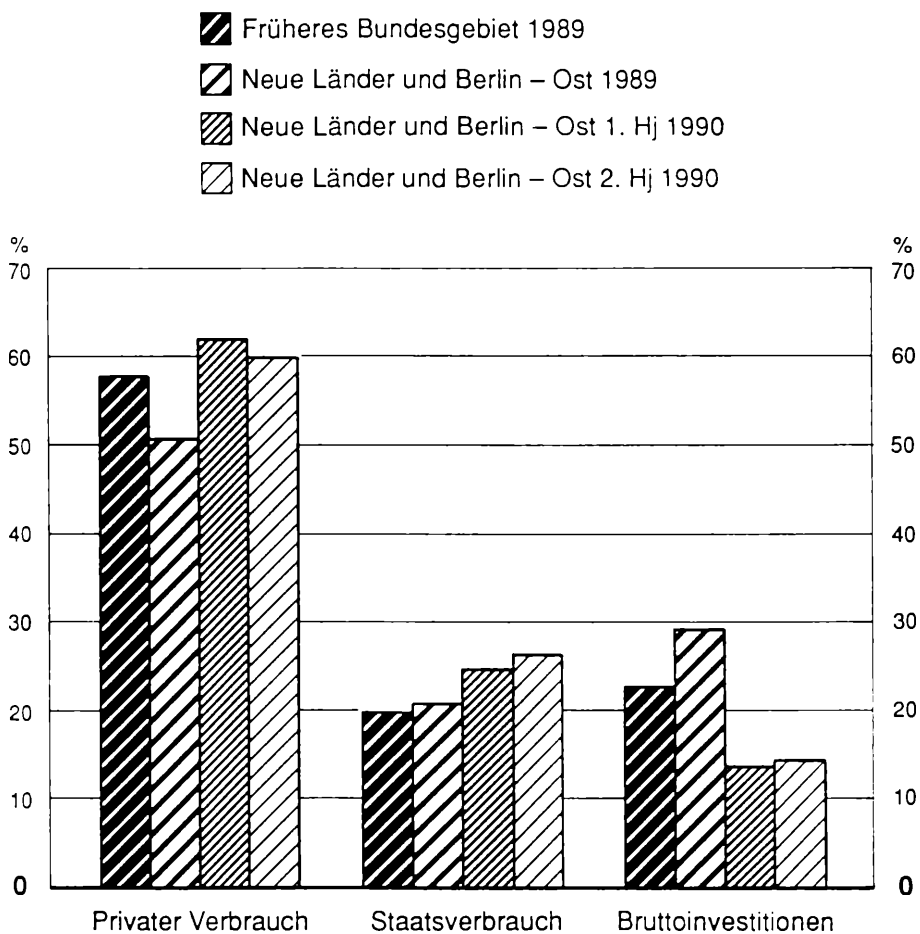
Schaubild 3 deutet auf Strukturveränderungen hin, die sich seit 1989 auf dem Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost vollziehen. Diese sind vor allem durch einen Rückgang des Anteils des Produzierenden Gewerbes an der unbereinigten Bruttowertschöpfung und die Zunahme des Anteils der Dienstleistungsunternehmen und des Staates gekennzeichnet. Der im Vergleich zu den Strukturen des früheren Bundesgebietes im Jahr 1989 hohe Anteil des Staates ergibt sich hauptsächlich aus dem trotz Anstiegs vergleichsweise noch geringen Anteils der Dienstleistungsunternehmen.

Schaubild 4 zeigt die absolute Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Monat) auf dem Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost. Die Berechnungen ergaben, daß die Arbeitsproduktivität von etwa 42 % des Niveaus im früheren Bundesgebiet im Jahr 1989 auf etwa 27 % des Niveaus im früheren Bundesgebiet in der zweiten Jahreshälfte 1990 gefallen ist.

Die Autoren sind sich darüber im Klaren, daß die hier vorgelegte Testrechnung sowohl von der Rechentiefe wie auch von der methodischen Seite her noch überarbeitungsbedürftig ist. Die Veröffentlichung sollte bezwecken, daß eine breite Diskussion über geeignete Umrechnungsmethoden in Gang gesetzt und ein von vielen Seiten mitgetragenes Verfahren entwickelt wird. Damit könnte gewährleistet werden, daß die auf dieser Grundlage berechneten Ergebnisse allgemein anerkannt und verwendet werden.

Schaubild 2

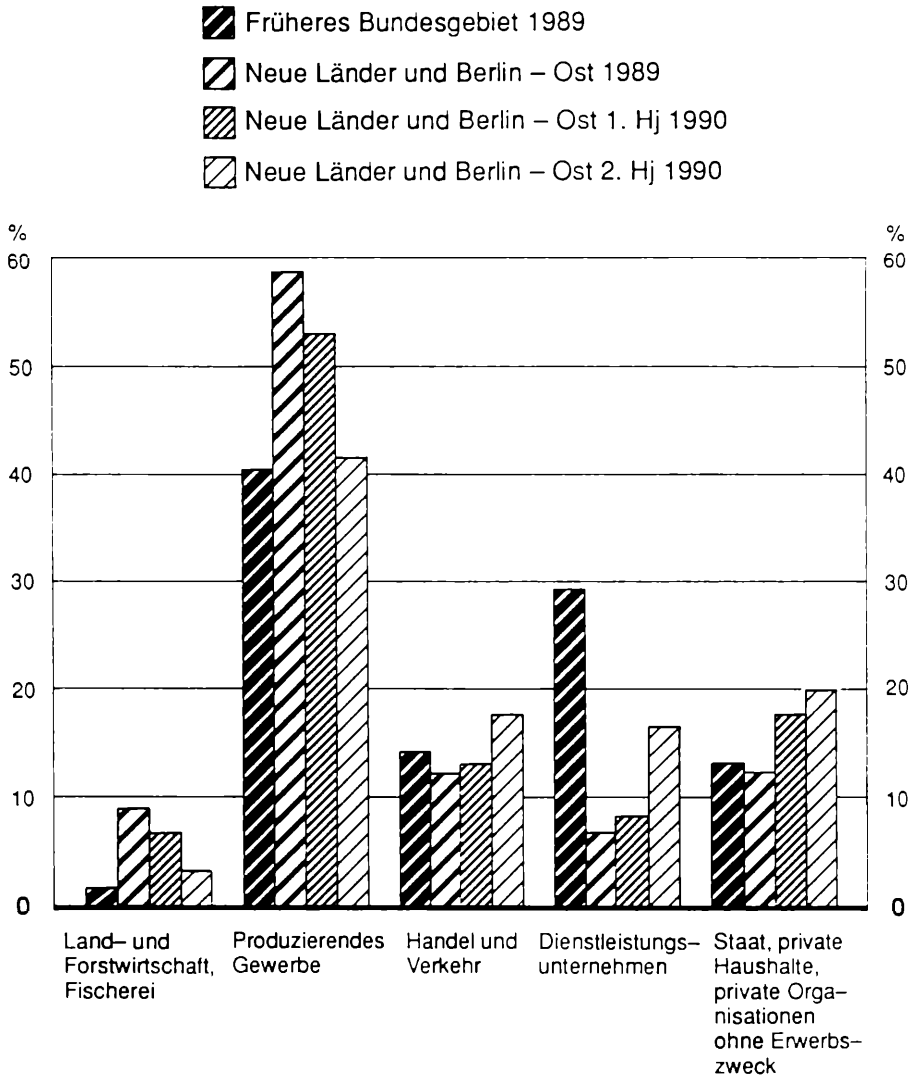
ANTEILE AN DER LETZTEN INLÄNDISCHEN VERWENDUNG



Statistisches Bundesamt 92 0477

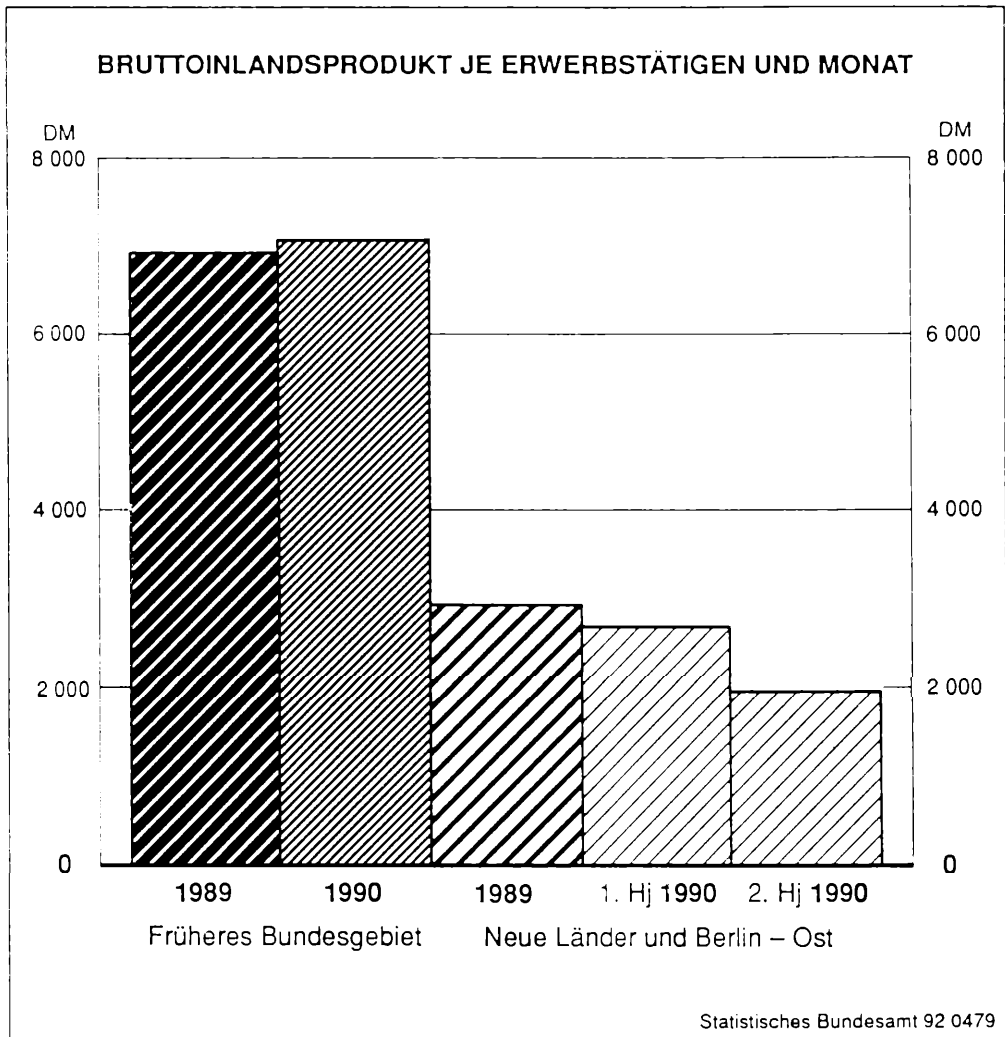
Schaubild 3

ANTEILE AN DER BRUTTOWERTSCHÖPFUNG (UNBEREINIGT)



Statistisches Bundesamt 92 0478

Schaubild 4



Über die Natur wirtschaftlicher Wertrechnungen und das Rückrechnungsproblem für die neuen Länder

Übersicht

Für den Gebrauch von zusammenfassenden wirtschaftlichen Rechnungen, die wesentlich auf der Bewertung von Wirtschaftsgütern fußen (wirtschaftliche Wertrechnungen), sind die nachfolgenden drei Grundtatsachen von wesentlicher Bedeutung:

- 1) Jede wirtschaftliche Wertrechnung besitzt einen mehr oder weniger ausgeprägten, unabänderlichen **Unschärfecharakter**
- 2) Jede der gebräuchlichen Formen der Preisbereinigung verändert die Wirtschaftswirklichkeit auf die eine oder andere Weise durch eine **statistische Fiktion**, mit der jedoch in keinem Fall der Anspruch verbunden ist, eine realistische Alternative für den tatsächlichen Wirtschaftsablauf zu bieten.
- 3) Preislich bereinigte und unbereinigte wirtschaftliche Wertrechnungen rechtfertigen sich dennoch aus ihrer **Fähigkeit zur Integration und Verdichtung der Wirtschaftswirklichkeit zu wenigen, für Struktur- und Veränderungsanalysen unentbehrlichen quantitativen Tendenzaussagen**, die auf anderem Wege nicht zu gewinnen sind.

Die beiden zuerst aufgeführten Grundtatsachen sind zwar im Falle der Rückrechnung statistischer Daten für die ehemalige DDR besonders deutlich ausgeprägt, sind dort aber nicht grundsätzlich anders zu beurteilen als die entsprechenden Einschränkungen, die für die Aussagen von Wertrechnungen zu machen sind, die heute im nationalen und internationalen Rahmen gang und gäbe sind. Mithin stellen der Unschärfecharakter von Wertrechnungen und die fehlende Wirklichkeitsnähe statistischer Preisbereinigungsfiktionen - beides ganz allgemein zu konstatierende Tatsachen - keine Argumente dar, die speziell gegen eine Rekonstruktion von Wertrechnungen für die ehemalige DDR durch die amtliche Statistik sprächen.

Eine solche Rückrechnung erscheint vielmehr aus verschiedenen Gründen dringend geboten; sie wäre nur dann abzulehnen, wenn ihre Ergebnisse nichts oder nur Unwesentliches zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vor und

*) Frieder Müller, Landeszentralbank im Freistaat Bayern, München und Universität Tübingen.

nach der wirtschaftlichen Vereinigung beizutragen vermöchten. Für eine derartige Einschätzung gibt es aber keine überzeugenden Anhaltspunkte.

Die Grundthesen im einzelnen

Grundthese 1: Unschärfenatur jeder Wertrechnung

Es liegt in der Natur von auf Bewertungen fußenden wirtschaftlichen Größen¹⁾, einen durch keine - wie auch immer geartete - Maßnahme überwindbaren **U n s c h ä r f e c h a r a k t e r** zu besitzen. Dies gilt insbesondere auch für die zentralen Größen Einkommen und Produktion: Umfang und Wert des Güterverzehr (Input) und der Gütererzeugung (Output) als den beiden Grundbausteinen der Ermittlung des Inlandsprodukts und damit auch des in einer Volkswirtschaft insgesamt verfügbaren Einkommens hängen denknotwendig von einer Reihe von Bewertungs- und Abgrenzungsentscheidungen ab, für die es aus ihrer Natur heraus keine abschließend und unumstößlich richtigen Verfahrensregeln gibt.

Diese Unschärfenatur in der Größenbestimmung wirtschaftlicher Wertgrößen verliert im übrigen - im Gegensatz etwa zur bekannten Unschärferelation in der Physik - beim Übergang vom Einzelfall zu umfassenderen Quantitäten keineswegs ihre unmittelbar praktische Bedeutung.

Im günstigsten Falle erfolgt bei wirtschaftlichen Aggregaten, beispielsweise bei Absatzzahlen des Einzelhandels, die Wertzumessung aufgrund des dem zu bewertenden Wirtschaftsgut in den einzelnen Handelstransaktionen²⁾ **e n t g e g e n f l i e ß e n d e n G e l d s t r o m s**. Doch bereits in diesem scheinbar so unproblematischen Fall ist die darauf aufbauende Bewertung des güterwirtschaftlichen Stromes nicht zwangsläufig ein verlässliches Maß für den Nutzen, den das gehandelte Gut zu spenden in der Lage ist, oder für die Aufwendungen, die seine Produktion erforderte. Der Grund dafür kann im Auftreten monopolistischer Verzerrungen liegen, im Einfluß von indirekten Steuern bzw. Subventionen, oder in sonstigen Marktunvollkommenheiten.

Im Falle der Größenbestimmung von Input (Vorleistungsverbrauch) und Output (Produktionsausstoß) - die sich ja nicht unmittelbar aus Bestandteilen von Käufen und Verkäufen zusammensetzen, da sie nicht aus Güterbewegungen bestehen, die zu **T r a n s a k -**

-
- 1) Wertgrößen, die von vornherein auf DM (bzw. in der ehem. DDR: auf Mark) lauten - DM-Geldbestände, sonstige unmittelbar auf DM lautende Aktiva und Passiva - unterliegen in der Regel keiner Bewertung; ihnen haftet deshalb auch nicht zwangsläufig der hier in Rede stehende Unschärfecharakter an.
 - 2) Eine Handelstransaktion ist eine Kauftransaktion, bei der ein **n i c h t f i n a n z i e l l e s** Wirtschaftsgut (körperliches Sachgut oder Dienstleistung) gegen Geld den Eigentümer wechselt. Jede Kauftransaktion setzt sich aus einem **K a u f** (Güterzugang und Geldausgabe - Sicht des Käufers) und dem dazu **e x t e r n i n - v e r s e n V e r k a u f** (Güterabgang und Geldeinnahme - Sicht des Verkäufers) zusammen und läßt sich folglich mit gleichem Recht auch als Verkaufstransaktion bezeichnen.

tionen gehören, sondern aus transformativen Güterbewegungen³⁾, also aus Güterabgängen als Niederschlag des physischen Untergangs eines Realgutes sowie aus Güterzugängen als Niederschlag der physischen Neuschöpfung eines Realgutes - treten weitere Unschärfemomente hinzu. Einmal gibt es bei körperlichen Vor-, Zwischen- und Endprodukten mehr oder weniger lange Zeiten der Lagerung, die im Einzelfall ein beträchtliches Ausmaß annehmen können. Nach solchen Zeitspannen können sich die Marktpreise erheblich verändert haben, so daß eine Bewertung des Verbrauchs von Vorleistungsgütern mit den vorher getätigten Ausgaben für ihre Beschaffung oder die Bewertung von in der Produktion angefallenen Erzeugnissen mit den später für sie erzielten Verkaufserlösen nicht mehr die wirtschaftlichen Knappheitsverhältnisse zum Zeitpunkt des Güterverzehr bzw. der Gütererzeugung widerspiegeln müssen (besonders augenfällig ist dies etwa bei sprunghaften Veränderungen des Rohöl- oder Goldpreises).

Noch größer wird der Unschärfebereich der Größenbestimmung des Inlandsproduktes, wenn die erzeugten bzw. verzehrten Sachgüter nicht über den Markt verkauft bzw. beschafft werden; Beispiele: Verbrauch von Bodenschätzen oder von anderen Gütern der natürlichen Umwelt (der bislang außer Ansatz bleibt), Erzeugung von körperlichen Sachgütern und Dienstleistungen für die jeweilige Eigenverwendung staatlicher Einrichtungen, von Unternehmen oder von privaten Haushalten. Die Produktion des Staates beispielsweise, die, soweit sie nicht entgeltlich abgegeben wird, aus in den Eigenverbrauch eingehenden Dienstleistungen sowie - zu einem geringen Teil - aus selbsterstellten Anlagen besteht, wird, durchaus mit guten Argumenten, in einer ganz bestimmten Weise⁴⁾ von der Inputseite her bewertet. Die dabei einbezogenen Kostenelemente aber könnten mit gleichem Recht auch anders gefaßt werden; gegenwärtig gibt es beispielsweise keinen Ansatz für die Nutzung der vom Staat eingesetzten Kapitalgüter.

All diese Unschärfen sind prinzipieller Natur, lassen sich also nicht etwa durch eine aufwendigere Form der statistischen Erfassung überwinden. Dies gilt auch für zwei weitere Probleme, die den Fragen der Bewertung noch vorgelagert sind und ebenfalls einen erheblichen Einfluß auf die Größe der auszuweisenden Maßzahlen der gesamtwirtschaftlichen Produktion (und damit auch des gesamtwirtschaftlichen Einkommens) haben können. Das erste, das Auswahlproblem der güterwirtschaftlichen Aggregatstatistik, bezieht sich auf die Frage, wie eng oder weit

3) Zur Definition von Transaktionen und Transformationen sowie zu ihrem Zusammenwirken bei der Erklärung des Inhalts wirtschaftlicher Rechnungssysteme vgl. Müller, F.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Preisveränderungen, Hain Ökonomie, Bd. 7, S. 55 ff., insbesondere S. 70-75, Königstein/Ts.

4) Viele der scheinbar willkürlich anmutenden Konventionen in der VGR sind - ohne daß dies in den internationalen Empfehlungen ausdrücklich als Ziel postuliert wäre - dem Gedanken untergeordnet, daß das volkswirtschaftliche Einkommen (Summe der "verfügbaren Einkommen" aller inländischen Sektoren), das bekanntlich im wesentlichen güterwirtschaftlichen Ursprungs ist - nämlich im Kern aus dem Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen abzuleiten -, möglichst als Summe von Geldeinkommenszuflüssen darstellbar sein soll.

der Kreis der wirtschaftlichen Realgüter überhaupt zu ziehen ist.⁵⁾ Das zweite, das Aufteilungs- oder Intermediaritätsproblem der güterwirtschaftlichen Aggregatstatistik, hat die Entscheidung zum Inhalt, inwieweit ein Realgüterverbrauch produktiven oder letzten Zwecken dient.⁶⁾

Wie auch immer aber die Fragen der Abgrenzung und Wertzumessung geregelt sind: so gut wie nie läßt sich davon sprechen, daß für einen güterwirtschaftlichen Strom ein objektiver, "wahrer" (Geld-)Wert existiere. Was es gibt, sind Ergebnisse, die sich aufgrund von in gewissem Umfang stets willkürlich festgelegten Standardverfahrensweisen - etwa die im "System of National Accounts" (SNA) der Vereinten Nationen beschriebenen - herausbilden. Sie vermögen jedoch letztlich nur mehr oder weniger unscharfe und summarische quantitative Hinweise über das tatsächliche Wirtschaftsgeschehen zu geben. Besonders spürbar wird dieser unvermeidliche Unschärfecharakter wirtschaftlicher Wertrechnungen - trotz der internationalen Standardisierung - beim internationalen Vergleich, etwa des Inlandsproduktes.

Bezogen auf das Problem der Rückrechnung von summarischen Wertgrößen für die ehemalige DDR heißt dies: Die Unschärfecharakter summarischer wirtschaftlicher Wertgrößen unterscheidet sich dort vom Unschärfecharakter der für das frühere Bundesgebiet berechneten Aggregatgrößen nur im quantitativen Spielraum, mit dem sie - wegen der größeren Marktunvollkommenheiten sowie, beim Vergleich über den Zeitpunkt der Währungsumstellung hinweg, wegen der 1990 eingetretenen schlagartigen Strukturveränderungen - behaftet sind, nicht aber im Grundsätzlichen. Der Unschärfecharakter von Wertgrößen als solcher läßt sich deshalb nicht als Argument dagegen verwenden, für die ehemalige DDR möglichst die gleichen statistischen Daten zu berechnen wie für das frühere Bundesgebiet und inzwischen auch für die neuen Länder und Berlin-Ost.⁷⁾ Daß Aussagen, die mit Hilfe von so ermittelten Größen formuliert werden, die andersartige Wirtschaftsverfassung, unter der sich die Größen herausgebildet haben, stets mit berücksichtigen müssen, versteht sich dabei von selbst.

5) Zum Auswahlproblem gehört beispielsweise die Frage, ob die Eigenproduktion der privaten Haushalte - die mit ihr verbundene Wertschöpfung wird auch in industrialisierten Ländern immerhin auf rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts in der heute üblichen Abgrenzung geschätzt - als Teil des Inlandsprodukts bzw. des Volkseinkommens zu gelten hat oder nicht. - Im Grundsatz stellt sich das Auswahlproblem auch für finanzielle Wirtschaftsgüter; dies ist jedoch für die hier erörterten Zusammenhänge nicht von Bedeutung.

6) Das Aufteilungs- bzw. Intermediaritätsproblem spielt etwa für die Entscheidung eine Rolle, ob nicht einige staatliche Dienstleistungen als Vorleistungen für andere Produktionsbereiche zu werten und damit vom Inlandsprodukt zu subtrahieren sind; zur Diskussion zu stellen wären z.B. die staatlichen Leistungen in der schulischen und beruflichen Bildung oder das Zurverfügungstellen funktionsfähiger Verkehrswege.

7) Wenn man entsprechende Berechnungen für die ehemalige DDR aus den geschilderten Gründen ablehnen würde, müßte man konsequenterweise in allen Fällen der Einschätzung folgen, die Karl Diehl im Herbst 1926 als Fazit einer ausführlichen Erörterung der Begriffe "Volkseinkommen" und "Volkvermögen" im Ständigen Unterausschuß für theoretische und soziologische Forschung im Verein für Sozialpolitik zog: "Nach unserer Kritik wird wohl der letzte Rest von Hochachtung gegenüber Versuchen, eine einfache Summe für Volkseinkommen und Volkvermögen zu nennen, verschwunden sein." Mit der Übernahme eines solchen Urteils freilich wäre der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ganz generell die Basis entzogen. - Vgl. Diehl, K. (Hrsg., 1926): Volkseinkommen und Volkvermögen, S. 156, München und Leipzig.

Grundthese 2: Statistische Fiktionen sind ohne historischen Revisionsanspruch

Jede der gebräuchlichen Formen der Preisbereinigung verändert gedanklich den tatsächlichen Wirtschaftsablauf auf Basis einer bestimmten Fiktion⁸⁾, verfälscht ihn mithin zwangsläufig auch zu einem gewissen Grad. Dabei handelt es sich aber nur um ein darstellerisches Hilfsmittel zur ungefähren gedanklichen Isolation des rechnerischen Einflusses von Preis- und Mengenveränderungen auf die Gesamtveränderung von Wertgrößen, gleichsam um ein rechnerisches Kontrastmittel. Mit einer solchen statistischen Fiktion ist keineswegs die Annahme verbunden, daß es vorstellbar wäre, die Volkswirtschaft hätte sich historisch tatsächlich anders - zu den fiktiv kombinierten bzw. veränderten Preisen und Mengen - entwickeln können.

Die gedankliche Verfälschung des tatsächlichen Wirtschaftsablaufes im Gefolge einer empirisch deutbaren Preisbereinigung ist zwangsläufig, vergleichbar mit den Verfälschungen und Verzerrungen, die bei der Projektion der gekrümmten Erdoberfläche auf eine ebene Landkarte in Kauf zu nehmen sind. Ganz ähnlich wie dort treten auch bei unterschiedlichen Formen der Preisbereinigung jeweils an einer anderen Stelle Verzerrungen auf - gleichsam infolge unterschiedlicher Arten statistischer Preisbereinigungsprojektionen aus der mehrdimensionalen Wirtschaftswirklichkeit in die eindimensionale Wertebene.

- Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Drei umfassende empirisch deutbare Preisbereinigungsformen - das sind solche auf einer statistischen Fiktion beruhende Verfahren der Elimination von Preisveränderungen, die für sämtliche wirtschaftlichen Stromgrößen einer Periode ein aufeinander abgestimmtes und konsistentes Vorgehen erklären - sind die projektive (1), die realfixierte (2) und die

8) Auch die zur Preisbereinigung herangezogenen Preisindizes beruhen überwiegend auf einer solchen statistischen Fiktion, die eigentlich nicht zusammengehörige Teile des tatsächlichen Wirtschaftsablaufs gedanklich miteinander oder mit sonstigen Größen kombiniert. Auf diese Weise entsteht eine künstlich zusammengesetzte, gedachte Welt - wir sprechen von einer synthetischen Wirklichkeit -, deren Wertgrößen zur Definition von Preis- und Mengenindizes herangezogen werden können (für eine kurze Übersicht vgl. etwa Triplett, J.E. (1992), Economic Theory and BEA's Alternative Quality and Price Index, in: Survey of Current Business, Vol. 72, No 4, S. 49-52). Neben dieser anschaulichen Betrachtungsweise, die auf die angedeutete Weise auf gedanklich erzeugten, synthetischen Wirklichkeiten aufbaut, läßt sich auch der axiomatische Zugang zur Beurteilung von Preisindizes mit Gewinn verwenden; vgl. etwa Eichhorn, W. und Völler, J. (1982): The Axiomatic Foundations of Price Indices and Purchasing Power Parties, in: Diskussionspapier Nr. 185 des Instituts für Wirtschaftstheorie und Operations Research der Universität Karlsruhe. Zum Begriff einer statistischen Fiktion siehe auch Müller, F. (1977): Inflation und die Preisbereinigung Öffentlicher Haushalte, erschienen als Heft 1 der Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 22. Jg., S. 31 f., S. 34 f. sowie S. 43.

realwertermittelnde Methode der Preisbereinigung (3)⁹⁾. Jede von ihnen verzerrt die Wirklichkeit in einer bestimmten Weise, läßt dafür aber andere Eigenschaften unverändert. Von den drei aufgeführten Preisbereinigungsformen besitzt jede jeweils zwei der folgenden drei Abbildungseigenschaften: "Preisbereinigung verändert Preisrelationen" (1,2), "Wertneutralitätsaxiom von Kauf bzw. Verkauf bleibt unter der Bereinigung erhalten" (2,3), und "tatsächliche Güterbewegungen (einschließlich aller Geldbewegungen) werden bei der Preisbereinigung allenfalls umbewertet, aber nicht fiktiv verändert" (1,3).

Gedankliche Veränderungen der Wirtschaftswirklichkeit, die nicht mit dem Anspruch zu verbinden sind, es sei aller Erfahrung nach vorstellbar, die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung habe sich in der durch die statistische Fiktion dargestellten Weise abgespielt, sind also eine mehr oder weniger unvermeidliche Begleiterscheinung jeder Preisbereinigung und bilden nicht etwa einen nur auf die neuen Länder und die ehemalige DDR zu beschränkenden Einwand gegen die Berechnung von zusammenhängenden Wertreihen auf einer einheitlichen Bewertungsgrundlage. Im Gegenteil - im Falle von Rückrechnungen für die ehemalige DDR gibt es ein zusätzliches Argument für die Verwendung einer fiktiven Bewertung: Gemessen an Wertansätzen mit den kaum marktgerechten Preisen in der ehemaligen DDR schneidet eine Bewertung von zwar aus anderen Regionen und/oder Zeiträumen stammenden, aber immerhin am Markt gebildeten Preisen sicherlich günstiger ab als dies normalerweise beim Vergleich zwischen einer Bewertung in jeweiligen und in konstanten Preisen gilt.

Grundthese 3: Tauglichkeit zur summarischen Tendenzaussage entscheidend

Preislich bereinigte und unbereinigte wirtschaftliche Wertrechnungen lassen sich - nicht nur im Falle der Rückrechnung statistischer Reihen auf die ehemalige DDR - wegen der ihnen zwangsläufig anhaftenden Unschärfe und wegen der Verzerrungen, die bei einer Preisbereinigung notwendigerweise auftreten, sehr oft nur aus ihrer Fähigkeit zur Integration und Verdichtung der Wirtschaftswirklichkeit zu wenigen, für Struktur- und Veränderungsanalysen unentbehrlichen quantitativen Tendenzaussagen heraus rechtfertigen, die auf anderem Wege nicht zu gewinnen sind.

9) Die projektive Preisbereinigung bewertet güterwirtschaftliche Stromgrößen (gemäß dem in der VGR gebräuchlichen Verfahren) "at constant prices"; finanzielle Ströme werden getrennt mit eigenen Umrechnungsfaktoren - viel spricht für die Benutzung eines einheitlichen Deflationierungsfaktors für alle finanziellen Bewegungen - bereinigt (vgl. Müller (1984), a.a.O., S. 154-163). Die realfixierte Form der Preisbereinigung verfährt mit den güterwirtschaftlichen Stromgrößen genau so wie die projektive, unterstellt aber eine fiktive Veränderung des Umfangs der finanziellen Ströme derart, daß sich die Geldströme nach erfolgter Bereinigung in den Handelstransaktionen nach dem Wert "at constant prices" bemessen (diese Bereinigungsform liegt beispielsweise dem Ausweis eines "realen Leistungsbilanzsaldos" im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1986 - S. 18 - zugrunde). Die realwertermittelnde Form der Preisbereinigung hingegen rechnet sämtliche wirtschaftlichen Aggregate eines Rechnungssystems unterschiedslos mit einem einzigen Deflationierungsfaktor um (vgl. Neubauer, W.: Reales Inlandsprodukt, "preisbereinigt" oder "inflationsbereinigt"? Zur Deflationierung bei veränderter Preisstruktur, in Deutsche Statistische Gesellschaft (Hrsg., 1978): Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 62, Heft 2, S. 115-160; nach diesem Konzept berechnet der deutsche Sachverständigenrat - ergänzend zum realen Bruttosozialprodukt, wie es vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen wird - inzwischen in seinem jährlichen Gutachten auch regelmäßig den "Realwert des Sozialproduktes").

Die Volkswirtschaft der neuen Länder hat sich durch die wirtschaftliche und kurz darauf politische deutsche Vereinigung nicht derart radikal verändert, daß zusammenfassende quantitative Vergleiche nicht in der Lage sein könnten, tendenzielle und summarische Aufschlüsse über die Wirtschaftsentwicklung im Gefolge dieses wirtschaftlichen Umbruchs zu geben. Im weltweiten Maßstab werden von anerkannten internationalen Organisationen Vergleiche von Sozial- oder Inlandsproduktszahlen zwischen Volkswirtschaften angestellt, die weit verschiedenartiger sind als die der ehemaligen DDR auf der einen Seite und der jetzigen neuen Länder und Berlin-Ost auf der anderen.

Freilich ist nicht zu bezweifeln, daß die wirtschaftliche Verschmelzung des früheren Bundesgebietes mit der ehemaligen DDR dort binnen Jahresfrist eine Strukturveränderung zur Folge hatte, die in vieler Hinsicht mit Veränderungen vergleichbar ist, die unter normalen Umständen mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen; im Ausweis statistischer Reihen über diesen Strukturbruch hinweg drängen sich deshalb Probleme und Unschärfemomente zusammen, die sonst nur beim Vergleich von statistischen Daten auftreten, die dreißig oder vierzig Jahre auseinanderliegen. Bei der statistischen Überbrückung des Jahres 1990 werden deshalb quantitative Unsicherheiten ungewöhnlichen Ausmaßes auftreten, und es bedarf einer genaueren gedanklichen Analyse, einer größeren Breite der methodischen Instrumente und einer sorgfältigeren Darstellung der Bedingtheit der Ergebnisse als in "normalen Zeiten".

S c h l u ß f o l g e r u n g e n

Gleichwohl wäre es ein schweres und nachträglich nicht mehr wiedergutzumachendes Versäumnis, aus welchen Gründen auch immer auf die statistische Rekonstruktion der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR zu verzichten. Die Geschichte hat mit Deutschland gegen seinen mehrheitlichen Willen ein rund 40 Jahre währendes volkswirtschaftliches und ordnungspolitisches Großexperiment vorgenommen; um die richtigen Lehren aus diesem Großexperiment zu ziehen und Legendenbildungen von vornherein vorzubeugen, müssen die objektiven Daten gesichert werden, die den unentbehrlichen statistischen Hintergrund für die Erklärung des Wie und Warum des Scheiterns des nun auch "real" nicht mehr existierenden Sozialismus bilden. Auch der Übergangsprozeß auf die soziale Marktwirtschaft bedarf aus entsprechenden Gründen der objektiven Dokumentation; ohne eine Verankerung in der "DDR-Zeit" müßte sie jedoch Stückwerk bleiben.

Die mit Abstand besten Voraussetzungen für diese Arbeit weist die amtliche Statistik auf. Sie besitzt eine Reihe von sachkundigen Mitarbeitern, welche die umfangreichen statistischen Unterlagen der ehemaligen DDR noch zutreffend zu würdigen und einzuordnen vermögen. Eine Erhaltung dieser Unterlagen erfordert die Nutzung der Kenntnisse der Fachleute h e u t e ; denn später, wenn sie einmal aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sein werden, wäre dieses statistische Humankapital unwiederbringlich verloren. Damit würden aber auch die Unterlagen einen erheblichen Teil ihres Informationswertes verlieren.

Dabei ist die Vorstellung, es wäre möglich, die heute noch vorhandenen Kenntnisse bloß archivarisches zu nutzen - ohne eine gleichzeitige Aufbereitung der Daten zu aussagefähigen statistischen Gesamtsystemen - ausgesprochen wirklichkeitsfern. Denn es ist so gut wie ausgeschlossen, sämtliche im Datenmaterial schlummern den Informationen gleichsam vorbeugend für die Nachwelt zu dokumentieren; ein gewisser Kenntnisverlust ist unvermeidlich. Der einzige Weg, zu verhindern, daß sich darunter nicht letztlich für die statistische Aufbereitung wichtige Dinge befinden, besteht darin, die Aufbereitung heute vorzunehmen, so daß die sich dabei ergebenden Probleme jetzt auftreten und nicht erst später, wenn niemand mehr in der Lage ist, aufgrund seiner in der ehemaligen DDR erworbenen Kenntnisse die passenden Antworten zu finden. Ganz abgesehen davon, daß eine Datensicherung bloß auf Vorrat, ohne daß ein sichtbares Ergebnis vorzuweisen wäre, vermutlich bald auf kein nennenswertes Echo mehr stoßen würde und sicherlich früher oder später mangels finanzieller Masse im Sande verläuft.

Eine wirksame "Konservierung" der statistischen Datenmaterialien ist also letztlich nur in Form eines zu Ende geführten statistischen Rekonstruktionsversuchs für die DDR-Wirklichkeit möglich.

Diese Überlegungen machen zugleich deutlich, daß die Mitwirkung der Anwender statistischer Daten - privater und öffentlicher Instanzen der Wirtschaftspolitik, der akademischen Forschung sowie von Wirtschaftsforschungsinstituten - bereits im konzeptionellen Stadium der Arbeit äußerst nützlich wäre. Das gilt nicht nur für die Vorbereitungsarbeiten: Generell gesehen ist zwar die amtliche Statistik aufgerufen, zunächst einmal den materiell-statistischen Grund zu legen; doch können ihre Anstrengungen nur richtig fruchtbar werden, wenn sie in einem intensiven Zusammenwirken mit anderen Stellen erfolgen. Denn um so besser werden sich die bereitgestellten Daten dazu eignen, weiterführende volkswirtschaftliche Analysen zu ermöglichen und anzustoßen..

Zusammenfassend läßt sich also feststellen:

- Die Unschärfenatur jeder Wertrechnung und die Tatsache, daß eine Preisbereinigung den tatsächlichen Wirtschaftsablauf stets nur zum Zwecke der Kontrastbildung, nicht aber zum Aufzeigen eines realistischen alternativen Wirtschaftsablaufes fiktiv verändert, bilden kein Spezifikum bei der Erstellung durchgehender statistischer Reihen für die ehemalige DDR sowie die neuen Länder und Berlin-Ost, sondern stellen generell gültige Tatsachen dar. Dasselbe trifft auch auf den letztlich oft hauptsächlich explorativen Nutzen von Zahlen über die Entwicklung von makroökonomischen Aggregatgrößen zu. Der Strukturbruch im Gefolge der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands und die Marktförne des Wirtschaftsgeschehens in der ehemaligen DDR lassen generell die mit der Berechnung von wirtschaftlichen Wertgrößen also verbundenen Probleme lediglich verschärft hervortreten.
- Eine Berechnung von Daten für die ehemalige DDR nach den in der Bundesrepublik Deutschland gültigen Systematiken und Methoden ist heute noch am ehesten möglich und kann am besten von der amtlichen Statistik bewältigt werden. Der Versuch einer

bloß abstrakten Archivierung der statistischen Materialien aus der DDR-Zeit ist ohne einen gleichzeitigen Versuch der statistischen Rekonstruktion des damaligen Wirtschaftsgeschehens wenig erfolgversprechend.

- Ein Verzicht auf eine Rückrechnung quantitativer Informationen für die ehemalige DDR würde eine theoretisch aufschlußreiche Periode der deutschen Wirtschaftsgeschichte ohne Not statistisch weitgehend unversorgt lassen. Auch eine objektive Darstellung des ebenfalls lehrreichen Übergangsprozesses von der Staatshandels- zur Marktwirtschaft bedarf der Verankerung in der statistischen Beschreibung des Ausgangszustandes, also in der Endphase der ehemaligen DDR.

Die ehemalige DDR darf kein "weißer Fleck" auf der statistischen Landkarte bleiben. Die amtliche Statistik Deutschlands wäre unglaublich, wenn sie auf eine statistische Erschließung eines beträchtlichen Teils von Deutschland für einen derart langen Zeitraum endgültig verzichtete.

Verhindern läßt sich im übrigen eine Produktion von irgendwie mit den westlichen Standards vergleichbar gemachten DDR-Zahlen ohnehin nicht. Denn verweigern sich die deutschen Statistischen Ämter dieser Aufgabe, werden andere Stellen die Lücke mehr oder weniger notdürftig zu schließen versuchen. Damit wäre aber auch einer möglichen tendenziösen Verfälschung der tatsächlichen Geschehnisse Tür und Tor geöffnet.

Ein derartiger Gang der Dinge jedoch wäre einer entwickelten und demokratisch verfaßten Industrienation nicht angemessen. Denn sowohl die Erfolge der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung wie auch die der parlamentarischen Demokratie beruhen ganz wesentlich auf einer möglichst umfassenden, objektiven und freien Information. Es gibt keine überzeugenden Gründe, ausgerechnet im vorliegenden Zusammenhang diesem für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geradezu konstitutiven Grundsatz untreu zu werden.